

# Texte

dietz berlin

Meinhard Meuche-Mäker

## Die PDS im Westen 1990–2005



Schlussfolgerungen  
für eine neue Linke

rls

25

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 25

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MEINHARD MEUCHE-MÄKER

# **Die PDS im Westen 1990-2005**

Schlussfolgerungen für eine neue Linke

Karl Dietz Verlag Berlin

*Meinhard Meuche-Mäker, Politikwissenschaftler, freiberuflicher Politikberater.  
Tätigkeiten im Bereich politischer Bildung, Beratung und Projektmanagement.  
Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte: Schill-Partei, Rechtsextremismus, PDS.  
Kontakt: Beim Amsinckpark 2, 22529 Hamburg, mmm-online@web.de*

Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990-2005  
Schlussfolgerungen für eine neue Linke  
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 25)  
Berlin: Karl Dietz Verlag 2005

ISBN 3-320-02073-0

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2005  
Satz: Marion Schütrumpf  
Umschlag, Druck und Verarbeitung:  
Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung  
Printed in Germany

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	7
<b>Aspekte der Entwicklungsgeschichte der PDS im Westen (1990-2004)</b>	11
Ausgangsbedingungen und Gründerzeit (1990-1991)	11
Schleichende Entwicklung, Konsolidierung und neue Hoffnungen (1992-1998)	20
Vom Höhepunkt des Erfolges zum Überlebenskampf (1998-2004)	25
<b>Die PDS in den westlichen Bundesländern</b>	29
Binnenstrukturen und Akteure der PDS	29
Themen und Schwerpunkte der PDS	41
Skizzen zu den Funktionen der PDS im Westen	47
<b>Die Bedeutung von Wahlen in der Entwicklung der PDS</b>	51
Wählerpotentiale	51
Bundestags- und Europawahlen	53
Kommunal- und Landtagswahlen	57
Herausbildung der PDS-Identität und Wahlen	65
<b>Ursachen des scheinbaren Scheiterns</b>	67
Gesellschaftliche Umbrüche – Krise der Linken	69
Kulturelle Fremdheit im großen Deutschland	70
Stigmatisierung, Diffamierung, Antikommunismus	71
Unattraktive PDS für abstinerente Westlinke?	73
Unklare Strategische Optionen der PDS	76
PDS Mitglieder in der Diaspora	80
<b>Perspektiven – Chancen – Szenarien</b>	83
Die Ausgangslage – was kann die PDS West einbringen?	83
Probleme auf dem Weg zur notwendigen Transformation	85

PDS-Erfahrungen I:	
19 Vorschläge zur Entwicklung politikfähiger Strukturen	86
PDS-Erfahrungen II:	
Ausgewählte Problemlagen und offene Fragen	91
Alternative Szenarien	99
<b>Fazit</b>	101
<b>Literatur</b>	103
<b>Personenverzeichnis</b>	109

# Einleitung

*»In einem Arbeitskreis über revolutionäre Strategien erwähnte irgend jemand Gramsci und redete ziemlich lang und abstrakt über dessen Hegemonialtheorie. Da stand eine Italienerin auf, sagte, sie wolle etwas erklären, und begann zu singen. Sie sang in diesem öden, mit hölzernen Klappsitzen ausgerüsteten Hörsaal ein italienisches Revolutionslied. Eine wunderbare Stimme, ein Sopran. Zunächst waren alle überrascht, dann, erst einige und leise, schließlich mehr und mehr und immer lauter, klatschten wir Zuhörer den Rhythmus mit. Die Italienerin setzte sich wieder hin. Man wartete auf eine Erklärung, aber sie sagte nichts. Eine Gesangseinlage. Das war Gramsci, sagte sie. Alle sahen sie verwundert an, dann ging man wieder zu den kategorialen Bestimmungen der Kapitalverwertung über. Wir hätten mehr singen, weniger kategorial bestimmen sollen.«*

*aus: Uwe Timm, Rot (Roman)*

Von Anfang an wurde der PDS in den westdeutschen Bundesländern keine Entwicklungschance eingeräumt. Wissenschaftliche und publizistische Beobachter und Akteure ganz unterschiedlicher politischer Couleur, konstatierten immer wieder das Scheitern der PDS im Westen. Auch als die Einschätzung, die ostdeutsche PDS sei lediglich ein Übergangsphänomen, ad acta gelegt wurde, änderte sich daran nichts Wesentliches. Diese Bewertungen in Rechnung gestellt, hat sich die PDS in den westdeutschen Bundesländern relativ lange als politisch handlungsfähige Organisation behauptet, wenn auch auf niedrigem Niveau, und – zumindest spärliche – Erfolge vorzuweisen.

Auch diese Studie kommt zum Ergebnis, daß die PDS ihre grundlegenden Ziele in den westdeutschen Bundesländern nicht erreicht hat. Es ist ihr nicht gelungen, die Partei in den westdeutschen Bundesländern in dem notwendigen Umfang aufzubauen, daß sie aus sich selbst heraus existenzfähig gewesen wäre. Sie ist in der Gesellschaft weitgehend nicht akzeptiert und hat keinen ausreichenden elektoralen Zuspruch erhalten.

Externe wie interne Ursachen dieses scheinbaren Scheiterns lassen sich bis in die Gründerzeit der PDS zurück verfolgen. Auch wenn die Misere in der Vergangenheit unübersehbar gewesen ist, haben erst die politischen Veränderungen in jüngster Zeit die Existenzbedingungen der PDS in den westdeutschen Bundesländern grundlegend verändert. Zwei Faktoren sind dafür offensichtlich von ausschlaggebender Bedeutung.

Einerseits ist das Entstehen einer konkurrierenden Partei, der »Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« zu sehen. Die WASG machte der

PDS in Westdeutschland den Platz als Protestpartei gegen die unsoziale Politik der neoliberalen Parteien erfolgreich streitig. Das Problem für die PDS wurde im Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005 evident.

Andererseits sind die veränderten strategischen Überlegungen führender PDS-Politiker zu sehen. Seit 1990 war die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Entwicklung der PDS in den westlichen Bundesländern eine alternativlose Prämisse<sup>1</sup> der PDS-Entwicklung. Mitte 2004 konstatierte Gysi: »Das Hauptproblem ist unsere mangelnde Akzeptanz im Westen. ... Wenn die Menschen im Westen unzufrieden mit der SPD sind, dann kommen die allerwenigsten auf die PDS. Diese Tatsache kann die PDS nicht ewig verdrängen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß wir nicht in der Lage sind, dieses Defizit im Westen auszufüllen.«<sup>2</sup> Und im Mai 2005: »Sie ist immer noch nicht im Westen angekommen. Wir bräuchten dort vier, fünf Prozent, um gegen den Neoliberalismus wirklich etwas erreichen zu können. Ich mache mir keine Illusionen mehr: Absehbar werden wir im Westen keine ausreichende Bedeutung haben.«<sup>3</sup>

Und der frühere Bundeswahlkompleiter André Brie warf die Frage auf, »ob die wahlstrategische Verantwortung der PDS tatsächlich primär im Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde besteht, oder nicht ein neues und viel ambitionierteres politisch-strategisches Ziel gestellt werden muß?«<sup>4</sup> Es handele sich um die Wiederherstellung der Interessenvertretung und parlamentarischen Repräsentation des Teils der Bevölkerung, der sozial benachteiligt und Verlierer von Modernisierung und Globalisierung sei. Da Ablehnung und Kritik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus aber weit über das linke Potential hinausginge und die PDS für diese Aufgabe in ihrer jetzigen Form nicht geeignet sei, so müsse in qualitativ neuer Weise über ihre politische, organisatorische und kulturelle Öffnung<sup>5</sup> nachgedacht werden.

Nun besteht die Schwierigkeit darin, daß seit dem 22. Mai 2005 eine rasante Veränderung im politisch-parlamentarischen Raum stattgefunden hat: die Bundesrepublik hat einen neu zusammengesetzten Bundestag, die große Koalition bildet jetzt auch formal die neue Regierung und eine vierundfünfzigköpfige Bundestagsfraktion, die sich »Die Linke« nennt, und deren CO-Vorsitz der ehemalige Parteivorsitzende der PDS, Gregor Gysi, und der ehemalige

1 Die »PDS muß versuchen, eine bundesweite Partei zu werden, aber nicht indem sie sich ausdehnt, sondern dadurch, daß sie Schritt für Schritt und von unten eine Partei in den alten Bundesländern aufbaut. ... Und hier brauchen wir Geduld. Wir dürfen Geschichte nicht überfordern. Man erreicht so was nicht in wenigen Jahren. Es gibt aber keine Alternative dazu, also müssen wir weiter daran arbeiten, noch konzentrierter, noch effektiver, mit geeigneten Personen und geeigneten Konzepten.« zit. nach: Gysi, 1995, S. 108 f.

2 »Also, wenn ich was zu sagen hätte in der PDS« in: Berliner Zeitung v. 21.8.2004, Interview mit Gregor Gysi

3 »Die PDS kommt im Westen nicht an« in: Tagesspiegel, 17.5.2005, Interview mit Gregor Gysi

4 Brie, A., 2004b, S. 1083

5 vgl. Brie, A., 2004b, S. 1084



Parteivorsitzende der SPD, Oskar Lafontaine, übernommen haben. Damit sind ein Teil der ursprünglichen Fragen, denen in dieser Studie nachgegangen werden sollte, hinfällig – andere dafür hinzugekommen.

Wenn es zu einem Neuformierungsprozeß der demokratischen Linken kommen wird, und dies wird hier unterstellt, macht es doppelt Sinn, sich mit der PDS in den westdeutschen Bundesländern auseinanderzusetzen. Wenn die eingangs zitierten Überlegungen zutreffend sind, daß die PDS im Westen nicht akzeptiert sei und dort absehbar keine Bedeutung haben werde, dann interessiert die Frage nach den Ursachen. Weshalb ist die PDS im Westen nicht erfolgreich gewesen? Wer die Ursachen, also gewissermaßen die großen Schwächen und die kleinen Stärken der PDS in den westdeutschen Bundesländern näher kennt, könnte Schlußfolgerungen ziehen, die im Neuformierungsprozeß von Nutzen sind. Die kulturelle Fremdheit der PDS im Westen korrespondiert mit dem Beharrungsvermögen großer Teile der westdeutschen Linken. Wer zukünftig zusammenarbeiten, gar ein gemeinsames, solidarisches und tragfähiges Projekt entwickeln will, sollte daran interessiert sein, gegenseitige Fremdheit und Unkenntnis abzubauen.

Um die Entwicklung der PDS in den westdeutschen Bundesländern verständlich zu machen ist es zunächst erforderlich, Grundzüge ihrer Entwicklungsgeschichte nachzuzeichnen (Kapitel 2). Hier sind zuerst die Bedingungen des Eintretens in die westdeutsche Gesellschaft 1990 zu benennen. Daran schließen sich die Gründerzeit der PDS und die nachfolgenden Etappen ihrer Entwicklung bis in die Gegenwart an.

Im Kapitel 3 schließen sich Aspekte der Binnenstruktur der westdeutschen Landesverbände, ausgewählte politische Schwerpunkte und Problemstellungen sowie ihre Funktion im Rahmen der Parteienkonkurrenz an. Untersucht werden Probleme und Potentiale der Akteursentwicklung und der Strukturen der PDS. Ein besonderer Blick wird auf die kommunalpolitische Arbeit der PDS gerichtet.

Wesentliches Moment zur Herausbildung einer politischen Identität waren bzw. sind bei der PDS die Teilnahme an Wahlen. Insofern werden Fragen nach den Potentialen linker Politik und ausgewählten Erfahrungen mit Wahlbeteiligungen der PDS in den westdeutschen Bundesländern untersucht (Kapitel 4).

Für das scheinbare Scheitern der PDS im Westen gibt es unterschiedliche, sowohl externe als auch interne Ursachen, die sich teilweise gegenseitig bedingen und verstärken. Einige der wesentlichen Ursachen werden näher betrachtet (Kapitel 5), insbesondere wenn sie auch für eine Neuformierung der Linken relevant sein könnten.

Abschließend werden mögliche Perspektiven und Chancen einer erweiterten politischen linken Formation untersucht (Kapitel 6). Dabei geht es um die Frage, welche Erfahrungen, defizitärer wie positiver Art, von der PDS im Westen eingebracht werden? Was sollte von den Akteuren für die organisations-

politische Entwicklung beachtet und für ein erweitertes demokratisch-sozialistisches Parteiprojekt genutzt werden? Was sind die offenen Fragen, um deren Klärung sich die demokratische Linke bemühen sollte?

Die Studie basiert im Wesentlichen auf zwei Elementen: Zum einen der Auswertung wissenschaftlicher Literatur<sup>6</sup> zur PDS. Dabei ist auffällig, daß es kaum Untersuchungen gibt, die die PDS im Westen zum Gegenstand haben. Es ist offensichtlich der Schwäche der PDS im Westen geschuldet, daß in der Literatur der Fokus auf der Entwicklung der Bundespartei, den ostdeutschen Ländern bzw. spezifischen politikwissenschaftlichen Fragestellungen liegt. Die PDS in den westdeutschen Bundesländern wird meistens nur als Teil der Bundes-PDS gesehen und dabei meistens als Problemfall der PDS-Entwicklung bewertet. Die vorliegenden, kürzeren Analysen zur PDS im Westen sind bedauerlicherweise oftmals mit einer gewissen Schlagseite<sup>7</sup> behaftet, die ihre Aussagekraft begrenzen.

Die zweite Basis der Studie sind ausgewertete Fragebögen bzw. Interviews mit amtierenden und früheren Landesvorsitzenden bzw. -sprechern aus westdeutschen Landesverbänden<sup>8</sup>. Die Einbeziehung ausgewählter Teile des Funktionärskörpers der westdeutschen PDS Landesverbände erlaubt, neben der Sichtung von Dokumenten und anderen Quellen aus der PDS, die Einbeziehung einer praxisorientierten Binnensicht. An dieser Stelle sei allen Interview- und Gesprächspartnern für ihre Offenheit und Kooperationsbereitschaft gedankt, die eine wichtige Voraussetzung zur Durchführung dieser Studie waren.

Meine Hoffnung ist, daß diese Studie dazu beiträgt, die verbreitete Unkenntnis über die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der PDS in den westdeutschen Bundesländern zu reduzieren. Die Ergebnisse könnten dazu beitragen, bestehende Fremdheit, der an der Neuformierung der demokratischen Linken Beteiligten zu reduzieren. Sie ermöglichte den Akteuren, die hier aus den Erfahrungen der PDS im Westen abgeleiteten Fragestellungen und strategischen Schlußfolgerungen für die Qualifizierung der eigenen Arbeit zu nutzen.

6 In der Literatur wird die PDS in den westlichen Bundesländern bislang weitgehend ausgeblendet. So liegen neben Überblicksdarstellungen (Brie/Herzig/Koch, 1995; Beinert, 1995; Bisky/Czerny/Mayer, 1996; Brie/Woderich, 2000) eine Reihe von Regionalstudien (Reißig, 2005; Berg/Koch, 2000; Probst, 1999; Moreau/ Schorpp-Grabiak, 2002) bzw. Studien zu ausgewählten Fragestellungen (Neu, 2004; Hartleb, 2004; Lang, 2003; Schröter/Wittich, 1996) vor, die den Gegenstand dieser Studie nicht oder nur am Rande streifen.

7 Sturm, 2000; Neu, 2000; Eine positive Ausnahme bildet: Weis, 2005

8 Wenn aus Fragebögen bzw. Interviews mit Akteuren der PDS unmittelbar zitiert wird, geschieht dies in anonymisierter Form. Die Textzitate sind kursiv in den Text eingefügt.

# Aspekte der Entwicklungsgeschichte der PDS im Westen (1990-2004)

Die vorliegende Studie hat nicht das Ziel, die Geschichte der PDS im Westen<sup>9</sup> zu schreiben. Es ist jedoch notwendig, den Blick kritisch auf die Ausgangsbedingungen der Existenz der PDS in Westdeutschland zu richten und den weiteren Verlauf der Entwicklung zumindest zu skizzieren. Die Schwierigkeiten der PDS resultieren auch in den Bedingungen ihrer Gründung. Spätere Entwicklungen in einzelnen Landesverbänden lassen sich teilweise auf ihre Gründungsgeschichte zurückführen und ließen sich ohne deren Kenntnis nicht erklären.

## Ausgangsbedingungen und Gründerzeit (1990-1991)

Die Linke in der Bundesrepublik Deutschland steckte in einem Dilemma: Die atemberaubenden Veränderungen in den realsozialistischen Ländern und insbesondere in der DDR raubten ihr jede Möglichkeit, die zeitlichen und inhaltlichen Dimensionen ihres eigenen Handelns zu bestimmen. Nach der Brechung des SED-Machtmonopols und den Volkskammerwahlen vom März 1990 wurde das »Zeitregime« des sog. Vereinigungsprozesses durch den herrschenden konservativen Block der Bundesrepublik bestimmt.

Der 3. Oktober als Datum des Beitritts und die gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 konnte durch die politische Linke weder verschoben, geschweige denn verhindert werden. »Daher wird sie unvermeidlich unter einen politischen Druck gesetzt, der Entscheidungen verlangt. ... sie reichen von der Nicht-Entscheidung bis hin zu einer denkbaren gesamtdeutschen Kandidatur der PDS, oder – gleichsam als Zwischenlösung – zu einer Bündniskonstellation von Linkskräften in der BRD, die gemeinsame Wahllisten mit linken Kräften in der DDR – unter Einschluß der PDS – aufstellen.«<sup>10</sup>

Dies war – in knapper Form zusammengefaßt – die Situation, in der sich die unterschiedlichen Strömungen und Organisationen der Linken in der Bundesrepublik im Jahr 1990 befanden. Ursächlich waren hierfür jedoch nicht ausschließlich die Entwicklungen in den realsozialistischen Ländern verantwortlich. Bereits vorher befand sich die Linke in den entwickelten Ländern des Westens in einer tiefen Krise und war von Differenzierungsprozessen geprägt. Nicht nur der Abschwung der Intellektuellenbewegungen und der von ihnen initiierten Parteiprojekte sowie die Krise des Eurokommunismus, auch die so-

<sup>9</sup> Skizzen zur PDS Geschichte siehe: Chrapa, 2003b; Adolphi, 2005

<sup>10</sup> Deppe, 1990, S. 24

zialen und gewerkschaftlichen Bewegungen befanden sich seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im Abschwung, mit dem der Aufschwung des Neokonservatismus und -liberalismus einherging.

Die Linken in der Bundesrepublik, die sich außerhalb von SPD und Grünen befanden, waren organisationspolitisch und ideologisch zergliedert und häufig durch wechselseitige Abgrenzungen geprägt. Die DKP war von innerparteilichen Konflikten zerrütet und brach Ende der achtziger Jahre zusammen<sup>11</sup>. Auch der DKP-Erneuerungsströmung gelang es nicht, sich zum Kristallisationskern eines Neubeginns linker Politik und Organisation zu entwickeln. Bestrebungen, die Grünen in eine öko-sozialistische Partei zu transformieren, waren gleichfalls gescheitert und 1990 wurde gewissermaßen zum zentralen Wendejahr der Grünen<sup>12</sup>, so daß auch hier Teile der Linken die Partei verließen bzw. in den Vorjahren bereits verlassen hatten. Selbst die Gewerkschaftslinken sah sich dem massiven Druck der DGB-Anschlußpolitik, den Debatten über das Scheitern des Realen Sozialismus sowie des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses ausgesetzt. Eine Problematik, die gleichfalls die marginalisierte Linke in der SPD erfuhr, die u.a. durch die Dynamik des deutsch-deutschen »Zusammenwachsens« überrollt wurde<sup>13</sup>. Blieb die sich neu formierende »Radikale Linke«, die jedoch nicht auf Öffnung zu den verschiedenen Strömungen der Linken orientiert war und sich von der PDS ohnehin aufgrund der ihr unterstellten reformistischen bzw. linksnationalistischen Positionen abgrenzte<sup>14</sup>.

Die durchaus existierende, wenn auch vage Hoffnung, Grüne und SPD selbst könnten politische Partner werden, scheiterte an deren Linie, jegliche Zusammenarbeit mit der »Nachfolgepartei« auszuschließen.<sup>15</sup> Insgesamt gesehen also eine unkomfortable Gemengelage, auf die die sich neuformierende PDS in der Bundesrepublik stieß.

11 vgl. Fülberth, 1990, S. 166; Fülberth datiert das Scheitern auf die zweite Hälfte der siebziger Jahre und sieht den Zusammenbruch zum Ende der achtziger Jahre lediglich als »verspätete Ratifizierung« dieses Prozesses.

12 vgl. Weichold, 2005, S. 36 f.

13 vgl. Deppe, 1990, S. 19

14 In dem für diese Strömung wichtigen Sammelband »Die Radikale Linke« der 1990 anlässlich des gleichnamigen Kongresses erschien, wurde i.d.R. auf die Veränderungen in der DDR bzw. die dortigen linken Kräfte, einschließlich der PDS, kein Bezug genommen. Ausnahme blieb ein Beitrag der »Demokratischen Sozialisten« (S. 54 ff.), die sich später an der Zusammenarbeit mit bzw. in der PDS beteiligten. In der Radikalen Linken engagierten sich jedoch auch Menschen, die später – zumindest zeitweise – zur PDS stießen, wie Dorothee Piermont, Jakob Moneta, Winfried Wolf oder Georg Fülberth.

15 Die Problematik benennt Gregor Gysi in seinem Referat auf der Erneuerungskonferenz der PDS am 8./ 9.9.1990 wie folgt: »Oskar Lafontaine hat mich vor wenigen Tagen in einem Zeitungsinterview aufgefordert, zu erklären, welche Art Partei die PDS nun sein will, eine kommunistische Partei oder eine sozialdemokratische Partei. Im ersten Falle müßte man uns bekämpfen, im zweiten Falle soll sich die PDS auflösen, denn die Sozialdemokraten gibt es bereits. ... Die verbissene Absage an die PDS ist auch nicht gerade ein Zeichen für Toleranz und Selbstbewußtsein. Sei dem wie es sei, unsere Hand bleibt ausgestreckt ...« zit. nach: »Wir brauchen eine neue, moderne Partei als linke Kraft« in: PID vom 14.9.1990, S. 8

### *Neuanfang oder das erneute Mischen alter Karten?*

»Angesichts biographisch und organisationshistorisch gewachsener Ressentiments unter vielen linken Akteuren sank die Bereitschaft, sich auf die PDS einzulassen, oftmals allein deshalb, weil und wenn bestimmte informelle Zirkel oder Personen einer bestimmten Tradition die regionale PDS gründeten.«<sup>16</sup> Dem ist zuzustimmen. Zahlreiche Menschen mit linken Haltungen, Traditionen und Praxen waren aufgrund ihrer eigenen politischen Niederlagen und oftmals auch aufgrund des weitgehenden Scheiterns ihrer Hoffnungen und Lebensvorstellungen zutiefst demoralisiert. Sie waren nicht bereit, sich nahtlos auf ein neues – und zudem als sozialistisches verstehendes – Parteiprojekt einzulassen. Andere, vor allem auch aus dem Erneuererflügel der DKP und linker Grünen, zogen aus dem Scheitern des Realen Sozialismus die Schlußfolgerung, jetzt auf »Rot-Grün« als Modernisierungsprojekt zu setzen.

Insofern war es unter diesen Bedingungen nicht zwangsläufig, daß sich im Jahr 1990 trotzdem Menschen unterschiedlicher linker Herkunft, mit einem gemeinsamen politischen Handeln mit der PDS anläßlich der bevorstehenden gesamtdeutschen Bundestagswahl auseinandersetzten. Ihre Positionen lagen letztlich zwischen klarer Ablehnung und positivem Einlassen. In der Konsequenz gingen sie also weit auseinander und entwickelten sich quer durch bestehende linke Strömungen<sup>17</sup>.

Vorbehalte gegen eine rasche Parteigründung im Westen wurden beispielsweise damit begründet, daß die PDS eine DDR-Partei sei und die Krise der Linken in der BRD eigene Quellen hätte und insofern auch eigener Lösungsbemühungen bedürfe. Der Lösungsimport müsse scheitern, die Mitgliedschaft bestehe leider nicht nur aus lauter Gysis, Adlers und Modrows; die Geschichtsbewältigung und neue Identitätsfindung der PDS befinde sich erst am Anfang. Die »Erneuerung der PDS« finde lediglich »von oben« statt und sei in der Partei »nicht durch«. Kurzum, die Linke in beiden Ländern sei zu heterogen und die existierenden Unterschiede auf lange Sicht nicht auflösbar.<sup>18</sup>

Deutliche Ablehnung gegenüber einem neuen Parteiprojekt, als auch gegenüber den im Westen beteiligten Protagonisten, wurde zum Beispiel damit begründet, daß »gescheiterte Feldherren am grünen Tisch sitzen und überlegen, wie die Truppen neu gesammelt und gestärkt werden« und eine »abstrakte Organisationsdebatte« führen, die von anderen Teilen der Linken völlig unbeachtet bliebe. Hinzu käme, daß »eine PDS, die nicht gründlich ihre Verantwortung an der gegenwärtigen Situation darlegt, ... völlig indiskutabel«<sup>19</sup> sei.

16 Weis, 2005, S. 258

17 Teilweise wurde die Frage des Verhältnisses zur PDS zum Katalysator der Differenzierungs- und Spaltungsprozesse. So bei der DKP-Erneuerungsströmung und sicherlich auch beim Kommunistischen Bund. vgl. Steffen, 2002, S. 295 ff.

18 vgl. Lochner, 1990, S. 17 ff.

19 vgl. Laudowicz, 1990, S. 5

Eine wohl abwägend positive Haltung zur PDS wurde festgemacht an den positiven Wahlergebnissen der PDS (Volkskammerwahl März 1990), der Medien- und Massenwirksamkeit bestimmter führender PDS-Mitglieder, dem Prozeß der programmatischen Erneuerung, der Realität der deutschen Vereinigung und der potentiell positiven Ausstrahlung einer sich erfolgreich erneuernden sozialistischen Partei.<sup>20</sup>

Eine konditionierte Zustimmung formulierte beispielsweise Verena Krieger: »Was wir brauchen, ist eine linksalternative, oppositionelle Partei im Parlament. Die Grünen erfüllen diese Funktion praktisch nicht mehr. Deshalb täte ihnen Konkurrenz nur gut. Die Linke Liste/PDS ist zwar keine links-alternative Kraft, aber sie könnte als ein solches Konkurrenzprojekt nützlich sein und die politische Szenerie in Deutschland durcheinanderwirbeln. Dafür wird sie am 2. Dezember meine Proteststimme bekommen. Mehr nicht.«<sup>21</sup>

Nicht außer Acht gelassen werden sollten die Umstände des Vereinigungsprozesses selbst. Als die Bewegung in der DDR vom Ziel der sozialistischen Erneuerung zur Wiedervereinigung – im damaligen Sprachgebrauch: zur D-Mark – umschwenkte, verhiß das für zahlreiche Linke in der Bundesrepublik nichts Gutes. Die PDS, in einer naturgemäß komplizierten Rolle, reagierte uneinheitlich. Ausdruck hierfür war die Losung Hans Modrows vom »Deutschland einig Vaterland« im Januar 1990. Für zahlreiche Westlinke war dies vermutlich ausreichend, um die PDS für den negativ bewerteten politischen Vereinigungsprozeß gleichfalls haftbar zu machen. »Die »Wende«, der Zusammenbruch der DDR, die Wiedervereinigung, das alles berührte die westdeutsche Linke nur in Bezug auf die Politik in der alten BRD. Es gab nur ein dürftiges Interesse an einem möglichen politischen Partner im Osten, dafür aber um so mehr Vorurteile.«<sup>22</sup>

Die hier zitierten Argumentationsmuster weisen auf die unterschiedlichen Standpunkte hin, die der Skepsis gegenüber der PDS zugrundelagen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß der erwartete kräftige Zustrom ausblieb und nur ein kleinerer Teil der West-Linken in das Projekt der Linken Liste einstieg.

### *Die sich anbahnende Annäherung zwischen West und Ost*

Nachdem sich im »Kommunistischen Bund« (KB) bereits im November 1989 eine »DDR-AG« gebildet hatte, bildete sich ab April 1990 in Hamburg ein Kreis heraus, in dem u.a. Menschen aus dem Sozialistischen Forum (DKP-Erneuerer), der Zeitschrift Sozialismus, des KB und linke Grüne vertreten waren.

20 vgl. Gehrcke, 1990, S. 5

21 Krieger, 1990, S. 26; Verena Krieger war von März 1989 bis Juni 1990 eine der drei Bundessprecherinnen der Grünen.

22 Eckhoff, 2005, S. 8

Konsens war die Auffassung, daß ein Organisationsbündnis alten Typs keine Chance hätte, die notwendigen Wahlstimmen bei der gesamtdeutschen Bundestagswahl zu erreichen. Die Vorstellung bestand darin, eine Organisation aufzubauen, die Menschen aus bestehenden Organisationen und »freischwebende Linke« ansprechen und sich auf die PDS als Katalysator bzw. Kristallisationskern im Umgruppierungsprozeß der Linken beziehen sollte<sup>23</sup>.

Diese Vorstellungen überschritten sich mit anderen Bündelungsversuchen. So bemühten sich – wenn auch letztlich erfolglos – beispielsweise zwei der Hauptrepräsentanten des Linken Forums der Grünen, Michael Stamm und Jürgen Reents, seit dem Frühjahr 1990 ein bundesweites Linksbündnis unter Einfluß von PDS und Grünen zu schaffen<sup>24</sup>.

Der Hamburger Kreis lud zu einem »Arbeitstreffen: Anschluß der DDR – Anschlußfragen der Linken« am 28./29.7.1990 in Köln ein. Diese Konferenz, zu der ein relativ breites Spektrum von prominenten Linken einlud bzw. als Referenten auftrat<sup>25</sup>, ließ aus Sicht der Initiatoren jedoch »eine offene Diskussion gar nicht mehr zu. Denn schon vor dem Zeitpunkt der Konferenz am 28./29. Juli waren die Weichen für die Auflösung der DDR und den Anschluß an die BRD gestellt und damit auch für die ersten gesamtdeutschen Wahlen. Die im Aufruf geforderte vorsichtige Annäherung der Linken aus Ost und West wurde überrollt durch die Anforderung, jetzt zu entscheiden, mit der PDS ein gemeinsames Wahlprojekt zu organisieren.«<sup>26</sup> Als Gregor Gysi vor die 550 Teilnehmer trat und das Treffen als »Geburtsstunde der Linken Liste/PDS« bezeichnete, fiel die Entscheidung per Akklamation.

Am 12.8.1990 wurde in Hamburg die Linke Liste/PDS (BRD) gegründet und beschlossen, zu den gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2.12.1990 anzutreten und eine Listenverbindung mit der PDS einzugehen<sup>27</sup>. Ab September bildeten sich Landesverbände der Linken Liste/PDS, so z.B. am 2.9. in Baden-Württemberg, am 12.9. in Bayern und am 16.10. in Hessen. Am 15./16.9.1990 fand der Gesamtdeutsche Wahlkongreß der Linken Liste /PDS mit jeweils 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus BRD und DDR in Berlin statt. Im Gefolge der Gründung wurde ein Beirat<sup>28</sup> gebildet, dem eigentlich eine zentrale Rolle als Klärungsinstanz der Zusammenarbeit zukom-

23 vgl. Steffen, 2002, S. 332

24 vgl. Raschke, 1993, S.312 f.; »Nicht alle haben gestrickt!« in: jungle world v. 20.1.2005, Interview mit Jürgen Reents

25 Unterzeichnerinnen des Aufrufs: Joachim Bischoff, Manfred Coppik, Frank Deppe, Axel Eggebrecht, Helga Genrich, Heinrich Hannover, Bernd Henn, Ulla Jelpke, Ingrid Kurz, Andrea Lederer, Christiane Reymann, Herbert Schui, Michael Stamm, Inge Stolten, Erich Wulff; Für die Debatten waren u.a. angekündigt Prof. Dorothee Sölle, Birgitt Arkenstedt, Harald Wolf, Michael Wendl, Ibrahim Böhme u.a.

26 Eckhoff, 2005, S. 9

27 he.[Eckhoff], 1990, S. 26

28 Mitglieder des Beirats der Linken Liste/PDS: Gregor Gysi, Hans Modrow, André Brie, Rainer Börner, Hans-Joachim Willerding, Marlies Denecke, Helga Adler, Christel Wietusch, Katrin Framke, Rosemarie Hein, Dagmar Pohle (alle PDS); Michael Mäde, Jana Wagner (Vereinigte Linke); Michael Czollek

men sollte. Obwohl seine Tätigkeit als elementar angesehen wurde, existierte er nur bis in den Dezember 1990<sup>29</sup>. Die Schaffung eines »Äquivalents« wurde gefordert, kam allerdings nie zustande<sup>30</sup>.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 29.9.1990, daß zwar in zwei regional getrennten Zählgebieten jeweils die 5-Prozent-Sperrklausel zählen würde, allerdings auch Listenverbindungen ausgeschlossen sein würden. »Für die Linke Liste/PDS kam die BVG-Entscheidung einem Auflösungsbeschuß gleich. ... Ein Antreten zur Wahl war unter diesen Umständen nicht sinnvoll.«<sup>31</sup> Für die parlamentarische Präsenz im Bundestag benötigte die PDS keine einzige Stimme aus dem Westen. Nach der BVG-Entscheidung, daß es keine Listenverbindungen von Parteien bzw. Gruppierungen aus der BRD und der DDR geben dürfe, beschloß die PDS auf der der 3. Tagung ihres 1. Parteitages am 14.10.1990 als PDS zu den Bundestagswahlen anzutreten sowie ihre Ausweitung in die alten Bundesländer, indem sich die Landesverbände der Linken Liste/PDS aufzulösen und als Landesverbände der PDS bzw. als »PDS/Linke Liste / Landesverband der PDS« neu zu konstituieren hätten<sup>32</sup>.

Für einen Teil der Unterstützer der Linken Liste/PDS erübrigte sich der Wahlkampf aufgrund der BVG-Entscheidung, ein anderer Teil war nicht bereit, den Weg von einer Bündnisorganisation mit der PDS hin zur PDS-Organisation mitzugehen. Eine ganze Reihe von Aktivisten gingen bereits in dieser Phase verloren. Teilweise auch deshalb, weil sich die Linke Liste zwar formalrechtlich, aber nicht wirklich als Partei verstand und bis Dezember keine Mitglieder aufnahm<sup>33</sup>. Neugebauer schlußfolgerte: »Diese Entscheidung [PDS im Westen zu gründen – d.V.] dürfte bis in die Gegenwart hinein Auswirkungen gezeigt haben. Einerseits entstand in der westdeutschen Linken Skepsis hinsichtlich des Willens der PDS, sich ohne Führungsanspruch in Bündnisse zu begeben, andererseits bescherte diese Erfahrung der PDS nachhaltige Zweifel über die Kooperationsfähigkeit eines großen Teils des organisierten orthodoxen oder dogmatischen linken Spektrums in der Bundesrepublik.«<sup>34</sup>

(Nelken); Andrea Lederer, Christiane Reymann, Joachim Bischoff, Manfred Coppik, Michael Stamm, Bernd Henn, Heidi Hegen, Ulla Jelpke (alle LL/PDS)

29 Thomas Klein von der »Vereinigten Linken« vertrat die Position, daß »aber dieser Beirat nach den Wahlen schlagartig zu bestehen aufhörte und noch nicht einmal selbst über seine Auflösung befand, zeigte, daß viele der beteiligten anderen linken Akteure auch für sich selbst eher in einer Übertragung von Verantwortung für linke Bündnispolitik an PDS-Gremien eine Perspektive sahen, als darin, diese Optionen weiter zusammen mit PDSlern in einem eigenständigen Gremium zu entwickeln. Diese Wende war mit einem beträchtlichen Abgang von Unterstützern des Bündnisses verbunden.« Klein, T., 1996, S. 245

30 Gysi, 1991, S. 32

31 Eckhoff, 2005, S. 10

32 vgl. »Erklärung des 1. Parteitages der PDS vom 14.10.1990: Für eine unüberhörbare Stimme der linken Opposition in Deutschland« sowie: »Beschuß des Parteitages zur Bildung von Landesverbänden der PDS in den westlichen Bundesländern: PDS tritt am 2.12. als einheitliche Partei an« beide in: Parteivorstand der PDS, 1991, S. 210 ff. und S. 212 ff.

33 Gohde, 1995b, S.72

34 Neugebauer, 1995, S. 43



Die Bundestagswahl, bei der insgesamt 2,4 Prozent der Stimmen erzielt wurden – davon allerdings nur 0,3 Prozentpunkte im »Zählgebiet West« – wurde als niederschmetternd empfunden. Und obwohl mehrere Westlinke auf den Listen der PDS in den Bundestag einzogen<sup>35</sup> wurde das Projekt zunächst als gescheitert angesehen<sup>36</sup>.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Zugänge aus der Linken in Westdeutschland<sup>37</sup> zur PDS quantitativ und von ihrer politischen Breite sehr begrenzt waren. Die erwünschte und erhoffte Mitarbeit im größeren und vor allem repräsentativen Umfang blieb aus. Viele derjenigen, die sich noch im Frühjahr von einer eigenständigen Kooperation mit der sich in der DDR resp. den neuen Bundesländern reorganisierenden PDS Hoffnungen machten, zogen sich binnen kurzer Zeit zurück. Da die PDS sich ihre Partner nicht aussuchte, sondern auf jene zurückgreifen mußte, die von sich aus kamen, war das Ergebnis höchst zufällig<sup>38</sup>. Die politische Ausrichtung einzelner Landesverbände der PDS ist bis in die letzten Jahre hinein davon geprägt worden, wer sich im Sommer bzw. Frühherbst 1990 zusammengefunden hatte.

### *Haltungen der PDS zur West-Linken*

Offensichtlich war eine schnelle Orientierung auf eine organisationspolitische Vereinigung der Linken aus Ost und West bis Anfang September in der PDS-Führung zumindest nicht Konsens<sup>39</sup>. Die Entwicklung der folgenden Wochen führte jedoch dazu, daß die PDS aufgrund der rasanten und »rücksichtslosen Anschlußpolitik der Regierungen in Bonn und Berlin«<sup>40</sup> gezwungen war, sich in viel kürzerer Zeit darauf einzustellen, unter gesamtdeutschen Bedingungen politisch zu agieren und ihren Platz in der deutschen Linken zu finden.

35 Ulrich Briefs (Landesliste Sachsen), Bern Henn (Sachsen-Anhalt), Ulla Jelpke (NRW), Andrea Lederer (Mecklenburg-Vorpommern)

36 he.[Eckhoff],1990, S. 13

37 Von denen, die nach der Bundestagswahl 1990 bei der PDS bzw. in ihrem Umfeld blieben, seien hier stellvertretend genannt: Teile der DKP-Erneuerer wie Christiane Reymann, Wolfgang Gehrcke, Heidi Knake-Werner und Harald Werner, der KB-Mehrheit wie Claudia Gohde, Andrea Lederer und Heinrich Eckhoff, Menschen aus kleineren linken Gruppierungen wie Jakob Moneta und Theodor Bergmann, von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) u.a. Joachim Bischoff, von den Demokratischen Sozialisten z.B. Manfred Coppik und Hartmut Ritzheimer. Von den Grünen Michael Stamm und Jürgen Reents sowie von den Ex-Fundis der Hamburger GAL Ulla Jelpke und Andreas Grünwald, von der Berliner Alternativen Liste u.a. Harald Wolf.

38 vgl. Gysi, 2001, S.61

39 So führte auf der »Erneuerungskonferenz der PDS« das PDS Präsidiumsmitglied Rainer Börner, Berichterstatter des Arbeitskreises »Die PDS als linke Oppositionspartei in Deutschland« aus: »Weiter abhängig ist unsere Bündnisfähigkeit von der Akzeptanz vielfältiger sozialistischer Ideen, bewußt im Plural gesprochen, auch in ihren vielfältigen Organisationsformen. ... Jegliche Orientierung auf eine kurz- oder mittelfristige Vereinigung der linken Kräfte in Deutschland zu einer Partei ist in diesem Sinne unrealistisch und unter obigem Gesichtspunkt, meiner Auffassung nach, auch gar nicht anstrebenswert.« zit. nach: PDS, 1990, S. 67

40 Gysi, 1990, S. 11

Der Kontakt mit westdeutschen Linken wurde auf unterschiedliche Weise<sup>41</sup> in der PDS aufgenommen und bewertet. Generell überwog wohl trotz aller deillusionierenden Begegnungen mit Westlinken die Auffassung, daß er notwendig sei und reale Chancen für die Entwicklung der Partei bot. Strittig waren das Verhältnis zu einzelnen Teilen der westdeutschen Linken, insbesondere zur DKP<sup>42</sup> und zu den sogenannten »PDS-Initiativen«, die sich unabhängig von der PDS in einigen westdeutschen Städten gebildet hatten und einen Alleinvertretungsanspruch für die PDS im Westen erhoben.

Ende Oktober 1990 wurde der sog. »Putnik-Deal« offenbart, in dem 107 Mio. DM aus dem Vermögen der PDS illegal ins Ausland verbracht werden sollten. Aus der Führung der PDS heraus wurde ihr Anspruch, eine demokratisch-sozialistische Partei zu sein, diskreditiert<sup>43</sup>. Der »Finanzskandal«, an dem der stellvertretende PDS-Vorsitzende Wolfgang Pohl maßgeblich beteiligt war, löste in der PDS eine neue massive Austrittswelle aus und stürzte die PDS in eine tiefe Krise. In Westdeutschland bestätigte sie bestehende Vorurteile gegenüber der PDS, zumal »dieses Denken (bedeutet), sich vorsorglich selbst zu illegalisieren, sich von der Gesellschaft abzukapseln, hinter den Mauern der eigenen Überzeugungen zu verschanzen. ... Diese Selbstghettoisierung gehört zu den konservativsten Traditionen der untergehenden (partei)kommunistischen Bewegung.«<sup>44</sup>

- 41 Aus der Fülle seinen drei Positionen skizziert: Gregor Gysi: »... als mit der Ausweitung der PDS auf ganz Deutschland eine Lage entstanden ist, daß die Partei ein breiteres Spektrum von Linken anzieht, ohne daß im gleichen Maße ein neues Parteiverständnis bereits entwickelt wäre. Natürlich liegt darin auch eine Chance, neue Ansätze aus den Erfahrungen der westdeutschen Linken aufzunehmen. Ohne Grundlage allerdings droht der Partei künftig eine Kette von Auseinandersetzungen, in der persönliche Auffassungen und ähnliches zum Bestimmenden werden. Unreflektiert werden sogenannte linke Auffassungen eklektisch verbunden. Der Hang zum Populismus ... könnte an Bedeutung gewinnen. ... Die Partei darf nicht zum Sammelbecken für linke Phrasen werden. Sie muß sich davor hüten, die Beseitigung des Kapitalverhältnisses für den Springpunkt ihres Identitätsverständnisses zu halten.« zit. nach: »Wie machen wir sozialistische Politik im Kapitalismus?« in: Neues Deutschland v. 13.11.1990, S. 10; Hans Modrow: »Wie soll es mit der Profilierung der PDS als gesamtdeutsche Partei weitergehen? Ich meine: Wie können als linke Opposition nur stark sein, wenn wir möglichst viele linke Kräfte auch in der Partei vereinen oder enge Bündnisbeziehungen mit ihnen herstellen und schaffen. Hier steht auch die Frage an, nehmen wir nun Mitglieder der PDS in den anderen Ländern auf oder grenzen wir das sozusagen aus und schieben das weiter vor uns her. Damit meine ich nicht Linkssektierer, die vielleicht in der PDS Unterschlupf suchen, aber in unserer Partei keinen Platz haben sollten.« zit. nach: »Bürgerinteressen gehen vor Parteiinteressen« in: Neues Deutschland v. 13.11.1990, S. 10; Fred Beuchel: »Wir, denen man heute ab und zu mal vorwirft, wir würden nur Zorn und Wut für die Westlinke empfinden. Wir haben gedacht, wie kompliziert es da immer sein mag, eines bringen die ganz bestimmt rein: einen nicht illusorisch verzerrten Blick auf den Kapitalismus. ... Was die Konsolidierung der PDS und ihre Erneuerung als sozialistische Partei betrifft, setzen wir in die Westlinke große Hoffnungen ...« zit. nach: »Wir setzen große Hoffnungen in die West-Linken« in: AK Nr. 325 v. 10.12.1990, S. 39, Interview mit Fred Beuchel
- 42 Die PDS-Parteispitze führte frühzeitig auch Gespräche mit dem Sprecherrat der DKP, so beispielsweise am 20.4.1990. Anfang Januar 1991 wurden »Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede festgestellt und daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß beide Parteien ihre Existenzberechtigung in Deutschland« hätten. zit. nach: Gysi, 1991, S. 32

43 vgl. Autorenkollektiv: 1994, S. 45

44 Lehndorff, 1990b, S. 48

Auch der Umgang mit der Stasi-Problematik innerhalb der PDS war kontraproduktiv für die Gewinnung von Zuspruch und Mitgliedern in Westdeutschland. Anlässlich der Veröffentlichung von MfS-Gehaltslisten im April 1991 kritisierten Bundesgeschäftsführer Wolfgang Gehrcke und Parteivorstandsmitglied Michael Schumann zwar die Art der Veröffentlichung und befürchteten eine Zunahme der Hexenjagd, erklärten jedoch auch: »Die PDS, das sei festgehalten, hat bisher zu wenig zur ernsthaften Aufklärung von Funktion und Wirkungsweise des MfS beigetragen. Wenn die SED einer (so die Beurteilung in der PDS) konservativen, in Strecken reaktionären Gesellschaftspolitik verhaftet war und diese gegen das Volk durchsetzte, war das Ministerium für Staatssicherheit einer der wesentlichen Machttäger. ... Auch das innere Klima der PDS entspricht noch nicht den Bedingungen einer aufklärerischen Diskussion über die Stasi.«<sup>45</sup> Der individuell recht unterschiedlich praktizierte Umgang mit der eigenen Biographie durch Funktionäre der PDS, in Bezug auf eine eventuelle MfS-Zuarbeit, tat ihr Übriges. Hier wurde die Hypothek der PDS, ein vollständig diskreditierter Sozialismus, schlagartig deutlich.

Den Wenigen, die aus dem Westen kamen, stand die Türe der PDS weit offen. Der Wunsch nach neuen Konzepten, nach der Mitwirkung an theoretischer Erneuerung und nach Alternativen zum »drögen Einerlei der Parteilehrjahrsweisheiten«<sup>46</sup> war vorhanden. Bei allen Parteiwahlen (Bundesvorstand, Delegierte zu Parteitagen) und sicheren Bundestagslistenplätzen waren Menschen aus den westdeutschen Bundesländern im Verhältnis zur Mitgliedsstärke von Beginn an überrepräsentiert.

Im Januar 1991 zog Gregor Gysi auf dem 2. Parteitag ein ernüchterndes Resümee zur Arbeit der PDS im Westen: »Vieles, was wir uns erhofften, ging bisher nicht auf.«Er verwies jedoch darauf, daß »ein Anfang gefunden werden mußte und daß wir heute in jedem alten Bundesland über einen Landesverband der PDS / Linke Liste verfügen.«<sup>47</sup>

45 zit. nach Autorenkollektiv, 1994, S. 61

46 v. Ditfurth, 1998, S. 266

47 Gysi, 1991, S. 30

## Schleichende Entwicklung, Konsolidierung und neue Hoffnungen (1992-1998)

In der Zeit nach der Bundestagswahl 1990 wurden die Strukturen der PDS in den westdeutschen Landesverbänden auf niedrigem Niveau ausgebaut. Die Fluktuation der Mitglieder war hoch.<sup>48</sup> Im Gefolge der Wahlniederlage nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den PDS-Mitgliedern, teilweise entlang ihrer Herkunftsströmungen, zu. Die Tagung des 2. Parteitages im Januar 1991 bot ein schauerliches Beispiel in den Personaldebatten um die Besetzung der stellvertretenden Parteivorsitzenden mit einem Mitglied aus dem Westen.

Innerhalb der PDS/LL-Bundestagsgruppe bildete sich im Herbst 1991 eine Gruppe von zehn Abgeordneten auf Grund »immer wieder ... nicht zu überwindender unterschiedlicher politischer Positionen«<sup>49</sup>. Der Bundestagsabgeordnete Bernd Henn, ehemals Mitglied der SPD und Gewerkschaftssekretär in Niedersachsen sowie dortiger Gründungsvorsitzender des PDS Landesverbandes, erklärt am 21.10.1991 seinen Austritt aus der Bundestagsgruppe, weil das Projekt PDS/Linke Liste für ihn gescheitert sei<sup>50</sup>. Am 17.12.1991 verläßt der Bundestagsabgeordnete Ulrich Briefs die Bundestagsgruppe der PDS/LL.

Dem Anschein nach machte sich eine Stimmung breit, die die PDS krisenhaft und als nicht zukunftsfähig ansah. »Das Problem der PDS scheint darin zu bestehen, daß sie gegen die Zeit läuft. Bei jedem noch so richtigen Schritt wird sie von ihren Problemen überholt – und die Mühen des anhaltenden Abstiegs zermürben ErneuerInnen nicht minder als die ratlos ängstliche Basis.«<sup>51</sup> So haben »nicht zuletzt die Hamburger Bürgerschaftswahlen [1991 – d.V.] erwiesen, daß die angestrebte »Westausdehnung« der PDS im Konzert mit westdeutschen Bündnispartnern gescheitert ist: Weder wurde die PDS von einem nennenswerten Potential von WählerInnen angenommen, noch konnte sie die Funktion eines neuen linken Kristallisationspunktes als Keimform einer Sozialistischen Partei jenseits von SPD und Grünen erfüllen, da selbst potentielle linke Ansprechpartner der PDS die kalte Schulter zeigten.«<sup>52</sup> Teil-

48 In Rheinland-Pfalz beispielsweise waren die beiden Landesvorsitzenden nach einem halben Jahre bereits ausgetreten, im nächsten Landesvorstand gab es nach vier Wochen den ersten Rücktritt. Nach drei Jahren politischer Arbeit war »die Zahl der Gründungsmitglieder fast wieder erreicht: es waren 1993 gerade noch 17 GenossInnen eingeschrieben!« zit. nach: »Ein Grund zum Feiern? Fünf Jahre PDS in Rheinland-Pfalz« in: PDS Landesinfo Rheinland-Pfalz v. Oktober 1995; Beispiel Saarland: »Nachdem die erste Gründung der PDS Saarland 1991 »eingeschlafen« ist existiert die Partei als Landesverband seit Ende 1993 wieder.« zit. nach: Landtagswahlen im Saarland am 5.9.1999. Auswertung des Landesvorstandes (Ms.), (1999), S.1

49 Positionspapier der G10, zit. nach: SoFo, Nr. 13/Nov./Dez. 1991, S. 50

50 Am 1.1.1993 schließt er sich der Bundestagsgruppe wieder an.

51 Werner, 1992, S. 45

52 Liehmann, 1991, S. 1

weise wurde sogar eher eine Perspektive in einem gesamtdeutschen Umgruppierungsprozeß im Verbund mit den Grünen gesehen.

Auch die »Komitees für Gerechtigkeit«, zu deren Gründung im Juli 1992 von 69 Prominenten aus Ost und West (z.B. Rio Reiser) aufgerufen wurde, spielten in Westdeutschland kaum eine Rolle, weil sie überwiegend als ostdeutsche Initiative verstanden wurden. Insofern konnten auch sie keinen nennenswerten Einfluß auf die Entwicklung der PDS im Westen ausüben.

Vertreterinnen und Vertreter aus allen westdeutschen Landesverbänden forderten die Einrichtung eines Regionalverbandes West und die Vorbereitung eines kleinen »West-Parteitag«<sup>53</sup>. Er trat am 22.5.1993 zusammen und bildete die »AG PDS/LL westliche Bundesländer« und wählte einen Arbeitsausschuß<sup>53</sup>. Über einige Koordinationsversuche hinaus, ging von diesem Gremium jedoch kein wesentlicher Impuls zur Entwicklung der PDS in den westlichen Bundesländern aus.

### *Phase der Konsolidierung und des Aufbruchs (1993-1998)*

Die PDS konnte sich dadurch stabilisieren, daß sie zur Vertreterin radikaler Positionen zum Verlauf und zu den Resultaten des Prozesses der deutschen Vereinigung wurde<sup>54</sup>. Sie wandelte sich dabei von einem Sammelbecken der Vereinigungsgegner zu einer Interessenpartei des Ostens<sup>55</sup>. Momente der Verklärung der Vergangenheit und des Ersetzens der kritischen Aufarbeitung durch Nostalgie, verstärkten bei vielen Ostdeutschen diese Entwicklung. Hinzu kam ihre »starke Verankerung im politisch-kulturellen Milieu der Dienstklasse der DDR.«<sup>56</sup> 1993 gab sich die PDS ein Parteiprogramm, das allerdings in erster Linie ostdeutsche Erfahrungen kommunizierte<sup>57</sup>, und schloß damit aus ihrer Sicht die Phase der Nachwendezeit ab. Die ostdeutschen Kommunalwahlergebnisse im Dezember 1993 waren so positiv, daß das Bild einer absterbenden Partei ins Wanken geriet.

Die PDS beschloß, zur Bundestagswahl 1994 mit »Offenen Listen der PDS« anzutreten. Innerhalb der PDS im Westen umstritten, versuchten innerhalb wie außerhalb agierende politische Kräfte das Konzept der »Offenen Listen der PDS« zu verhindern bzw. zu unterlaufen. Insbesondere die DKP war bemüht ihre Kandidaten auf aussichtsreichen Plätzen zu plazieren.<sup>58</sup> Die Führung der PDS ging davon aus, daß es nicht nur um die Weiterentwicklung

53 Dem Arbeitsausschuß gehörten an: Gunhild Böth (NRW), Claudia Gohde (Hamburg), Heike Schmäser (Hessen), Kristina Kamph (Schleswig-Holstein), Horst Bethge (Hamburg), Harri Grünberg (Hessen), Andreas Grünwald (Hamburg), Harald Werner (Niedersachsen/Bremen)

54 vgl. Neugebauer, 1995, S. 46

55 vgl. Neugebauer/Stöss, 1996, S. 57

56 Brie, M., 2000, S. 20

57 vgl. Kahrs, 2000, S. 6

58 Werner, 1994, S. 1

der PDS sondern auch um den Entwicklungsweg der bundesrepublikanischen Gesellschaft ging. Es stand die Frage, ob eine nationalkonservative Wende – mit ihren Auswirkungen nicht nur in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch in der Europa- und Außenpolitik – verhindert werden könne. »Wir mußten und müssen uns aus dieser Verantwortung heraus fragen, wie unser optimaler Beitrag im Kampf gegen die vom konservativen Kern des politischen Systems ausgehende Rechtsentwicklung in Deutschland aussehen muß. ... Bei der Antwort auf diese Frage gehen wir von der offensichtlichen Tatsache aus, daß weder die PDS allein noch ein Bündnis der PDS mit anderen kleineren sozialistisch und kommunistisch orientierten Parteien und Gruppen eine hinreichend einflußreiche Kraft sind. ... Das traditionelle linkssozialistisch-kommunistische Parteienbündnis ist ... unter den gegenwärtigen Bedingungen keine politische Alternative und wahlstrategisch erfolgversprechende Option. ... Die PDS muß Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen, die durch ihre bekannte Biographie und durch ihr öffentlichkeitswirksames Bekenntnis zu einem sozialen, friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Deutschland, durch ihre Bereitschaft, sich auch für die berechtigten spezifischen Interessen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, in der Lage sind, Menschen auch außerhalb des traditionellen sozialistisch-kommunistischen Wählerpotentials anzusprechen und zu überzeugen.«<sup>59</sup>

Entsprechend dieser Wahlstrategie mit »Offenen Listen der PDS« wurden Anfang Februar 1994 in Berlin prominente Persönlichkeiten vorgestellt. So wollten auf den Listen der PDS für den Bundestag neben anderen der parteilose Schriftsteller Stefan Heym, der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Manfred Müller, und der aus den Streiks der Stahlarbeiter in Rheinhausen bekannte parteilose Pfarrer Dieter Kelp kandidieren. Später kamen u.a. der Schriftsteller Gerhard Zwerenz und der Urenkel Bismarcks, Heinrich Graf von Einsiedel, der während seiner Kriegsgefangenschaft stellvertretender Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland war, hinzu.

Einsiedel, »ein Linker mit Nationalbewußtsein«<sup>60</sup>, wurde, trotz Intervention des PDS Parteivorstandes, durch den PDS Landesverband Bayern die Spitzenkandidatur in Bayern verwehrt<sup>61</sup>. In den Streit griffen mehrere Gliederungen der PDS West mit gegensätzlichen Positionen ein. Im Kern ging es bei dem Streit um das Verhältnis zur Nation, zur deutschen Einheit und um die Haltung zu der Frage, ob erst mit dem Ende der DDR Sozialismus in Deutschland wieder möglich geworden sei<sup>62</sup>. Der Streit zog sich längere Zeit hin und prägte den Stil der ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der PDS.<sup>63</sup>

59 Schumann, 1993, S. 91f.

60 Gysi, 2001, S.296

61 vgl. Sturm, 2000, S. 238 ff.; Einsiedel wurde daraufhin vom LV Sachsen der erste Platz der Landesliste in Sachsen angeboten und war anschließend von 1994 – 1998 MdB.

62 vgl. Bisky/Brie, A./Gohde/Gysi/Lederer, »Die Borniertheit erneut als politische Kategorie?« in: Neues Deutschland v. 29.3.1994

Im 1994 veröffentlichten »Ingolstädter Manifest«, in dem Gregor Gysi einen neuen Gesellschaftsvertrag einforderte, wurde zur Entwicklung der PDS in Westdeutschland die Position vertreten, daß die PDS »längst auch im Westen der Bundesrepublik angekommen (sei). Die Kraft, diesen Sachverhalt auch bekannt zu machen, ist noch gering.«<sup>64</sup>

Der zweifelhafte Versuch, Anfang Dezember 1994 die PDS über Steuerbescheide<sup>65</sup> zu enteignen, trug wesentlich zur inneren Stabilisierung bei. Der Hungerstreik der PDS-Führung und Solidaritätsaktionen in größerem Umfang stärkten die Identität und den Zusammenhang zwischen Mitgliedern und Führung, zwischen Partei und Umfeld, aber auch zwischen Ost- und West-PDS.

Der 4. Parteitag der PDS tagte vom 27.-29.1.1995 in Berlin unter dem Motto »PDS '95: solidarisch, alternativ, bundesweit« und debattierte in dieser Form erstmalig auch zum Schwerpunkt der Arbeit der PDS »im Westen«. Überlagert wurde er durch den Streit, ob mit Sarah Wagenknecht eine Vertreterin der Kommunistischen Plattform in den Parteivorstand gewählt werden sollte oder nicht. Die Debatte zum Thema Westen endete mit dem Formelkompromiß, daß es keinen »Königsweg«<sup>66</sup> für die Entwicklung im Westen gäbe.

In Bremen sollte am 14.5.1995 der Sprung in die parlamentarische Praxis gelingen und die Politikauglichkeit der PDS im Westen unter Beweis gestellt werden (Siehe S. 62). »Nach der Ampel links«, der Losung im Bürgerschaftswahlkampf, folgten lediglich 2,37 Prozent der Wähler. Die Enttäuschung in der PDS war entsprechend groß und auch die fünf PDS-Kandidaten, die in die kommunalen Stadteilbeiräte gewählt wurden, konnten nicht vom Gegenteil überzeugen.

Insbesondere 1996 fanden intensive Diskussionen über die weitere Arbeit der PDS im Westen statt. Der Parteivorstand befaßte sich im Frühjahr<sup>67</sup> mit der Analyse und den Perspektiven der weiteren Arbeit im Westen. Ein Kernpunkt der Auseinandersetzungen war die Frage, ob auch zukünftig der Versuch unternommen werden sollte, die PDS als Mitgliederpartei zu entwickeln oder besser als Kommunikationspartei<sup>68</sup>. Ein anderer, ewiger Streitpunkt war die Debatte über die politisch-ideologische Ausrichtung vieler PDS-Landesver-

63 »Es gehe, so Harald Werner, um eine offensive, auch konfrontative Auseinandersetzung mit sektiererischen Positionen! Die Mehrheit der Partei habe sich unmißverständlich gegen die sektiererische Nische ausgesprochen, schon gar keinen Platz sei in der PDS für – offenen oder verdeckten – Stalinismus. Dem werde man sich konsequent entgegenstellen, auch mit dem aktiven Wirken zum Aufbau von Gegenstrukturen in den Landesverbänden der Partei, so eine im Vorstand un widersprochene Auffassung.« zit. nach: »Bericht von der Parteivorstandssitzung v. 21.3.94« in: PID, Nr.15/1994, S. 3

64 Gysi, 1994, S. 15

65 vgl. Bisky, 2005, S. 249 ff.

66 DISPUT, H. 3/4 1995, S.47

67 vgl. Gehrcke/Gohde, 1996; Werner, 1996

68 Aufgrund der Strukturasymmetrie zwischen Ost und West und unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Entwicklungen existieren im Westen seit Jahrzehnten arbeitende linke Netzwerke, auch unabhängig-

bände im Westen.<sup>69</sup> Der weitestgehende Vorschlag der Debatte wurde im Mai im »Brief aus Sachsen« formuliert: »Westarbeit wegen der Vergeudung von Menschen und Material einstellen und auf die Kernkompetenzen im Osten konzentrieren«<sup>70</sup>. Positiv war die entstehende Debatte, problematisch wiederum ihre weitgehende Folgenlosigkeit.

In der linken Debatte spielten zwei Entwicklungen eine Rolle, die mit unmittelbarer Beteiligung der PDS stattfanden und die politische Unzufriedenheit mit der Regierung Kohl und dem Wunsch nach einem politischen Wechsel entsprachen. Die »Erfurter Erklärung« und der »Crossover-Prozeß«.

Die »Erfurter Erklärung«, die von Persönlichkeiten aus dem kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich im Januar 1997 unterzeichnet wurde, orientierte auf einen politischen Wechsel bei den Bundestagswahlen 1998, der die PDS als linken Faktor in gewisser Weise einbezog. Als eine zu erfüllende wesentliche Voraussetzung wurde allerdings die kritischere Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte angemahnt. Die Sichtweise einiger Akteure aus SPD und Bündnisgrünen auf die PDS hatte sich offensichtlich teilweise verändert und die Ausgrenzung der PDS aus linken Diskursen wurde beendet. Im Blick war aber die Bundes- bzw. Ost-PDS und nicht die PDS in Westdeutschland.

Positiv wirkte in diesem Zusammenhang auch der »Crossover-Prozeß«, der sich als Forum für parteiübergreifende Diskussionen und Erarbeitung konkreter Reformprojekte verstand. Crossover<sup>71</sup> war eine Initiative der Zeitschriften

von der Tagespolitik. Im Osten sei dies nicht der Fall, es gebe aber eine gut organisierte Mitgliederpartei PDS. Wenn diese These zutreffend sei, müsse die PDS eine Doppelstrategie fahren: Im Osten die Mitgliederpartei sichern. »Im Westen ist die vornehmste Aufgabe den intermediären Linken – wenn wir sie mal so nennen dürfen –, den Netzwerken u.ä. ein Podium zu bieten, Einfluß einzuräumen. Also ganz im Gegenteil zu der bisherigen Auffassung, die PDS muß sich organisatorisch im Westen verankern und muß sich aus diesen Organisationsstrukturen heraus in den intermediären Raum, in die Organisation Gewerkschaften etc., Initiativen und sozialen Bewegungen einbringen und sich dort festsetzen – favorisieren wir genau die umgekehrte Strategie, die PDS wird allerhöchstens Stützpunktcharakter im Westen bekommen können und den in einer Art und Weise, daß sie den dort vorhandenen Linken Einflußmöglichkeiten, Platz, Raum bietet in der PDS ihre Gedanken einzubringen, sie massiv zu vertreten und mit einem risikobehafteten Vorgehen, ihnen natürlich die Chance gibt, wieder einen Fuß in die Bonner Politik hineinzubekommen.« Zusätzlich müsse die zarte Pflanze PDS weiter wachsen können.; Brie/Pätzolt, 1996, S. 3

69 Beispielsweise kritisierte Dieter Kelp: »Westwählbarkeit der PDS hängt maßgeblich davon ab, welche Reformfähigkeit die Partei erweist, wie weit sie reformfeindliche und parasitäre Ideologie-Zirkel in jene Nischen zurückdrängen kann, in denen diese im Westen Deutschlands schon seit Jahren siedeln; und ob sie sich glaubhaft auf einen demokratischen, realpolitischen Kurs des vorbehaltlosen Eintretens für die an den Rand Gedrängten, Schwachen und Armen einläßt.«; »Entrümpelung der Tabus verweigert« in: Neues Deutschland v. 9.8.1996

70 »Für eine ostdeutsche Volkspartei, für den Abschied von der »Westausdehnung«, für eine kommunalpolitische Offensive« vgl. Ostrowski/Weckesser, 1996

71 Ihre Auffassung war, »daß die Erarbeitung politischer Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit, sozialer Spaltung und ökologischer Krise eines breiten Dialoges innerhalb der politischen Linken in der Bundesrepublik bedarf. Eine radikalreformerische Politik wird nicht von einer Partei durchgesetzt werden können. Ohne breite Unterstützung durch vielfältige Kräfte in verschiedenen Parteien und in außerparlamentarischen Bewegungen ist sie undenkbar. ... Unseren Beitrag zur Herausbildung von Reformalternativen sehen wir einerseits darin, in unseren Parteien für das Aufbrechen von Poli-



*SPW – Sozialistische Wirtschaft und Politik, Andere Zeiten* und *UTOPIE kreativ*, deren Träger wiederum Mitglieder von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS waren bzw. sind.

Vereinzelt gab es erfolgreiche PDS-Aktivitäten, wie z.B. eine zunehmende Arbeit an einzelnen Hochschulen, die real gewachsenen Einfluß ausdrückten. Bei den Studentenparlamentswahlen in Essen und Hamburg gelangen im Januar 1997 erstmals PDS-Hochschulgruppen auch im Westen in die Studentenparlamente.

Negativschlagzeilen bescherten die Auseinandersetzungen um die Bürgerchaftswahl in Hamburg 1997 (siehe S. 49 ff.) und die verbreitete ideologische Nabelschau in einigen Westverbänden. Eine der Folgen war die Veröffentlichung des Aufrufes »Wir wollen PDS auch im Westen«<sup>72</sup>. Der Aufruf wurde von zahlreichen Mitgliedern aus westdeutschen Landesverbänden unterzeichnet, die sich dagegen wehrten, »unter dem Deckmantel« der Eigenständigkeit der Landesverbände »ein sektiererisches Parteikonzept gegen die Parteitagmehrheit zu installieren.« Am 7.12.1997 fand in Frankfurt/Main eine gleichnamige Konferenz statt, die die stärkere Präsenz der PDS Landesverbände in den alten Bundesländern diskutierte und die Verantwortung der Parteimitglieder in Ost und West für das öffentliche Bild der PDS einforderte.

### **Vom Höhepunkt des Erfolges zum Überlebenskampf (1998 bis 2004)**

Die PDS konnte im Bundestagswahlkampf 1998 die gewachsenen Chancen nutzen und wurde mit dem erstmaligen Einzug in Fraktionsstärke in den Bundestag belohnt. Die PDS Bundestagsfraktion war dank der errungenen Mandate in der Lage, in allen Bundesländern Wahlkreisbüros der Abgeordneten bzw. Regionalbüros der Fraktion einzurichten und damit zumindest die organisatorische Grundlage dafür zu legen, daß in allen westlichen Bundesländern Kontaktbüros der PDS Bundestagsfraktion vorhanden waren und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit stattfinden konnte.

Trotz verbesserter Wahlergebnisse im Westen, insbesondere in den großstädtischen Szenestadtteilen, und der partiellen Anerkennung der PDS als Bündnis- und Gesprächspartner von Gewerkschaftern<sup>73</sup>, Initiativen usw., bleiben die Grundprobleme der mangelhaften Verankerung bestehen. »Hinzu

tikblockaden zu werben. Andererseits begreifen wir den Crossover-Prozeß als eine Möglichkeit, unterschiedlichen politischen Kräften der Linken ein Forum für den Dialog zu bieten. Wir wollen die widerspruchsvolle Geschichte der Linken in Ost und West kritisch reflektieren, Gemeinsamkeiten ausloten und divergierende Positionen produktiv verarbeiten.« Crossover, 1997, S. 9

72 »Wir wollen PDS auch im Westen« in: Neues Deutschland v. 24.11.1997

73 Die Auftritte von Gregor Gysi auf hervorragend besuchten Parteienabenden bei Gewerkschaftstagen zahlreicher Einzelgewerkschaften sind Legion.

kommt das Weiterwirken zum Teil traditionaler, linksdogmatischer, aber auf jeden Fall stark differenter ideologisch-kultureller Elemente und Sichtweisen. Die PDS ist durchaus eine »pluralistische Partei«, wobei die Vielfalt allerdings häufig in Form von »Graben-« und »Glaubenskämpfen« zutage tritt. Dementsprechend bleibt die Diskussionskultur innerhalb der PDS weiterhin von Zügen eines überkommenen Dogmatismus gezeichnet.«<sup>74</sup>

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen nahmen nicht ab, sondern verhärteten sich<sup>75</sup>. Im Zuge der Debatte um ein neues Parteiprogramm<sup>76</sup> formulierte Lothar Bisky, es gäbe »ein Bestreben, die eigenen Gegner in der Partei zu besiegen«, »Politische Verhaltensmuster, die sich bisher als gangbar oder zumindest verkraftbar erwiesen haben, zeigen sich heute als schädlich, stellen ernsthafte Blockaden dar.«<sup>77</sup> Auch nach dem Parteitag in Münster im April 2000, beim dem die Führungskrise der PDS für alle offensichtlich wurde, war der Zeitpunkt für eine Programmdebatte äußerst ungünstig. So wurde der Streit um Programmpositionen häufig durch den Streit um Machtpositionen in der Partei überlagert.

Die Ereignisse des Münsteraner Parteitages machten allerdings deutlich, daß grundsätzliche Differenzen nicht nur auf der medial ständig reproduzierten Achse Reformer/Modernisierer vs. Dogmatiker/Traditionalisten stattfanden, sondern sich neue Lager herausbildeten, die bisher nur verdeckt worden waren. Das besondere war sicherlich nicht, daß die Parteitagsmehrheit nicht so abstimmte, wie die Parteiführung es gerne wollte. »Dennoch stellte die Niederlage des Parteivorstandes und damit auch von Lothar Bisky und mir [Gregor Gysi – d.V.] beim UN-Beschluß des Parteitages in Münster im April 2000 eine Zäsur dar. Denn zum ersten Mal stimmte hier eine große Mehrheit der Delegierten gegen einen Grundsatzantrag des Parteivorstandes.«<sup>78</sup> Es war »nicht nur ein politischer Generationenwechsel, mit dem einige der »1989er« in den Hintergrund treten, sondern auch ein intensiver Streit um die künftige programmatische Orientierung.«<sup>79</sup> Die Gefahr der Selbsterstörung der PDS war akut geworden<sup>80</sup>. In den Medien wurden die Ereignisse von Münster in einen Zusammenhang mit dem, bereits lange vorher angekündigten Rückzug, Biskys und Gysis von ihren Ämtern in Verbindung gebracht. Die Wirkung in der öffentlichen Wahrnehmung außerhalb der PDS war verheerend.<sup>81</sup>

74 Chrapa, 2000, S. 278

75 »Ganz offen – nicht ganz dicht. In Hannover und Düsseldorf stritten PDSler wieder einmal über den Aufbau West« in: Neues Deutschland v. 26.11.1998

76 Trotz aller Bemühungen gab es in der Programmkommission keine Einigung auf einen Entwurf. Kurzfristig wurde von Benjamin/Heuer/Wolf ein Minderheitenvotum abgegeben.

77 zit. nach: PID, H. 27/9.7.1999, S. 3

78 Gysi, 2001, S. 293

79 Michael Schumann, zit. nach Adolphi, 2004, S. 29

80 vgl. Brie, M., 2000, S. 39

81 Hier wird nicht auf die umfangreiche Diskussion zur Bewertung des Parteitages eingegangen. Als Beispiel für die kritische Kommentierung des Agierens der Parteiführung, siehe: Kahrs, 2000, S. 5 ff.

Im Ergebnis der diversen Wahlerfolge von 1999 bis Anfang 2002 erreichte sie eine PDS-Gruppe im Europaparlament und die Beteiligung an zwei Landesregierungen, konnte die SPD in zwei Landtagswahlen überholen und gewann u.a. drei Landratsmandate. Die PDS befand sich Anfang 2002 auf einem Höhepunkt ihrer Entwicklung<sup>82</sup>. Bei aller Kritik an der PDS sollte nicht übersehen werden: Die Festigung der PDS im Westen ging einerseits mit einer partiellen Anerkennung ihrer Positionen einher, die sich auch in der medialen Betrachtung widerspiegelte.<sup>83</sup> Andererseits wurde bedauernd konstatiert, daß »mit Gysis Kandidatur [zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2001 – d.V.] die Partei im Westen Fuß gefaßt hat.«<sup>84</sup> »Dabei verliert die PDS, die Umfragen zeigen es, den letzten Rest ihrer grimmig-gestrigen Wirkung auf Westdeutsche.«<sup>85</sup>

Politische Inhalte sind stets mit einer kulturellen Dimension versehen. Politiker und Parteiführungen haben deshalb die Aufgabe, ihrer Mitgliedschaft und möglichst auch ihren (Stamm-)Wählern deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich stehen. Begünstigt wurde für die PDS diese Notwendigkeit in ihrer Anfangs- und Konsolidierungsphase, trotz aller programmatischen Schwächen, aufgrund ihrer Ausgrenzung durch die anderen Parteien. Eine der zentralen Kernkompetenzen und positiven Images der PDS war ihre Rolle als Friedenspartei. Kontraproduktiv hierzu waren die Auseinandersetzungen im Sommer 2002. Nachdem drei »Abgeordnete im Bundestag gegen die Kriegspolitik von George W. Bush symbolisch protestierten, entschuldigte sich allerdings der Fraktionsvorsitzende Roland Claus anschließend bei dem Obersten Kriegsherrn für diese Geste. Was bedeutete nun dies für die »gelebten Biographien« von linken Oppositionellen in der Alt-BRD? Und in welches Licht setzte sich der Fraktionsvorsitzende?«<sup>86</sup> Der Vorfall mag unterschiedlich bewertet werden, problematisch daran war jedoch, daß die PDS-Führung Schwierigkeiten hatte, der eigenen Anhängerschaft zu vermitteln, wofür sie politisch steht. Die ausgesandten Signale waren widersprüchlich und weisen auf ein Kernproblem der PDS in dieser Phase hin. Besonders negativ war die Auswirkung auf das traditionelle pazifistische bzw. antimilitaristische linke Spektrum im Westen.

82 Neugebauer, 2003, S. 30; Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2002 verdeutlichte schlagartig die Fragilität des bisherigen Erfolges auch in den ostdeutschen Bundesländern.

83 Als Beispiel Sibylle Tönnies: »Die PDS bringt Elemente ein, die sonst fehlen. Als einzige Partei hat sie in erster Linie das Wohlergehen der ›Massen‹, das Wohlergehen der ›Unterschicht‹, das Wohlergehen des ›kleinen Mannes‹ im Auge (wenn sie sich auch nicht so ausdrückt). Als einzige Partei ist sie bewußt ›prollig‹. Ihre Orientierung an der Arbeit, ihre Forderung nach Vollbeschäftigung und Bildung für alle – das sind Kulturelemente, die die Gesellschaft braucht.« zit. nach: »Die Kraft der richtigen Ideen« in: Der Tagesspiegel v. 30.6.2001

84 »Die Stunde des Komödianten« in: Die ZEIT, Nr. 26/2001

85 »West-Linke werden einsam in der PDS« in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 6.1.2002

86 Crome, 2003, S. 631

Nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 war »die Akzeptanz der PDS in der Öffentlichkeit gebrochen«<sup>87</sup>. Der Bedeutungsverlust in der Öffentlichkeit war Folge des Bundestagswahlergebnisses, des Verlustes der Bundestagsfraktion und der innerparteilichen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig nahm die Kritik an der Berliner Senatspolitik zu. Der auf dem Parteitag in Gera vollzogene Kurswechsel und die Selbstdarstellungen der Parteispitze führten dazu, »daß die politischen Gegner in ihren Sesseln saßen und genüßlich den Niedergang meiner [Lothar Biskys – d.V.] Partei mit gehässigen Kommentaren begleiteten.«<sup>88</sup> Aber auch seriöse Beobachter zweifelten an der Fähigkeit der PDS zu einem späteren Aufschwung.<sup>89</sup>

Diese Zusammenhänge sollten im Blick behalten werden, wenn die Frage gestellt wird, warum sich trotz personeller und politischer Korrekturen auf dem sog. Sonderparteitag der PDS im Juni 2003, trotz der elektoralen Zustimmung zur PDS in den ostdeutschen Bundesländern im Zuge der Verschärfung des SPD-Kurses in Richtung »Agenda 2010« und der damit einhergehenden Proteste gegen die Hartz-Gesetze der faktischen ganz großen Koalition von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen, in Westdeutschland Pläne zur Gründung einer neuen, sozialen und gewerkschaftsorientierten Wahlalternative diskutiert und später realisiert wurden.

87 Bisky, 2005, S. 288

88 Bisky, 2005, S. 288

89 »Beobachter ziehen aus der gegenwärtigen Performance der PDS, insbesondere aus den Selbstdarstellung der Parteispitze, den Schluß, daß, angefangen vom Einsatz intellektuellen Ressourcen über die Formulierung politischer Positionen bis hin zu personalpolitischen Entscheidungen, sich Konturen einer Strategie abzeichnen, die auf das Überleben in der Organisation mit dem Zweck gerichtet ist, Positionen (Jobs) und den Zugang zu den knapp werdenden Ressourcen zu sichern. Das – und die dagegen gerichteten Strategien – erinnern an die Zeit, in der die ursprünglichen Anstrengungen zu einer kritischen Reflektion der programmatischen Positionen und politischen Strategien der PDS aufgegeben wurden und die Partei sich einigelte, wodurch sie den Kontakt zur Gesellschaft und damit Mitglieder sowie Sympathisanten verlor. Die damaligen Bedingungen für den späteren Aufschwung liegen heute nicht mehr vor und sind auch nicht zu rekonstruieren.« Neugebauer, 2003, S. 37

# Die PDS in den westlichen Bundesländern

»Westausdehnung«, »Westaufbau« und »Westentwicklung« werden in Literatur, PDS-Quellen und aus Sicht der Akteure meistens synonym verwendet, auch wenn damit unterschiedliche Inhalte gemeint sein können. Eingedenk dieser Ungenauigkeit soll in diesem Kapitel anhand ausgewählter Aspekte die PDS in den westlichen Bundesländern näher betrachtet werden. Wie haben sich Strukturen und Akteure in den fünfzehn Jahren der Existenz der PDS entwickelt? Dabei soll auch das Selbstbild der befragten Akteure einbezogen werden. Erkundet werden Aspekte der Repräsentanz der West-PDS, der Politischen Bildung in der PDS, ihrer Kampagnen sowie die Frage nach einem möglichen Ost-West Gegensatz in der PDS. Bei den Themen der PDS steht die Kommunalpolitik im Mittelpunkt des Interesses. Abschließende Bemerkungen gehen auf die Funktionen ein, die die PDS in der Gesellschaft der Bundesrepublik ausübt bzw. ausüben wollte.

## Binnenstrukturen und Akteure der PDS

### *Strukturen*

Nachdem seit 1990 alle Bundesländer durch Landesverbände der PDS abgedeckt wurden, entwickelten sich, vorwiegend in Städten, Untergliederungen in Form von Kreisverbänden, Basisorganisationen, Bezirksverbänden (Hamburg und Westberlin) und strömungsorientierte Plattformen. In der Regel<sup>90</sup> finden Landesparteitage als Gesamtmitgliederversammlungen statt, sodaß es keine Notwendigkeit gab, flächendeckend Kreisverbände einzuführen und alle Mitglieder regionalen Strukturen zuzuordnen. Einen ersten deutlichen Aufschwung nahm die Anzahl regionaler Strukturen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1994. Erstmals gelang es in der Hälfte der Wahlkreise Direktkandidaten aufzustellen, und die Anzahl der örtlichen Parteigliederungen verdoppelte sich bis Ende 1994 auf ca. 140<sup>91</sup>.

Mit Ausnahme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen war die PDS in den Flächenländern zwar in den zahlreichen größeren Städten, nicht aber in den unzähligen Klein- und Mittelstädten, und erst recht nicht auf dem Land vertreten. Auch dort, wo es vereinzelte Mitglieder gibt, wird daraus noch keine attraktive, handelnde Partei.<sup>92</sup> Die Stabilität und Aktionsfähigkeit der Gliede-

90 Ausnahmen sind bspw. Hessen und Niedersachsen, die Delegiertenberatungen durchführen und den Landesverband entsprechend frühzeitig untergliedert hatten.

91 Gohde, 1997, S. 2

92 Beispiel Baden-Württemberg: »Die meisten Mitglieder im Land sind nicht oder nur formal Basisorganisationen zugeordnet. Da sieht es schlecht aus im großen Flächenbundesland.« Strasdeit, 2005, S. 18

rungen vor Ort schwankte zudem und ist von zahlreichen äußeren und inneren Faktoren abhängig. So ist beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Anzahl der Mitglieder, aber auch der aktiven Kreisverbände, nach der Bundestagswahl-niederlage 2002 und dem sich anschließenden Geraer Parteitag entsprechend gesunken. Dort, wo es gelang, einen aktiven Stamm von Mitgliedern zu halten und sich auf die örtlichen Probleme einzulassen, konnte diese Entwicklung in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2004 zumindest teilweise rückgängig gemacht werden. Auch dort, wo Kreis- oder Bezirksverbände bestehen, sind deren »Größe und Handlungsfähigkeit sehr unterschiedlich.«

Der Zustand der Parteigliederungen ist regional sehr differenziert und eine einheitliche Aussage über ihren Zustand schwerlich zu treffen. Festgestellt werden kann allerdings, daß häufig parteiinterne Themen einen sehr großen Raum der Diskussion und der politischen Tätigkeit einnehmen. Verstärkt wird dies durch den Außendruck auf die Mitglieder, denen es nicht nur im ländlich-kleinstädtischen Raum schwerfällt als »Einzelkämpfer« öffentlich für die PDS aktiv zu werden. Abkapselung und Selbstisolierung sind häufig die Folgen.

Parteien – aber dies gilt ebenso für die PDS – sollten es sich zur Aufgabe machen, »die Wahrnehmungen, Wünsche, Probleme, Interessen, Mentalitäten und Menschen in eben der Widersprüchlichkeit in sich auf(zunehmen), wie sie aus der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgehen, und ihnen einen weiten Rahmen für handlungsorientierte Kommunikation«<sup>93</sup> anbieten. Oftmals sind PDS-Gliederungen im Westen, zumal wenn sie nicht kommunalpolitisch aktiv sind, allein aufgrund ihrer geringen Größe von den Quellen der gesellschaftlichen Erfahrung abgeschnitten.

Die Veränderungsbereitschaft, die in der PDS im Rahmen der »Parteireform«-Debatten aufschien, erreichte nur in geringem Maße den Westen und hatte dort insofern nur geringen Einfluß auf die handelnden Akteure. Ohne eine finanzielle Grundausstattung durch die Bundespartei im Rahmen des parteiinternen Länderfinanzausgleichs wären die meisten Landesverbände nicht existenzfähig. Der Aufbau von Parteistrukturen, die sich auch finanziell selber tragen, ist bislang nicht erreicht worden.

#### *Repräsentanz der PDS-West – Problemwahrnehmung der PDS-Ost*

Mitglieder der PDS aus dem Westen waren und sind im Verhältnis zur Mitgliederstärke der westdeutschen Landesverbände in den Gremien der Partei zahlenmäßig überrepräsentiert. Im inneren Parteivorstand waren, je nach personeller Besetzung, die Funktionen des Bundesgeschäftsführers oder eines stellvertretenden Parteivorsitzenden mit einem West-Mitglied vertreten. Auch der Delegiertenschlüssel der Bundesparteitage sah aufgrund der Mindest-

93 Meyer, 1994, S. 227

mandate der West-Landesverbände eine stärkere Repräsentanz vor. Häufig waren West-Mitglieder zusätzlich über AGs/IGs als Delegierte vertreten. Ob diese nominelle Vertretung den Einfluß auf die Gestaltung und Entwicklung der Gesamt-PDS erhöht hat, ist ungewiß. Es erscheint aber nicht wahrscheinlich, zumal es in der Regel kein gemeinsames Auftreten »des Westens« bzw. »der West-Delegierten« gab. Autonomiebestrebungen, harte inhaltliche Differenzen und die Auffassung, daß »es ›den Westen‹ eben nicht gibt und Bayern z.B. ganz andere Probleme hat als Bremen«, verhinderten dies.

Um größeren Einfluß auszuüben, »müssen die Erfahrungen und Ergebnisse der Westverbände mehr in den Mittelpunkt der politischen Debatte« gerückt werden. Dem steht allerdings eine »große kulturelle Fremdheit« entgegen. Eine Maßnahme »wäre so was wie ein Austauschprogramm: die sächsische Landesvorsitzende tauscht 4 Wochen mit der niedersächsischen Landesvorsitzenden usw. Nur solche Maßnahmen könnten die unterschiedlichen Realitäten verstehbar und damit behandelbar machen.«

Die Teilhabe am Bundesvorstand entwickelte sich personell wie folgt: Auf der 1. Tagung des 2. Parteitages (Jan. 1991) wurden insgesamt 69 Mitglieder in den Parteivorstand gewählt, davon 21 aus dem Westen<sup>94</sup>. Seit dem der Parteivorstand auf der 3. Tagung des 2. Parteitages (Dez. 1991) erstmals auf 18 Mitglieder deutlich verkleinert wurde, gehörten ihm jeweils zwischen vier und sechs Mitglieder mit Herkunft aus den westlichen Bundesländern an. Dem gegenwärtigen Parteivorstand gehört erstmals sogar die Hälfte der Mitglieder mit West-Herkunft an.

Eine ungeklärte Frage in der Entwicklung der PDS in Westdeutschland war: Wer sollte für den Parteaufbau im Westen zuständig sein? »Das entscheidende Gremium für die Organisation der PDS-Entwicklung in Westdeutsch-

94 1. Tagung/2. Parteitag (26./27.1.1991) Wolfgang Gehrcke (Bundesgeschäftsführer), Birgit Bakker, Monika Balzer, Manfred Coppik, Heinrich Eckhoff, Niko Fostiropoulos, Claudia Gohde, Edith Graw, Heike Held, Bernd Henn, Brunhilde Jerrentrup, Heidi Knake-Werner, Jürgen Krauß, Jacob Moneta, Christiane Reymann, Hartmut Ritzheimer, Heike Schmäser, Doris Schneider, Michael Stamm, Inge Stolten, Harald Werner  
 3.T/2.PT (14./15.12.1991) Inge Stolten (Stell.Vor.), Wolfgang Gehrcke (BGF), Claudia Gohde, Heidi Knake-Werner und Jakob Moneta  
 2.T/3.PT (26./27.6.1993) Wolfgang Gehrcke (StV), Joachim Bischoff, Heidi Knake-Werner, Claudia Gohde, Andrea Lederer und Jakob Moneta  
 1.T/4.PT (27./28.1.1995) Wolfgang Gehrcke (StV), Claudia Gohde, Uta Schulze-Lessel, Harald Werner  
 1.T/5.PT (17-19.1.1997) Wolfgang Gehrcke (StV), Joachim Bischoff, Pia Maier, Dorothee Menzner  
 1.T/6.PT (16./17.1.1999) Diether Dehm (StV), Pia Maier, Dorothee Menzner, José del Pozo, Marina Stahmann,  
 1.T/7.PT (14./15.10.2000) Diether Dehm (StV), Christian Schwarzenholz, Marina Stahmann, Rouzbeh Taheri, Harald Werner  
 1.T/8.PT (12./13.10.2002) Diether Dehm (StV), Uwe Hixsch (BGF), Wolfgang Gehrcke, Dorothee Menzner, Rouzbeh Taheri, Harald Werner  
 ao.T/8.PT (28./29.6.2003) Elke Breitenbach, Wolfgang Gehrcke, Ulla Lötzer, Katina Schubert, Harald Werner  
 1.T/9.PT (10.2004) Elke Breitenbach, Wolfgang Gehrcke, Jan Korte, Ulla Lötzer, Dorothee Menzner, Bodo Ramelow, Paul Schäfer, Katina Schubert, Harald Werner

land muß der Parteivorstand sein.«<sup>95</sup> Dem stand die Erfahrung gegenüber: »Die Westentwicklung kann nur die Aufgabe der Westlinken selber sein. Der Parteivorstand hat sich dieser Auffassung theoretisch bis ins Jahr 1992, praktisch (mit Ausnahme der 94er Wahlkämpfe) bis heute angeschlossen. In der Konsequenz entstanden verschiedene Paradoxien und Konfliktpotentiale, die bis heute wirken.«<sup>96</sup>

Und so finden sich kritische Aussagen zu der Frage, ob die Problematik der PDS im Westen in den vergangenen Jahren ausreichend in der Gesamt-PDS bzw. ihrer Führungsspitze behandelt worden wäre. »Nein, es wurde versäumt, konzeptionell und konfliktbereit heranzugehen.« »Die Unterstützung der Ansätze zu sozialistischer Kommunalpolitik durch die Gesamtpartei waren sicher hilfreich im Sinne des Aufbaus von unten. Andere strategische Probleme, die sich der PDS überwiegend im Westen und natürlich in Berlin stellen – z.B. sozialistische Politik in Metropolen bzw. Metropolregionen sind in der Partei bzw. im Vorstand unterbelichtet.« »Nach meinem subjektiven Erleben eigentlich keine.«

Ein Mangel an Beteiligung wurde in den Anfangsjahren zudem darin gesehen, daß die Runden des Parteivorsitzenden mit den Landesvorsitzenden lange Zeit ohne die West-Landesvorsitzenden geführt wurden. Auch der einflußreichen Konferenz der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen gehören der Natur der Sache nach keine Vertreter aus dem Westen an.

Gleichwohl ist im Prinzip von allen bisherigen PDS-Führungen der Aufbau der PDS in Westdeutschland als wesentliches, gemeinsames und zentrales Anliegen gewertet worden und findet sich auch in den Parteitagsbeschlüssen wieder. Die Notwendigkeit stand bis zum Frühsommer 2005 – mit Ausnahme der sächsischen Vorschläge (siehe Seite 24) – zumindest öffentlich nicht in Frage<sup>97</sup>.

### *Mitglieder in der PDS*

Die Mitgliedschaft und die Ansprüche der Akteure an die PDS waren aufgrund unterschiedlicher Herkünfte und politischer Identitäten sehr heterogen. Die Mitglieder, die in der Gründerzeit von den DKP-Erneuerern kamen, stell-

95 Bisky/Brie, »Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative« in: Neues Deutschland v. 21.2.1995

96 Gohde, 1995b, S. 73

97 Bisky: »(Im Westen) treten wir erfolgreich auf der Stelle. Leute kommen, Leute gehen, einige bleiben. ... Nun müssen wir einen steinigen Weg gehen, miteinander an konkreten Projekten arbeiten, junge Leute im Westen fördern, sie mit einbeziehen und uns darauf vorbereiten, daß es länger dauern wird als zunächst angenommen.« zit. nach: »«Das Klima der Denunziation muß überwunden werden« Gabriele Zimmer und Lothar Bisky gaben bei »ND live« Auskunft zur Lage der PDS« in: Neues Deutschland v. 19.6.2003; »Bisky gab übrigens ein Bekenntnis zu den westlichen Landesverbänden ab. Die Partei werde auf ihrem Westaufbau beharren, versicherte er und ging damit auf Befürchtungen ein, eine auf den Osten reduzierte PDS könne die Kooperation mit einer neuen Linkspartei im Westen suchen.« zit. nach: »Genossen springen im strategischen Dreieck« in: Neues Deutschland v. 1.11.2004



ten hohe Ansprüche an die Geschichtsaufarbeitung und verlangten von der PDS, diesen Aspekt angemessen zu berücksichtigen. Zahlreiche Mitglieder, die zuvor bei den Grünen oder der SPD engagiert waren, setzten in die PDS jetzt die Hoffnung, den zuvor erfahrenen Mangel an Radikalität und Anpassung auszugleichen. »Die Erwartungen an die PDS waren hoch, sie sollte nun die originär sozialistische Partei sein, in der man all das machen konnte, was bei der SPD oder den Grünen nicht möglich war.«<sup>98</sup> Anfang der 90er stießen auch sehr junge Menschen, bislang ohne politische Vorerfahrungen, zur PDS. Sie hatten andere Erwartungen und entwickelten andere Ansprüche als Mitglieder, die ihre politische Sozialisation in »Kaderparteien« gesammelt hatten.

Zur PDS stießen häufig auch Menschen, die bereits in mehreren anderen Parteien bzw. Organisationen Mitglied gewesen waren und sich auch dort mit ihren recht eigenwilligen Vorstellungen nicht verwirklichen konnten. Hinzu kamen Leute, die ihre ganz individuellen Lebensprobleme durch die PDS gelöst sehen wollten. Erscheinungen, die auch in anderen Parteien vorkommen, dort aufgrund der Gesamtgröße der Mitgliedschaft jedoch nicht so gravierenden Probleme aufwerfen. In vielen Gliederungen der PDS-West wurde oftmals die »kritische Masse« nicht erreicht, um diese und andere Problemlagen ausgleichen zu können. (siehe auch Seite 80 ff.)

Zumindest für die Jahre 1998/99 läßt sich feststellen, daß die Mehrheit (ca. 56 %) der Mitglieder der PDS in den westlichen Bundesländern in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern lebt. Dennoch kommt zumindest die damalige Studie<sup>99</sup> zum Schluß, daß ca. 42 % der Mitglieder im ländlich-kleinstädtischen Milieu (bis 60.000 Einwohner) leben. Hier ergab sich das organisationspolitische Problem, diese vereinzelt Mitglieder in das Parteileben einzubeziehen und eine kontinuierliche und inhaltliche Arbeit zu ermöglichen<sup>100</sup>.

Bereits 1995 wurde ein Rückgang des Frauenanteils an den Mitgliedern im Westen konstatiert. Es traten zunehmend Männer ein, und trotz verbindlicher Frauen-Quote, nahm die Männerdominanz so zu, daß die Schwierigkeit für Frauen, sich zu engagieren, sich ständig reproduzierte<sup>101</sup>. In der Mitgliederbefragung aus dem Jahr 2000 wird eine, wie es heißt, »deutliche Geschlechter-spezifität bei der Beteiligung« der Akteure im Westen festgestellt<sup>102</sup>.

Oftmals wurden Menschen in den Anfangsjahren nicht deshalb Mitglied, weil sie in der PDS einen nützlichen Partner für die Lösung der Probleme vor Ort gesehen hätten. Sie knüpften Erwartungen an die PDS, die übergeordnete Fragen, wie die Entwicklung sozialistischer Visionen und Zukunftsfragen der

98 Gohde, 1995b, S. 74

99 Chrapa/Wittich, 2000, S. 11

100 Mehr als ein Viertel der Mitglieder gaben an, weder in einer Basisorganisation, IG/AG bzw. Plattform organisiert zu sein. Vgl. Chrapa/Wittich, 2001, S. 25

101 vgl. Gohde, 1995b, S. 75

102 vgl. Chrapa/Wittich, 2001, S. 7

Menschheit in den Mittelpunkt stellten. Dieses Anliegen soll nicht in Frage gestellt werden. Es soll jedoch daraufhingewiesen werden, daß diese Motivation für das eigene Engagement nicht zwangsläufig auf die Erhöhung des Gebrauchswertes der PDS hinauslief. Dies differenzierte sich mit den Wahlkämpfen 1994, in denen die PDS zu den Themen Asylpolitik, Militäreinsätze und § 218 mit eigenständigen Positionen kenntlicher wurde. In späteren Jahren, insbesondere seit der Kampagne »sozial & solidarisch«, entwickelte die PDS stärker soziales Profil und Kompetenz.

Eine gewisse Sonderrolle spielten seit 1994 Prominente in der Wahlkampfstrategie der PDS. Hatten diese Künstler, Wissenschaftler, Sportler usw. als Kandidaten auf offenen Listen und als Unterstützer der Wahlaufufe eine bedeutende Funktion (siehe S. 21 f.), war ihr Effekt beim Aufbau der Parteistrukturen meistens jedoch gering. In der Regel definierten solche Menschen ihre positiven Bezugspunkte zur PDS anders als die Mitglieder. »Promis« lassen sich in die normale Mitgliedschaft nicht einordnen. Eloquent Promiauftritte widersprachen oftmals der rauhen Basiswirklichkeit.<sup>103</sup> Einerseits sehnte sich die PDS-Führung gelegentlich nach einer Mitgliedschaft, die dem Bild der Promis entsprach, andererseits rumorte es stellenweise in der Mitgliedschaft, weil sie sich gegenüber den Promis zurückgesetzt fühlte und in ihnen nicht einmal eine Hilfe beim Parteaufbau sah. Auch dort, wo die besondere gesellschaftliche Stellung von Prominenten akzeptiert und ihre Kandidatur auf Offenen Listen als sinnvoll angesehen wurde, kollidierte dies oftmals mit dem eigenen Bild eines egalitären, emanzipativen Politikverständnisses.

Für den Teil der prominenten Zugänge, die unmittelbar aus SPD und Grünen kamen, läßt ihre Kandidatur kaum ein einheitliches Bild<sup>104</sup> für ihre stimmenmäßige Relevanz zu. Selbst bei engagiertem Mitwirken in der PDS, haben sie allerdings in der Regel nicht den Mitgliedertransfer bewirkt, der von ihrer Kandidatur auch erhofft wurde. Innerhalb ihrer Herkunftsparteien wirkten die Umstände ihres Wechsels<sup>105</sup> zum Teil eher kontraproduktiv.

Die quantitative Entwicklung der Mitgliedschaft in den westdeutschen Landesverbänden (siehe Tabelle 1) hing nicht nur vom Zustand und von der Attraktivität vor Ort ab, sondern immer auch vom Zustand der Gesamtpartei. Die stärksten Aufschwünge lassen einen Zusammenhang mit den Bundestagswahljahren 1994 und 1998 sowie dem Europawahljahr 1999 erkennen.

103 vgl. Gohde, 1995b, S. 79

104 »Immer wieder machte das Gerücht die Runde, es stünden hundert, ja Tausende Mitglieder der SPD; der Grünen – enttäuscht von der Politik ihrer Parteien – bereit, um sich in die PDS zu begeben, wir müßten nur etwas konsequenter oder radikaler, reformistischer oder antikapitalistischer werden, vor allem diesen oder jene aufstellen, und alle würden kommen. Nun, dieser oder jene wurden oft aufgestellt, die Eintrittswellen blieben aus.« Gensert u.a., 2003

105 Erinnert sei beispielsweise an den Streit um die Listenaufstellung bei Christina Schenk und Heidi Lippmann-Kasten bei den Grünen, das Parteiausschlußverfahren gegen Diether Dehm in der SPD, die »Mitnahme« des Bundestagsmandats der SPD durch Uwe Hixks.

Entsprechend geht die Zahl der Mitglieder nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen 2002 und den innerparteilichen Auseinandersetzungen in ihrem Gefolge zurück. Der Rückgang wirkt sich erst 2003 aus, da im Wahlkampfjahr 2002 Zuwächse erzielt wurden, saldiert der Anstieg jedoch geringer ausfiel als 1994 und 1998.

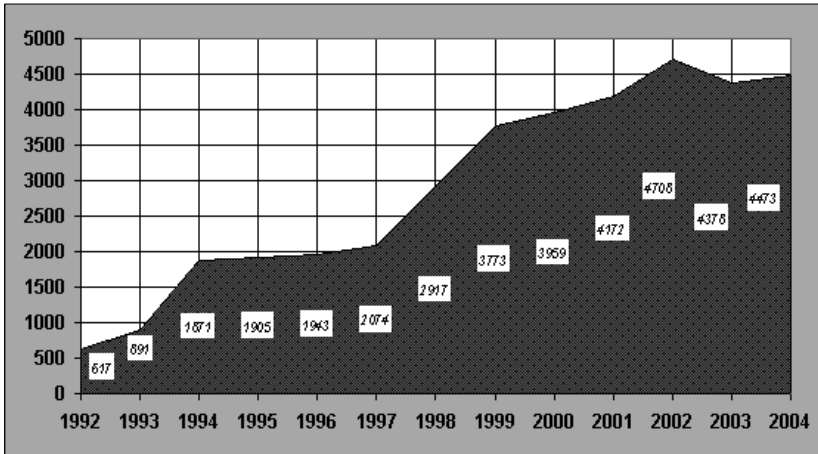


Tabelle 1: Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden West (ohne Westberlin)<sup>106</sup>

In den Akteursmeinungen findet sich auch die Auffassung, daß Zu- und Abgänge, aber auch das Maß der Beteiligung, sich in Abhängigkeit der politischen Konfliktlagen innerhalb der PDS entwickelte. Die Parteitage von Münster und Gera standen dabei als markante Entscheidungspunkte für Teile der Mitgliedschaft, aus der PDS auszutreten bzw. für Menschen, die aufgrund der Debatten eintraten. Ein Resümee, welche Konfliktlage sich negativer / positiver ausgewirkt hat, kann nicht gezogen werden, weil die Akteure unterschiedliche Schlußfolgerungen ziehen. Für die Berliner Westbezirke wird »nach dem Regierungseintritt 2001 eine stagnierende bzw. rückläufige Entwicklung« konstatiert, da »oftmals das Verständnis für die Notwendigkeit politischer Kompromisse fehlte und fundamentaloppositionelle Haltungen dominierten.«

106 vgl. Linkspartei.PDS Parteivorstand, in: [www.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm](http://www.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm)

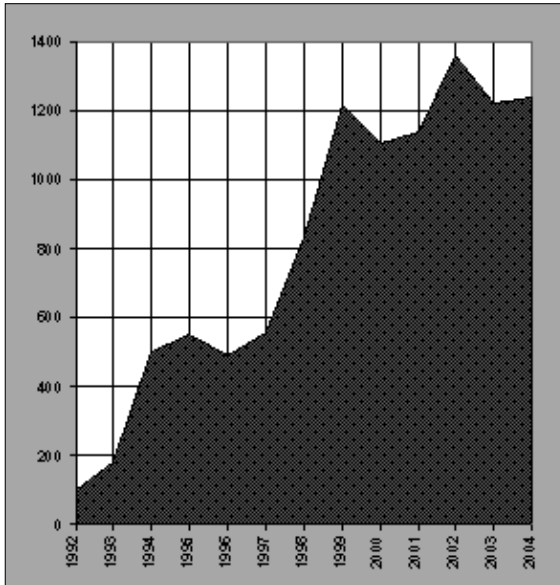


Tabelle 2: Mitgliederentwicklung im LV Nordrhein-Westfalen

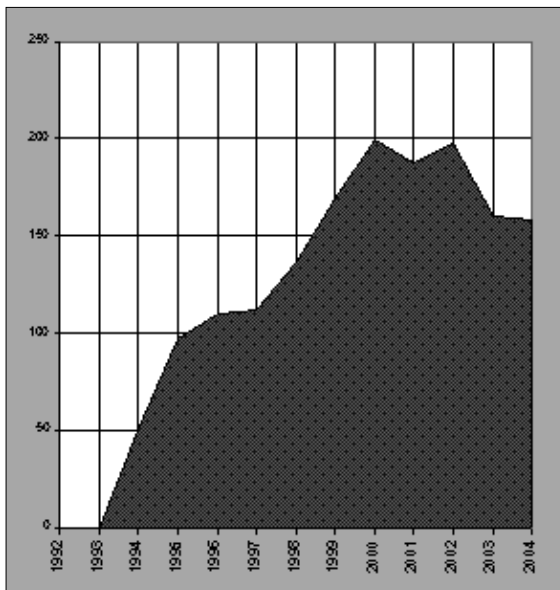


Tabelle 3: Mitgliederentwicklung im LV Bremen

Die quantitative Verlaufskurve ist für alle westdeutschen Landesverbände sehr ähnlich. Die Bedeutung der Wahlkämpfe für die Mitgliederentwicklung belegen beispielhaft auch die Zahlen für die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Bremen. Wie Tabelle 2 und 3 verdeutlichen, hatten neben den bundesweiten Wahlkämpfen 1994, 1998, 2002 die Landtagswahlen (NRW 1999; Bremen 1995, 1999, 2003) bzw. die NRW-Kommunalwahl eine herausragende Bedeutung. Die Bremer PDS hat im '95er Wahlkampf die Anzahl ihrer Mitglieder mehr als verdoppelt. In NRW hatte die Kommunalwahlbeteiligung 2004 organisationspolitisch und für die Mitgliederentwicklung stärkeres Gewicht, als es hier scheint. Ohne die Zugänge im Kommunalwahlkampf hätte die Bilanz des Jahres 2004 deutlich schlechter ausgesehen.

### *Politische Bildung*

Die politische Bildung ist in den westlichen Landesverbänden weitgehend vernachlässigt worden. Gerade dort wäre sie im Organisationsinteresse von extremer Bedeutung gewesen, um die jungen, politisch unerfahrenen Mitglieder, aber auch die älteren, oftmals durch die Krise sozialistischer Theorie und Praxis verunsicherten Mitglieder zu qualifizieren. Notwendig wäre es gewesen, daß das Gros der Mitglieder sich zumindest Basiskenntnisse der eigenen Programmatik aneignen.

Die PDS – in Ost und West – leistete sich auch nach dem Erfolg von 1998 einen sträflich nachlässigen Umgang mit der Entwicklung einer attraktiven politischen wie theoretischen Debatte, die über einen engen Kreis von Mitgliedern hinaus auch die linke Öffentlichkeit erreicht hätte. Es wurde häufig kritisiert, daß Arbeitstagungen, Seminare und Kongresse der PDS in erster Linie nur Mitglieder erreichen würden. »Was dagegen fehlt, ist eine langfristige und über alle Ebenen hinweg organisierte Strategie zur Erringung der Meinungsführerschaft in der linken Debatte. Was fehlt, ist das Bemühen um eine breite, intellektuell anregende Parteidiskussion, und woran es am meisten mangelt, ist eine sozialistische Bildungsarbeit, die sich einigermaßen an den Stand der linken Theoriediskussion heranarbeitet. Ganz zu schweigen davon, daß unsere in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehende Partei, ihren Marx wie einen toten Hund behandelt.«<sup>107</sup> Aber auch grundlegende theoretische Arbeiten, die die Diskussion um die Entwicklung der PDS beeinflussen haben, wie der Programmkommentar<sup>108</sup>, die Ausarbeitungen zu Reformalternativen<sup>109</sup> oder der Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung<sup>110</sup>, sind in der breiten Mitgliedschaft im Westen unbekannt.

107 Werner, 2000

108 vgl. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hg.), Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997

109 vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2000

110 vgl. Klein, 2003

In den Landesvorständen gibt es meistens keine Verantwortlichen für den Bereich, oder die Auffassung, daß »die Arbeit weder personell noch finanziell zu leisten« sei. Teilweise »scheitern Überlegungen und Qualifizierungsmaßnahmen auch an dem geringen Interesse der ehrenamtlichen Akteure an den Angeboten.« Politische Bildung wird als notwendig und wichtig angesehen, aber die Lösung des Problems wird vertagt. Insofern gibt es flächendeckend ein Problem mit der Qualifikation der Mitglieder. »Es sei legitim, wenn Mitglieder sich der PDS im Wesentlichen über Symbole, Repräsentation etc. verbunden fühlen und für sie plakative, demonstrative, charismatische Momente von Bedeutung sind. Aber die analytischen Ansätze seien zu schwach.«

Dennoch fanden und finden in den Landesverbänden – und auf Bundesebene – Maßnahmen der politischen Bildung in unterschiedlichen Formaten statt. Ihre Inhalte variieren je nach Bundesland sehr stark. Es reicht von Seminaren zur Geschichte der Arbeiterbewegung, über Europapolitik, Globalisierung, antirassistische Politik bis hin zu Wahlwerkstätten. »In jüngster Zeit treten zunehmend Menschen aus nicht-intellektuellem Milieu, ganz junge Leute ohne Erfahrungen oder Leute aus marginalisiertem Milieu ein. Beide Gruppen benötigen dringend ansprechende Formen politischer Bildung.« Sehr unterschiedlich ist auch die Wahrnehmung und Kooperation mit der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. den Vereinen auf Länderebene. Hier wird zumindest eine Verbesserung der Zusammenarbeit konstatiert.

### *Ost-West Gegensätze in der PDS ?*

Seit Anbeginn ihrer Existenz empfinden Akteure, daß es in der PDS Ost-West-Konflikte gibt. Der damalige Bundestagsabgeordnete Uwe-Jens Heuer war nicht der erste, als er »mehr Toleranz füreinander, Verzicht auf Dominanz, auf ein Aufzwingen der eigenen Sichtweisen« forderte. »Die Ostler geben neue Antworten auf eine veränderte Lage im Osten. Die Westler geben alte Antworten auf die scheinbar gleichgebliebene Lage im Westen. Eine Antwort auf das neue Deutschland hat keiner.«<sup>111</sup> Differenzen bestanden, in den Gründerjahren stärker als heute, durchaus auch in Fragen der unterschiedlichen Kulturen, und bezogen auf Habitus und Alter der Akteure in Ost und West.<sup>112</sup>

Differenzen hat es gleichfalls in der Kompetenzabgrenzung zwischen Landesverbänden im Westen und dem Parteivorstand gegeben. Welches Verhältnis galt zwischen Autonomie und Einmischung in die inneren Angelegenhei-

111 zit. nach: Autorenkollektiv, 1994, S. 67

112 Ein zumindest schlaglichtartiges Bild vermittelt das Ergebnis einer Studie, aus der hervorgeht, »daß mehrfach »Erstbegegnungen« mit der PDS in der Partnerstadt [in der ehem. DDR – d.V.], meist in den Jahren 1990/1991 unbefriedigend verliefen: häufig ist von extremen kulturellen Unterschieden die Rede, die wenig Lust auf mehr Kontakt machten, gelegentlich bevorzugte der Kreisverband aus dem Osten auch die örtliche DKP. Diejenigen, die länger durchhielten und auf eine mehrjährige Beziehung zurückblicken können, zeigten sich zufrieden.« Gohde, 1997, S.5

ten?<sup>113</sup> Wann wurden innere Angelegenheiten der Landesverbände zum Anliegen der Gesamtpartei? Die Auseinandersetzungen zwischen Parteivorstand / Ost-PDS auf der einen und einigen West-Landesverbänden auf der anderen Seite belasteten insbesondere die Entwicklung in der PDS.<sup>114</sup>

In der Mitgliederbefragung hatten übergreifend Akteure aus Ost und West (79 %; 86 %) angegeben, daß »ohne Verankerung der PDS im Westen die Entwicklung der Partei im Ganzen keine Chancen« hat<sup>115</sup>. Die Aussage, daß »die Zukunft der PDS im Westen liege« wurde nur von 29 % der Ost-Mitglieder, aber 60 % derer im Westen geteilt. Ist die Entwicklung im Westen als Sonderproblem der Parteientwicklung oder als integraler Bestandteil der Strategiediskussion der Gesamtpartei zu verstehen, zumal angesichts der Dominanz westdeutscher Wertestrukturen und Politikmuster, die im Westen bestehenden Arbeitsbedingungen als normal anzusehen seien, die im Osten hingegen als Ausnahme?<sup>116</sup>

Ein Differenzpunkt ist das Verständnis der Relevanz des sog. Gründungskonsenses der PDS, der den unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus beinhaltet. »In gelegentlich recht nonchalanter Art und Weise wird die Absage an den Stalinismus gleichgesetzt mit einer Ausgrenzungsstrategie nach links. Die Konfrontation zwischen Parteivorstand und Kommunistischer Plattform wird häufig ihrer Inhalte beraubt und nur unter der Überschrift ›Wie geht die PDS mit linken KritikerInnen um?‹ gefaßt.«<sup>117</sup> Gysi vertrat die Position, daß die Mitglieder aus den westdeutschen Bundesländern eine Sonderrolle innerhalb der PDS spielen, weil ihnen die Negativerfahrung der DDR fehle und ihnen deshalb oft das Abwägen bei der Beurteilung von Zuständen fehlen würde. Zudem würde ihnen ein Zugang zu einer Art Massenpolitik fehlen, weil sie in kleinen Gruppen politisch sozialisiert worden seien<sup>118</sup>. Dem zweiten Aspekt steht zumindest die Selbsteinschätzung zahlreicher Akteure aus den westlichen Landesverbänden entgegen, von denen sich ein Drittel als aktiv in der Gewerkschaftsarbeit bezeichnete<sup>119</sup>.

Es wird als Problem beschrieben, daß »Mitglieder aus dem Westen bei bestimmten Fragen in krasser Minderheit mit ihren Positionen seien und sich nicht mit Beschlüssen identifizieren.« Es gibt den Vorwurf, »Ostler nähmen die West-Genossen nicht ernst«, und er wird auch als nicht ganz unbegründet angesehen: »Es sprach mal jemand von ›fürsorglicher Vernachlässigung‹, d.h. es werden finanzielle, materielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt, aber es interessiert im Grunde kaum, was damit gemacht wird.«

113 vgl. Gohde, 1995a, S. 49 f.

114 vgl. Neu, 2004, S. 48

115 vgl. Chrapa/Wittich, 2001, S. 20

116 vgl. Gohde/Wolf, 1996a, S. 2

117 Gohde, 2005b, S 78

118 vgl. Gysi, 2001, S. 313 f.

119 vgl. Chrapa/Wittich, 2001, S. 7 (31 % gaben an, sich aktiv in der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen)

In den Anfangsjahren stärker, aber auch heute noch, gibt es zwischen Mitgliedern der PDS in Ost und West eine kulturelle Fremdheit, »teilweise eine kulturelle ›Spaltung‹ der PDS in Ost- und West-PDS«<sup>120</sup>, wie in der gesamten Gesellschaft. Noch 1996 meinte Gysi: »Die meisten Vorstandsmitglieder bewegen sich im Westen wie auf einer Dienstreise im Ausland.«<sup>121</sup> Ein entscheidender Unterschied im Verhalten ist allerdings, daß daraus keine prinzipielle Ablehnung des Gegenübers resultiert. »Programmatisch ist das Einigende unter den PDS-Aktiven und, in vagerer Form auch den WählerInnen in kurz- und mittelfristigen Fragen größer, als dies in parteiinternen Kontroversen meistens deutlich wird. Auch sind viele inhaltliche Meinungsverschiedenheiten in der PDS schon lange nicht mehr in erster Linie Ost-West-Konflikte.«<sup>122</sup>

### *PDS West – Kampagnenfähig?*

Zahlreiche Aktivitäten der PDS finden im Bündnis mit unterschiedlichsten Organisationen, Verbänden und Initiativen statt. Bündnisse werden sowohl genutzt, weil die eigene Kraft und Mobilisierungsfähigkeit nicht ausreicht, als auch um dort für Themen und Positionen der PDS werben zu können. Stärker als nach der Bundestagswahl 1998 wurde in den Anfangsjahren von vielen Gliederungen in den westlichen Bundesländern eine isolierte Position konstatiert. Insbesondere über verstärkte Kooperation mit Gewerkschaften und in Bündnissen, in bestimmten Städten auch über die kommunalpolitischen Aktivitäten, konnte die Position verbessert werden.<sup>123</sup>

So wird denn auch die Kampagnenfähigkeit der PDS Landesverbände in der Befragung als ausgesprochen differenziert angesehen. Es unterscheiden sich die Themen, insbesondere aufgrund landesspezifischer Unterschiede, und es unterscheiden sich die Fähigkeiten, überhaupt kampagnenfähig zu sein. Teilweise ist dies allein aufgrund der quantitativen Schwäche der PDS in den Flächenländern nicht möglich. Nicht nur dort werden Kampagnen sehr häufig in Bündnissen durchgeführt. In diesen Bündnissen hat es die PDS teilweise geschafft, »eine eher gute Rolle zu spielen« und auch von Bündnispartnern anerkannt und nicht nur geduldet zu werden.

Mit der Kampagne »sozial & solidarisch« wurde 1995/96 der Versuch unternommen, sozialpolitische Themen stärker in den Fokus der PDS zu rücken und eigene inhaltliche Kompetenzen – auch die der größer gewordenen PDS

120 Brie, A., 2000, S.2

121 zit. nach: »Im Westen wie auf Auslands-Dienstreise. Gut fünf Jahre nach der deutschen Vereinigung steckt die West-PDS noch in den Kinderschuhen« in: Neues Deutschland v. 6./7.4.1996

122 Weis, 2005, S. 260

123 vgl. Gohde, 1997, S.10; In der Befragung gaben 30 % der Gruppen an, sie seien als PDS isoliert, 61 % meinten teils-teils und 8 % gaben an, die Isolierung sei aufgebrochen. Wenn dann auch noch berücksichtigt wird, daß 23 % bzw. 22 % der Gruppen angaben, ihre engsten Bündnisbeziehungen bestünden zur DKP bzw. zu Antifagruppen, wird die politische Enge noch drastischer spürbar.



Bundestagsgruppe – in einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne zu bündeln. Das Interesse, sich an der Kampagne zu beteiligen, war regional recht unterschiedlich. Es überwog eine positive Bezugnahme, die zur Verbesserung der eigenen Kampagnefähigkeit führte. An diese positive Erfahrung wurde später außerhalb von Wahlkampagnen nur sehr bedingt angeknüpft.

Bei allen Schwierigkeiten läßt sich feststellen, daß es der PDS auch im Westen gelungen ist, Wahlkampagnen für die Bundestagswahlen auch auf Länderebene durchzuführen. Hier bestand bei den Mitgliedern, aber auch darüber hinaus, ein klares Interesse am Einzug der PDS in den Bundestag und ein entsprechend starkes Engagement. Daß diese Wahlkampagnen auf Länderebene ohne finanzielle und logistische Unterstützung der Bundespartei undenkbar gewesen wären, spricht nicht gegen die Wahlkampagnenfähigkeit der PDS Landesverbände.

### **Themen und Schwerpunkte der PDS**

Auch bei den inhaltlichen Themen läßt sich vor Ort eine große Variationsbreite feststellen. Zum einen wird festgestellt, »daß die Schwerpunkte von Kreisverband zu Kreisverband« variieren. Zum anderen läßt sich jedoch ein gewisser Wandel der Schwerpunktthemen feststellen. »Lange Jahre war es Asyl- und Flüchtlingspolitik, heute eher Gewerkschaftspolitik, Bildungspolitik und Antifaschismus.« In den letzten Jahren nimmt der Versuch zu, auch »landespolitische Programmatik zu entwickeln.« Darunter fallen auch Fragen der »Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Cross-Border-Leasing sowie Hartz IV-Umsetzung in den Kommunen.« Zumindest in einzelnen Landesverbänden werden europapolitische Themen, wie die Bolkestein-Richtlinie, die EU-Verfassung u.a. thematisiert und bieten die Möglichkeit, mit den Europaabgeordneten der PDS stärker als bisher zusammenzuarbeiten.

Als konstant wichtiges Thema gilt in der PDS die Friedenspolitik. Das führte auch zu starkem Engagement bei Aktivitäten der Friedensbewegung, als deren Teil sich die PDS versteht. Golfkriege, Irakkrieg, Jugoslawienkriege und Afghanistan waren nicht nur Ereignisse, die die Themenpalette der PDS bestimmten, sondern auch essentielle Aktionsfelder, in denen die westdeutschen Landesverbände weitgehend handlungsfähig waren.

Die Themen der PDS im Westen unterscheiden sich im Prinzip inzwischen nicht von denen in den ostdeutschen Landesverbänden, wenn man von der Betonung bestimmter Nischenthemen absieht. Es existieren allerdings einige Themenbereiche, in denen sich tiefverwurzelte Unterschiede illustrieren lassen<sup>124</sup>. Es handelt sich um das Staatsverständnis, die Rolle von Nation und Heimat sowie der Themenbereich Migration / Antirassismus.

### *Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gewerkschaftspolitik*

Gewerkschaftspolitik wird in der Selbsteinschätzung vieler Mitglieder und Gliederungen als wesentliches Politikfeld der PDS bezeichnet. Die am kontinuierlichsten arbeitende Arbeitsgemeinschaft im Westen ist die »AG Betrieb & Gewerkschaft«. Sie war recht früh<sup>125</sup> am weitesten in den regionalen und Landesgliederungen der PDS im Westen verankert und hatte in den 90er Jahren auch mehr West- als Ostmitglieder in ihren Reihen. »Das hat viele Gründe, etwa die weitgehend fehlende Tradition linker, apparatkritischer Arbeit in Gewerkschaften im Osten, die überwiegende Distanz der Gewerkschaftsführungen gegenüber der PDS, die Vernachlässigung ostdeutscher Anliegen durch die Gewerkschaften Anfang der neunziger Jahre, Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverluste sowie die andere, abhängigere Rolle von Gewerkschaften und Betriebsvertretungen in der DDR. Diese Unterschiede wirken fort und finden in so unterschiedlichen Bereichen wie der Debatte um die Gründung der »Wahlalternative« oder Kontroversen um arbeitsrechtliche Lockerungen, wie sie auch von PDS-nahen Kleinunternehmern artikuliert werden, ihren Niederschlag.«<sup>126</sup>

Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftern wurde in unterschiedlichen Untersuchungen zur PDS als wichtiger Bereich der Bündnispolitik der PDS bezeichnet. Hier wurden bereits in den frühen Jahren die relativ größten Chancen gesehen, die Isolation der PDS in den westdeutschen Bundesländern aufzubrechen<sup>127</sup>. Die Abgrenzungsbemühungen der DGB-Führung<sup>128</sup> behinderten die Bemühungen der PDS, konnten sie jedoch nicht verhindern.

124 »Das Staatsverständnis. Ein Teil der westdeutschen Linken, darunter auch solche in der PDS, hat eine prinzipielle Staats- und Staatlichkeitskritik als die übergroße Mehrheit der ostdeutschen PDS. Damit verbunden sind Fragen nach dem Ausmaß eines grundlegenden Oppositionsverständnisses, das unter Westlinken ausgeprägter ist. ... Unterschiede zeigen sich auch in der Bewertung von Polizei, Ordnung, innerer Sicherheit, kurz: in Fragen von Law & Order. Rolle von Nation und »Heimat«. Es mag hier genügen, einfach auf die »Zimmer-Kontroverse« im Herbst 2000 hinzuweisen. Auch solche westdeutschen Linken, die wenig bis nichts mit den Positionen der »Antideutschen« zu tun haben, reagierten völlig konsterniert auf die »Ich liebe Deutschland«-Aussage der damals frisch gewählten Parteivorsitzenden Gabi Zimmer. Vielleicht reflektierte diese Äußerung das Suchen mancher ehemaliger DDR-BürgerInnen nach einer neuen überindividuellen Identität nach dem Ende der DDR. Auf westdeutsche Linke sehr unterschiedlicher Couleur wirkte und wirkt diese Form der kollektiven Neubestimmung von Identitäten höchst befremdlich. ... Migration/Antirassismus ist allein deshalb schon weit eher ein West- als ein Ostthema, weil die meisten Migrantinnen und Migranten nun einmal in großstädtischen Räumen des Westens (und in Berlin) wohnen und sich hier über lange Zeit stabile Selbstorganisierungsweisen geschaffen haben. Im Bereich antirassistischer Arbeit, vor allem in der Flüchtlings- und Asylpolitik, existiert seit etwa 20 Jahren eine ausgeprägte linke Unterstützerszene.« Weis, 2005, S. 260 f.

125 Die bundesweite »AG Gewerkschaftspolitik bei der PDS« wurde am 1.6.1991 in Hannover gegründet.

126 Weis, 2005, S. 261

127 vgl. Gohde, 1997, S.10

128 vgl. Moreau/Schorpp-Grabiak, 2002, S. 39 ff.

Diese Selbsteinschätzung wird dadurch gestützt, daß die Politik der PDS bei den Gewerkschaftsmitgliedern auch bei Wahlen einen relativ größeren Zuspruch gefunden hat, als in der gesamten Wahlbevölkerung (siehe Tabelle 4). So erhielt sie bei der Bundestagswahl 1998 insgesamt 5,1 Prozent der Zweitstimmen, bei Gewerkschaftsmitgliedern erreichte sie 6,6 % (Faktor 1,25) und bei der Bundestagswahl 2002 4,9 % (Faktor 1,23). Bei der diesjährigen Bundestagswahl konnte sie sich erwartungsgemäß steigern und so erreichte die Linkspartei.PDS 8,7 % der Zweitstimmen und 11,8 % der Gewerkschaftsmitglieder (Faktor 1,35)<sup>129</sup>.

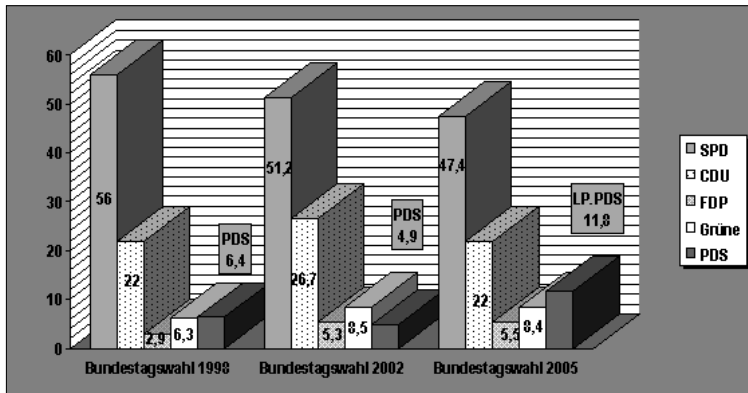


Tabelle 4: Zweitstimmenanteile bei Gewerkschaftsmitgliedern

Mitte der 90er Jahre wurde von Parteivorstand, Landesverbänden und Bundestagsgruppe die gemeinsame Kampagne »sozial & solidarisch« durchgeführt. 2003/04 wurde der Themenschwerpunkt gegen die Agenda 2010 als Kampagne »Agenda Sozial« gebündelt. Bedacht werden muß, daß sich Sozialpolitik als Feld der Auseinandersetzungen gerade im kommunalpolitischen Bereich wiederfindet. Als Schwerpunktsetzung scheint eine Kampagne im Bereich der Sozialpolitik, zumindest von den befragten Akteuren, in jüngster Vergangenheit jedoch nicht wahrgenommen zu werden. Dies verwundert um so mehr, als der PDS auch in Westdeutschland im Meinungsbild der Wahlberechtigten deutlich höhere Kompetenzzuschreibungen bei den Themen »Engagement für sozial Benachteiligte« und »Einsatz für Soziale Gerechtigkeit« zuteil wurden, als bei Wirtschaftspolitik, Innerer Sicherheit, Umweltschutz, Ausländerpolitik, Bildungspolitik usw.<sup>130</sup>

129 vgl. DGB einblick

130 vgl. Chrapa, 2003b, S. 141 f.

### *Kommunalpolitik*

Die PDS ist eine Partei, in der kommunalpolitisches Engagement geschätzt wird und die ihren kommunalpolitischen Vertretungen viel zu verdanken hat. Dies gilt allgemein, begründet sich aber im wesentlichen durch die Kommunalpolitik in den ostdeutschen Bundesländern. Auch im Westen der Republik versucht die PDS – oftmals gemeinsam mit anderen Linken – mit ihren Themen und Personen die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten und in Kommunalparlamente einzuziehen. Dies gelang ihr, wenn auch auf niedrigem Niveau, seit Mitte der 90er Jahre mit wachsendem Erfolg.<sup>131</sup>

Kommunalpolitik wurde bzw. wird als notwendig angesehen, um die PDS vor Ort zu entwickeln. Dort, wo ernsthaft die Sorgen und Nöte der Menschen angenommen und ihre Interessen auch in den Kommunalparlamenten vertreten werden, führt dies zu einer gewissen Bodenständigkeit der PDS. »Wo Mitglieder zu kommunalen Themen engagiert sind, funktionieren unsere Basisorganisationen besser. Ohne kommunale Untersetzung, ohne Verknüpfung von Personen und linker Politik vor Ort geht es mit dem Westaufbau nicht voran.«<sup>132</sup> *»Politik wird bodenständiger, nicht mehr nur Fundamentalopposition, weil man in der Kommunalpolitik Interessenausgleich und Konsens lernen muß. Zum anderen kommen auf diesem Weg auch Unterstützer/innen zu uns, manche werden auch Mitglied. Drittens wird durch die Kontakte zu Vereinen und Projekten der Weg für ein besseres Kennenlernen der PDS geebnet, so daß wir zunehmend zu Ansprechpartnern für die Probleme und Sorgen der Leute werden.«*

Auch wenn unterschiedliche Akzentuierungen vorgenommen werden, spielt Kommunalpolitik bei der strategisch wesentlichen Frage, wie der Parteaufbau im Westen erfolgen kann, eine wichtige Rolle: »Lothar Bisky schrieb in seinem Grußwort zur Konferenz: ›Gerade im Westen führt unser Weg in die politische Relevanz über die Arbeit in den Kommunen.‹ Das stimmt. Aber die politische Relevanz, die die PDS kommunalpolitisch erzielen konnte, wird höchstwahrscheinlich eine kommunale bleiben. Und das ist nicht wenig.«<sup>133</sup> Auch wenn Akteure sinnvollerweise ihre Bedeutung betonen (*»Ich sehe in der kommunalpolitischen Arbeit einen nachhaltigen Weg, die Politikfähigkeit der PDS zu stärken und Gestaltungskompetenz zu gewinnen.«*) war (und ist) Kommunalpolitik nicht der alleinige Weg zum Aufbau in den westdeutschen Bundesländern. Auch historische Beispiele zeigen, daß eine überregionale Partei nicht von den Kommunen her aufgebaut werden kann.<sup>134</sup>

Zwei Argumente scheinen zusammengehörig: Ohne eine kommunale Basis in Städten und Gemeinden kann eine Partei sich in der Fläche nicht entwickeln und auch nur schwierig Länderkompetenz entwickeln. Allerdings bedarf es

131 vgl. Detjen, 2003

132 Strasdeit, 2005, S. 18

133 Fülberth, 2004, S. 11

134 vgl. Fülberth, 2004, S. 11

der Kombination der Themen der kommunalen und der Bundesebene. Ansonsten wird der PDS der Gebrauchswert, der ihr auf kommunaler Ebene – dort wo sie vertreten ist – bereits zugeschrieben wird, auf der Bundesebene nicht zugeschrieben werden.

Wenn Mandate der PDS vorhanden sind, muß Kommunalpolitik ernsthaft betrieben werden. Als agitatorische Bühnen für Entlarvungsstrategien eignen sich Kommunalparlamente herzlich wenig, zudem die Gremienarbeit viel zu zeit- und energieintensiv hierfür ist.

Die Erfahrungen in Duisburg, Marburg, Köln, Tübingen<sup>135</sup> und anderswo belegen, daß auch die PDS-Fraktionen in den Stadträten etwas bewegen können. Seit den NRW-Kommunalwahlen 2004 besteht diese Möglichkeit jetzt an deutlich mehr Orten und könnte wiederum beispielgebend für andere kommunale Aktivitäten und Wahlkämpfe sein. Exemplarisch sei die PDS im Frankfurter Römer genannt, die erfolgreich gezeigt hat, daß es möglich war, das geplante Cross-Border-Leasinggeschäft mit der Frankfurter U-Bahn zu verhindern. »Diese erfolgreiche Kampagne faßt exemplarisch mindestens gleich drei Ebenen linker Schwerpunktsetzung in der Kommunalpolitik zusammen:

- die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge gegen eine schleichende Privatisierung und gegen eine verantwortungslose Finanz- und Haushaltskonsolidierungspolitik
- direkte demokratische Einflußnahme von unten, die tatsächlich etwas bewirkt und damit Mut macht und
- die erfolgreiche Zusammenarbeit der PDS mit Attac, Gewerkschaftern und anderen Initiativen und Verbänden.«<sup>136</sup>

Kommunalpolitische Arbeit setzt besonders bei der PDS voraus, kompetent, glaubwürdig und verlässlich in und mit sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten und dort als interessante Partnerin anerkannt zu werden. Nur so kann es ihr gelingen, ausreichende Zustimmung in der Bevölkerung zu erhalten. Wenn sie in die Kommunalparlamente einzieht, kann sie wiederum für soziale Bewegungen interessanter werden.<sup>137</sup>

- Wichtige Themen kommunalpolitischer Arbeit der PDS sind beispielsweise
- Fragen der Sicherung öffentlicher Dienstleistungen und Daseinsvorsorge gegen Privatisierungen, Cross-Border-Leasing usw.
  - Fragen der Rückholung von Kompetenzen von Bundes- und Länderebene zurück zur Kommune, inkl. der Reform der Gemeindefinanzen
  - Interventionen bei der Umsetzung von Hartz IV, dem Einsatz von »Arbeitsgelegenheiten« (1-Euro-Jobs) usw.

135 vgl. »Kommune hat was mit Kommunismus zu tun« in: *Stattzeitung für Südbaden*, zit. nach: [http://sozialisten.de/politik/kommunal/texte\\_laender/view\\_html?pp=1&zyd=25606](http://sozialisten.de/politik/kommunal/texte_laender/view_html?pp=1&zyd=25606) / 8. Juni 2004

136 Bisky, 2004, S 18

137 vgl. Bisky, 2004, S. 23 f.

– und Fragen der Demokratisierung durch Bürgerbegehren, Bürgerentscheide sowie durch die Einführung von Beteiligungshaushalten.

Die kommunalen Mandatsträger sind bislang ein wichtiges Rückgrat der PDS-Politik. Dies gilt insbesondere in NRW. Die bisherige Erfahrung zeigt, daß Mandatsträger dazu beitragen, daß die PDS besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird<sup>138</sup>, daß die PDS für mehr Bürger praktisch erfahrbar und erlebbar wird, daß sie für kleine Gewerbetreibende, für abhängig Beschäftigte, für Arbeitslose, für an den Rand Gedrängte, für Migranten, für Schüler und Jugendliche aktiv werden kann. Sie bieten eine bessere Gewähr für eine kontinuierliche Politikentwicklung auf kommunaler Ebene. In einigen Orten können die Offenen Listen der PDS eine gewisse Rolle bei der Bildung von Mehrheiten, z.B. bei der Besetzung der Ausschüsse, spielen. Diese Rolle als »Zünglein an der Waage« führt in den betroffenen Kommunen auch zur Wahrnehmung der PDS als – zumindest kommunalpolitischem – Faktor.

Selbstredend existieren auch in der kommunalpolitischen Arbeit Schwachstellen: »Man braucht kein Hehl daraus zu machen: Wir haben in den vergangenen fünf Jahren nicht nur frohe Kunde verbreitet. Unsere Ratsvertreter und -vertreterinnen hatten mitunter Probleme und Schwierigkeiten, sich zusammenzurufen; sie mußten sich erst das parlamentarische Handwerkszeug aneignen. Nicht überall gelang es gleichermaßen, die Öffentlichkeit zu erreichen. Gerade daher ist es jetzt so wichtig, daß wir eine erheblich bessere Ausgangslage haben. Wir können Personen vor Ort bekannt machen, wir können Vertrauen erwerben, wir können die örtlichen Medien ansprechen, örtlichen Initiativen, Vereinen und Verbänden unsere Hilfe anbieten. In einigen Räten und Bezirksvertretungen wird man auf uns Rücksicht nehmen müssen. Nicht zuletzt können wir unserer Politik in den Kreisverbänden und Basisorganisationen mehr Stabilität verleihen.«<sup>139</sup> Auch für andere Landesverbände gilt, daß die Mandatsträger häufig als »*Einzelkämpfer*« agieren, wenn es nicht gelingt, »um die Einzelabgeordneten herum kommunalpolitische Arbeitskreise zu bilden.«

Notwendig ist die Vernetzung<sup>140</sup> von Akteuren aus dem kommunalpolitischen Arbeitsfeld durch Konferenzen<sup>141</sup>, die auch regional ausgerichtet werden, sowie durch die Errichtung kommunalpolitischer Foren, die der Verstärkung der Zusammenarbeit unter westdeutschen, linken Kommunalpolitikern dienen. Darüber hinaus sind der Erfahrungsaustausch zwischen Kommunal-

138 vgl. »Rote Socken am Rhein. Sie SPD kümmert sich fast nur noch um ihre Neue Mitte. Das gibt der PDS die Chance, sich auch im Westen zu etablieren« in: Die ZEIT, Nr. 49/1999

139 Schäfer, 2004

140 Zur Vernetzung hat der PDS-Parteivorstand das Internetportal [www.pds-kommunal.de](http://www.pds-kommunal.de) geschaffen.

141 Positives Beispiel der Vernetzung von Akteuren aus dem kommunalpolitischen Arbeitsfeld war die »Kommunalpolitische Konferenz West«, die am 8./9.11.2003 in Offenbach stattfand. Von den 117 Teilnehmern waren 45 Abgeordnete. Sehr stark – gemessen an der Größe der Landesverbände und der bisherigen kommunalpolitischen Erfahrung – war die Beteiligung aus Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen u. Westberlin. Die Konferenz wurde von den Teilnehmern als nützlich für ihre Arbeit angesehen.

politikern in West und Ost sowie die konzentrierte Qualifizierung anhand kommunalpolitischer Bildungsangebote sinnvoll.

## **Skizzen zu den Funktionen der PDS im Westen**

### *Die PDS will Programmpartei sein*

Wenn eine Partei eine Rolle als gesellschaftlicher Akteur spielen will, muß sie Einfluß ausüben können oder sie wird in absehbarem Zeitraum bedeutungslos<sup>142</sup>. Das heißt nicht nur, daß sie Wählerzustimmung organisieren muß, sondern auch in die Öffentlichkeit wirken und Veränderungsprozesse zu gestalten hat.

Die PDS will Programmpartei sein. Sie »ist eine sozialistische Partei, die Internationalismus, Ökologie, Feminismus, Demokratie und soziale Emanzipation zusammenführt, in außerparlamentarischen Bewegungen mitarbeiten will und die Anliegen sozialer Bewegungen im Parlament thematisiert.«<sup>143</sup>

Die Partei wandelte sich von der Staatspartei SED schrittweise zu einem Sammelbecken der Vereinigungsgegner bis hin zu einer Interessenpartei des Ostens, die »auch – nicht zuletzt wegen ihrer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit – zu einem bedeutsamen Faktor im politischen System der Bundesrepublik«<sup>144</sup> wurde. Nach der erfolgreichen Bundestagswahl 1998 stand die Weiterentwicklung von der Ostpartei mit enger Milieuanbindung zu einer Partei mit gesamtdeutscher sozialistischer Programmatik als Aufgabe bevor. Und selbst wenn die Frage, wann ein zwangsläufiger Bedeutungsverlust mit dem Abschwächen der Ost-West-Spaltung einhergehen würde, offenblieb, hätten stärker Aspekte der sozial gerechten Lösung des gesellschaftlichen Wandels (Zukunft der Erwerbsarbeit und der sozialen Sicherung, technologische Modernisierung, Globalisierung usw.) in den Blick geraten müssen.

War bis zur Bundestagswahl 1998 die PDS vorwiegend ostdeutsche Milieupartei mit einem überwiegend festen Anhängerstamm, wurde die Besetzung des Platzes erhofft, den die SPD mit ihrer Politik der »Neuen Mitte« freiwillig geräumt hatte. Ziel war es, in das frei werdende linke Vakuum einzudringen, von SPD und Grünen enttäuschte Wähler für sich zu gewinnen und sich so auf längere Sicht als gesamtdeutsche sozialistische Partei etablieren zu können. Bezogen auf die Bundestagswahl 1998 und tendenziell auch auf die ostdeutschen Landtagswahlen, die Verluste der PDS in ihren Hochburgen und die Ge-

142 Nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 wurde formuliert: »Die PDS muß sich u.E. als eigenständiges Projekt mit einem eigenen Gebrauchswert für die Gesellschaft behaupten, oder sie wird untergehen.« Brie/Brie/Chrapa, 2002, S. 9

143 DISPUT, H. 3/4/1995, S. 47

144 Neugebauer/Stöss, 2002, S. 89

winne in ländlichen Regionen, die Homogenisierung der Wählerschaft in räumlicher und sozialstruktureller Hinsicht sowie die sinkende Stammwählerschaft und damit die Verringerung des Milieu-Anteils, stellten sich aus Sicht der PDS – zumindest zunächst im Osten und in geringerem Maße auch in Westdeutschland – Erfolge ein, die für diese »Vakuum-These« sprachen<sup>145</sup>.

### *Die PDS will Mitgliederpartei sein*

»Das Ziel des Parteiaufbaus in den westlichen Bundesländern ist eine Mitgliederpartei ...«<sup>146</sup>. Erinnert sei an die Differenzen in der Strategiebildung, ob die PDS als Mitgliederpartei oder besser als Kommunikationspartei zu entwickeln sei (siehe Seite 23f.). Gravierender ist allerdings die Problematik, daß die Bindungskraft von Parteien und anderen Großorganisationen der postfordistischen Periode abnimmt. Die Parteien in der Bundesrepublik, aber auch Gewerkschaften und Kirchen, verlieren in der Summe Mitglieder und die verbleibenden werden immer älter und das Potential der Akteure schrumpft. Jüngere Menschen, die sich erstmals politisch engagieren, entscheiden sich eher situationsbezogen, ziehen auch kurzfristige und selbstbestimmte Artikulations- und Partizipationsformen einem Parteieintritt vor. Dieses Problem ist wahrlich kein spezielles Problem der PDS, schon gar nicht trägt sie die Verantwortung für die gesellschaftlichen Ursachen dieses Prozesses.

Zugleich verliert die »Partei als politischer Lebensgemeinschaft, in der man sich gesinnungs- und gefühlsmäßig aufgehoben fühlt, zugunsten einer instrumentellen Sicht der Partei als politische Zweckorganisation an Bedeutung.«<sup>147</sup> Problemsichten, die auch in der Mitgliederbefragung der PDS bestätigt wurden. Die Frage muß gestellt werden, warum die PDS in ihrer Arbeit in den westdeutschen Bundesländern diese bekannten Tatsachen in der Gründungsphase nicht beachtet hat. Sie hatte im Westen keine Mitglieder und keine Strukturen, hätte insofern nicht auf alte Besitzstände Rücksicht nehmen müssen. »Sie hätte also den Vorteil desjenigen ausnutzen können, der verspätet kommt und sich die modernsten Strukturen leisten kann, da er keine alten Interessen zu berücksichtigen hat.«<sup>148</sup>

Die Bemühungen der letzten Jahre, Ergebnisse der Parteireformdebatten, andere, beispielsweise befristete Formen der Parteimitgliedschaft usw., sollen nicht negiert werden. Nur, ihre Etablierung ist unter heutigen Bedingungen ungleich schwerer als es in der Gründungszeit gewesen wäre. Hinzu kommt, daß die gegenwärtigen Parteistrukturen die Gewinnung von Akteuren erschwert.

145 Neugebauer/Stöss, 2002, S. 61

146 DISPUT, H. 3/4/1995, S. 47

147 Niedermayer, 1997, S. 335

148 Sturm, 2000, S.304



### *PDS – eine normale Partei?*

»Die PDS ist auch insofern nichts anderes als eine ›normale‹ Partei, ..., als sie sich an die in den etablierten Institutionen geltenden Spielregeln – begrenzte Regelverletzung inklusive – halten muß. Sie wird immer auch die Kommunikation mit den Bewegungen darüber suchen müssen, daß es im institutionellen Raum fast immer um Kompromisse geht, manchmal auch um faule Kompromisse. Sie muß trotzdem Wege finden müssen, glaubhaft machen zu können, daß sie am Ziel der weitreichenden Veränderung festhält. Aber sie kann sich nicht aus dieser Schwierigkeit heraussetzen, auch nicht, indem sie der Fiktion einer reinen *Anti-Establishment-Partei* nachrennt.

Die PDS kann sich auch nicht darauf reduzieren, den vorhandenen Stimmungen des Protests nur eine politische Stimme verleihen zu wollen. Die Erarbeitung und Popularisierung von Konzepten, wie wir die durch den neoliberalen Kapitalismus verursachten Probleme und Krisen lösen wollen, ist unumgänglich. Sie ist unumgänglich, weil wir nur so breitere soziale Kreise ansprechen müssen und der tief sitzenden Verunsicherung, ob überhaupt grundlegendere Veränderungen möglich sind, begegnen können.«<sup>149</sup>

Bei allen Hindernissen und Halbheiten gelang es in Westdeutschland zumindest, nicht zu einer kaltherzigen »Funktional-Partei« zu werden. Allerdings ist sie der Anforderung, in modernisierten Markt- und Kommunikationswelten effektiv tätig zu sein, in Westdeutschland nicht gerecht geworden.

Nach dem Wahlerfolg 1998 sah sich die PDS »auf dem Weg zu einer ›normalen‹ Volkspartei und deutete ihre Erfolge als wachsende Anerkennung ihrer politischen Leistungen bzw. Absichten. In ihren Erwartungen ließ sie sich von der »Vakuum-These« leiten. Danach bewegt sich die SPD zunehmend in die politische Mitte und hinterläßt am linken Rand des Parteiensystems eine Leerstelle, welche die PDS als linke, sozialistische Partei, als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als die einzige Friedenspartei in Deutschland besetzen, und dadurch zugleich ihre Westausdehnung vorantreiben kann. Dazu würden politische Kampagnen und Offerten an linke reformorientierte, aber bislang PDS-skeptische Wählergruppen reichen; der Rest würde sich quasi von selbst einstellen.«<sup>150</sup> Bisky, Gysi und Brie hätten deshalb auf eine rasche programmatische und strukturelle Modernisierung der Partei gedrängt. Fraglich – und hier nicht zu beantworten – ist, ob sie damit in Münster scheiterten.<sup>151</sup>

### *Eine Partei muß einen Gebrauchswert entwickeln*

»Die meisten parteitheoretischen Betrachtungen des politischen Systems bestätigen, daß in modernisierten, hochkomplexen Gesellschaften Parteien nur

149 Schäfer, 2002, S. 1095

150 Neugebauer, 2003, 31f.

151 vgl. Neugebauer, 2003, 32

dann eine langfristige Chance haben, wenn sie einen besonderen Platz in der politischen »Bedürfnisstruktur« einnehmen. Anders gesagt: Jede Partei muß tatsächlich »gebraucht« werden. Für die PDS bedeutet dies, daß ihre Chance in der Besetzung und Verknüpfung der Felder »Soziale Gerechtigkeit«, »Modernität« und »Handlungsfähigkeit« besteht. Darunter sind keineswegs vereinfachte Image-Bilder mit dem Charakter von Wahlkampfslogans zu begreifen; vielmehr soll dadurch ein ganzes Strategiebündel verdeutlicht werden.«<sup>152</sup>

Die PDS will auch in Westdeutschland eine Partei sein, »die sich mit sozialistischem und oppositionellen Anspruch den Alltagsanliegen der Menschen zuwendet, sich nicht gegen die Gesellschaft abschottet und ihre Nützlichkeit konkret vor Ort beweist.«<sup>153</sup> Nach der erfolgreichen Bundestagswahl 1998 stand die PDS vor der Aufgabe »den Wandel von einer Ostpartei zu einer gesamtdeutschen (sozialistischen) Partei – zunächst in programmatischer und politischer, dann aber auch in regionaler Hinsicht (Westausdehnung)«<sup>154</sup> zu bewerkstelligen.

Faktisch hat die PDS – von einzelnen kommunalen Ausnahmen abgesehen – ihren Gebrauchswert aufgrund ihrer bundesweiten Gewichts erst für einen kleinen Teil der westdeutschen Bevölkerung bewiesen. Ihre reale Funktion liegt darin, Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, linkes Korrektiv von SPD und Grünen zu sein und Adressat, um berechtigten Protest auszudrücken.<sup>155</sup> In den Ländern wird ihr als »Landespartei« so gut wie keine Funktion zugewiesen. Sowohl bei den Kommunalwahlen, als auch bei bundesweiten Wahlen gelang es ihr schrittweise besser, diese Funktion zu erfüllen, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird.

152 Chrapa, 2000, S. 280

153 DISPUT, H. 3/4/1995, S. 47

154 Neugebauer/Stöss, 2002, S. 89

155 vgl. Brie, A., 2000b, S. 406

# Die Bedeutung von Wahlen in der Entwicklung der PDS

## Wählerpotentiale

Es ist ein Gemeinplatz in den Debatten der Linken, daß das Potential der Wähler für eine Linkspartei in der Bundesrepublik deutlich größer ist, als in der Zeit von 1990 bis 2004 real für die PDS gestimmt haben. In Umfragen wird immer wieder festgestellt, daß etwa 15 Prozent der Menschen Wertorientierungen und politische Vorstellungen formulieren, die in der Konsequenz als linke Orientierungen, mithin als linkes Wählerpotential<sup>156</sup> ausgemacht werden können. »Doch der bei weitem größte Teil dieses Wählerpotentials rekrutiert sich aus faktischen oder sogar erklärten Nichtwählern, die vielfach längst sozial oder kulturell ausgegrenzt sind. Eine breite, teilweise sehr grundsätzliche Unzufriedenheit geht in der Bundesrepublik Deutschland – anders als bei der Entstehung der Grünen vor 25 Jahren – mit Resignation, Passivität und dem Fehlen von Wechsel- und Aufbruchstimmung einher.«<sup>157</sup>

Wenn über prognostizierte Wahlpotentiale hinaus auf die Veränderungsbereitschaft gesellschaftlicher Mehrheiten geblickt wird, kommt eine grundsätzliche Schwierigkeit hinzu: »Doch eine Grundschwierigkeit für den Einstieg in alternative Entwicklungen besteht darin, daß rund drei Viertel aller Deutschen nach verschiedenen Befragungen nicht an die Möglichkeiten zur Veränderung der Gesellschaft glauben. Jede weitreichende Veränderung birgt zudem unüberschaubare Risiken. Insbesondere beachtliche Teile der Bevölkerung in den alten Bundesländern verfügen als Resultat der »goldenen Nachkriegsjahrzehnte« über Besitzstände, um die sie fürchten. Und die Ostdeutschen, durchgeschüttelt vom Umsturz aller gewohnten Verhältnisse und vielen Enttäuschungen seit dem Herbst 1989, sind mehrheitlich nicht auf neue Unwägbarkeiten aus. Diese Situation ist eine extreme geistige Herausforderung für alternative Kräfte.«<sup>158</sup>

Die Struktur der PDS-Wählerschaft ist bei den einzelnen Wahlen unterschiedlich. Die Wählerschaft bei bundesweiten Wahlen ist im Schnitt jünger als bei Landtags- und Kommunalwahlen. Vermutlich weil gesellschaftspolitische Fragen bei bundesweiten Wahlen einen höheren Stellenwert haben als in der Landes- und Kommunalpolitik. Die Stimmanteile unter Wählern mit Abitur und Hochschulabschluß sind wesentlich höher als in anderen Bildungs-

156 vgl. Chrapa/Wittich, 2001b

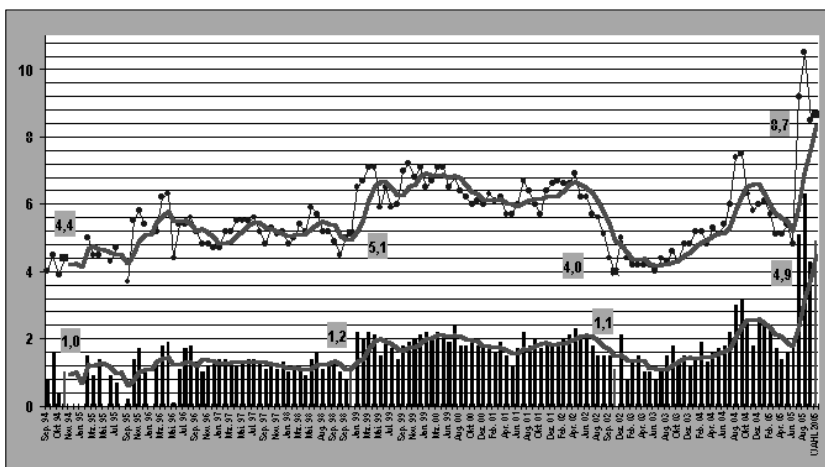
157 Brie, A., »Die Mühen der Berge. Über linke Tiefebenen, die PDS und die WASG« in: Freitag Nr. 15/15.4.2005; vgl. Brie, A., 2004b, S. 1082 f.

158 Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2000, Seite 64 f.

159 vgl. Falter/Klein, 1994, S. 24; vgl. Brie, A., 2000, S. 12 ff.

schichten. Mit dem Urbanisierungsgrad steigt der Anteil der PDS, insbesondere bei intellektuellen Milieus, Angestellten, Studenten usw. In einer vergleichenden Untersuchung für die Wahlen 1999/2001 in Hamburg konnte festgestellt werden, daß die PDS »stark in den urbanen Milieus verankert sind und in anderen Teilgebieten schwächer bis schwach vertreten.«<sup>160</sup> ist. Problematisch ist, daß dieses Wählerklientel von GAL, Regenbogen und PDS hart umkämpft ist und die ausschließliche Verankerung in diesem Milieu nicht ausreicht.

Im Herbst 1999 erreichte die PDS in der Bundesrepublik erstmals ein zweistelliges Wählerpotential: Insgesamt 13 % der Wähler, davon 7 % in Westdeutschland, konnten sich vorstellen, bei der nächsten Wahlen die PDS zu wählen. »Trotz der auch im Westen wachsenden Sympathien ist die PDS nach wie vor eine Ostpartei. Dies ist der Grund für ihre starke Position in den neuen Ländern und begrenzt zugleich ihre Chancen in den alten Ländern.«<sup>161</sup> Für die Mehrheit der Westdeutschen ist die PDS prinzipiell nicht wählbar, weil sie ihrer Auffassung nach ostdeutsche Interessen vertritt. Auch wenn der Anteil im Laufe der Jahre zurückgegangen ist, liegt hier einer der wesentlichen Ursachen für den geringen Zuspruch zur PDS in Westdeutschland.



Die Umfragen (siehe Tabelle 5) verdeutlichen, daß die Absicht, PDS zu wählen, nach der Bundestagswahl 1998 bis zum Sommer 2002 im Westen Deutschlands konstant um bzw. knapp unter 2 Prozentpunkten lag. Der Einbruch im Sommer 2002, der seinen Tiefpunkt bei der Bundestagswahl 2002 fand, war relativ geringer als in den ostdeutschen Bundesländern. In absoluten Zahlen jedoch so gravierend, daß das '98er Wahlergebnis knapp verfehlt wurde und bei völlig unzureichenden 1,1 Prozentpunkten lag. Nach dem Schock der verlorenen Bundestagswahl, dem Verlust der Bundestagsfraktion und den darauffolgenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, wuchs die Absicht, PDS zu wählen, erst wieder zum Sommer bzw. Herbst 2004 an. Hier darf ein Zusammenhang mit den Protesten gegen die Hartz-IV-Gesetze und der eindeutigen, ablehnenden Positionierung der PDS gesehen werden. Hieraus dürfte sich auch den Rückgang der Zustimmung im Gefolge des Abflauens der Proteste erklären.

Der Zuspruch zur PDS macht jedoch gleichzeitig deutlich, daß es der PDS in den westlichen Bundesländern nicht gelungen ist, die im Laufe des Jahres 2004 gewachsene Ablehnung der sog. Arbeitsmarktreformen von Bundesregierung und faktisch großer Koalition in langfristige elektorale Zustimmung zu verwandeln. Den Zuspruch, den die PDS im September 2004 nicht nur in Brandenburg und Sachsen, sondern auch bei der Landtagswahl im Saarland erfuhr (siehe Tabelle 8), folgte bekanntermaßen die Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005. Die Tatsache, daß die PDS hier nur 0,9 Prozent der Stimmen erreichte – und sich damit im Verhältnis zum Landtagswahlergebnis von 1999 sogar noch um 0,4 Prozentpunkte verschlechterte – läßt sich hauptsächlich auf die erstmals auftretende Konkurrenz durch die »Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit«, kurz WASG zurückführen, die aus dem Stand immerhin 2,2 Prozentpunkte erzielte.

## **Bundestags- und Europawahlen**

Der Zuspruch bei den Bundestags- und Europawahlen war für die PDS in den westdeutschen Bundesländern außerordentlich bescheiden und blieb jeweils weit unter den eigenen Erwartungen. Die Ergebnisse verdeutlichen ein Nord-Süd-Gefälle: die besten Ergebnisse erreichte die PDS in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie West-Berlin<sup>163</sup>, die schlechtesten in Bayern (siehe Tabelle 7). Trotzdem zogen Abgeordnete<sup>164</sup> aus den westdeutschen Bundesländern in den Bundestag ein.

163 Bei den Abgeordnetenhauswahlen erreichte die PDS im Westberliner Stadtgebiet 1990 1,1 %, 1995 2,1 %, 1999 4,2 % und 2001 6,9 %

164 1990: Ulrich Briefs, Bernd Henn, Andrea Lederer, Ulla Jelpke; 1994: Eva Bulling-Schröter, Heinrich Graf von Einsiedel, Ulla Jelpke, Heidi Knake-Werner, Rolf Köhne, Andrea Lederer, Manfred Müller, Winfried Wolf, Gerhard Zwerenz; 1998: Eva Bulling-Schröter, Fred Gebhardt, Wolfgang Gehrcke, Ulla

	<b>Erststimmen</b>	<b>%</b>	<b>Zweitstimmen</b>	<b>%</b>
<b>BTW 1990</b>				
insgesamt	1.049.245	2,3	1.129.578	2,4
West	427	0,0	126.196	0,3
Ost	1.048.818	11,7	1.003.382	11,1
<b>BTW 1994</b>				
insgesamt	1.920.420	4,1	2.066.176	4,4
West	165.332	0,4	368.952	1,0
Ost	1.755.088	20,5	1.697.224	19,8
<b>BTW 1998</b>				
insgesamt	2.416.781	4,9	2.515.454	5,1
West	295.701	0,7	460.681	1,2
Ost	2.121.080	20,1	2.054.773	21,6
<b>BTW 2002</b>				
insgesamt	2.079.203	4,3	1.916.702	4,0
West	407.487	1,0	442.136	1,1
Ost	1.671.716	19,2	1.474.566	16,9
<b>EPW 1994</b>				
insgesamt			1.670.316	4,7
West			183.162	0,6
Ost			1.487.154	20,6
<b>EPW 1999</b>				
insgesamt			1.567.745	5,8
West			273.239	1,3
Ost			1.294.506	23,0
<b>EPW 2004</b>				
insgesamt			1.579.693	6,1
West			345.142	1,7
Ost			1.234.551	25,2

Tabelle 6: Ergebnisse bei Bundestags- und Europawahlen

Jelpke, Heidi Knake-Werner, Heidi Lippmann-Kasten, Manfred Müller, Winfried Wolf, Übertritt von der SPD: Uwe Hixsch

Die Niederlage bei der Bundestagswahl 2002<sup>165</sup>, bei der die PDS – mit Ausnahme des Saarlandes – in allen Bundesländern verloren hatte, wurde in der PDS-internen Auswertung in erster Linie auf interne Fragen (falscher Kurs der Bundespartei und die Regierungsbeteiligungen) zurückgeführt. Eigenartigerweise hätten externe Faktoren keine entscheidende Rolle gespielt<sup>166</sup> – eine Einschätzung die u.U. mehr der Führung innerparteilicher Konflikte geschuldet war.

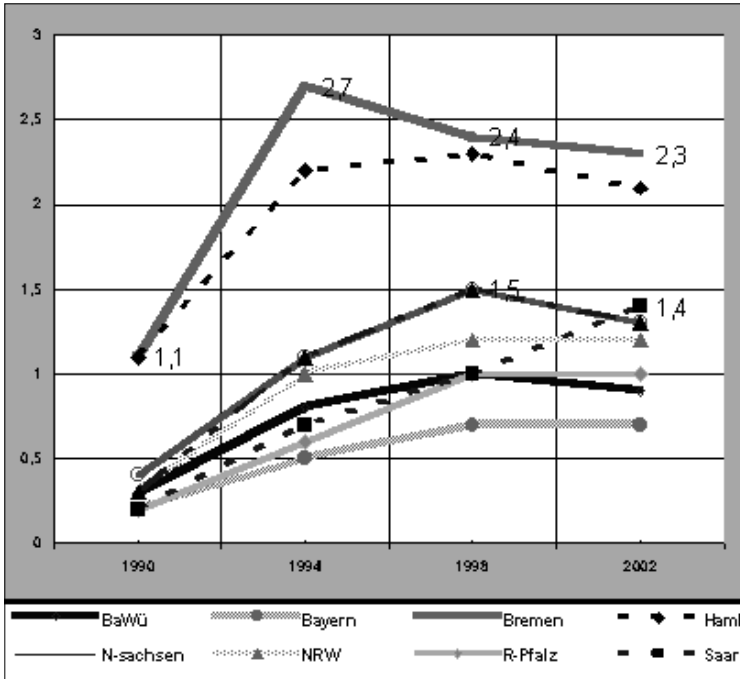


Tabelle 7: Bundestagswahlergebnisse in den westdeutschen Bundesländern

165 »In den letzten Wochen des Wahlkampfes holte die SPD nicht nur auf, sie lag nach den Umfrageergebnissen vor CDU/CSU. Die Grünen konnten sich in dieser zeitlichen Entwicklung verbessern, für die FDP zeichneten sich Rückgänge ab. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Rücktritt von Gregor Gysi rutschte die PDS unter die 5 Prozent. Im September sah es so aus, als könne sie sich leicht erholen, aber die ermittelten Werte lagen zu keinem Zeitpunkt mit der vollen Schwankungsbreite der Irrtumswahrscheinlichkeit über 5 Prozent. Für die PDS gibt es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Schritt von Gregor Gysi und einem deutlichen Akzeptanzverlust in der Öffentlichkeit. Dessen Rücktritt wirkte gleichsam als Initialzündung für den Niedergang der PDS. Daß es bis zu den Wahlen dabei blieb, hängt zum einen mit Prioritäten in der Stimmungslage und sicher auch mit dem Lagerwahlkampf zusammen, wodurch die PDS an den Rand gerückt wurde, aber zum anderen auch mit der Wahrnehmung ihrer politischen Substanz. Der PDS wurden in den letzten Wochen vor den Wahlen nur in sehr geringem Umfang Kompetenzen zugeschrieben, und auch ihr Personal wurde wenig wahrgenommen. Die Konstellationsfrage wurde zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zur Sprache gebracht, nämlich als die SPD ihre Positionen im politischen Kräfteverhältnis bereits deutlich

Der Anteil der Stimmen aus dem Westen am Gesamtergebnis der PDS stieg auf 25%. Jedoch wurden auch im Westen keine Wählerstimmen gewonnen (Ausnahme Saarland) sondern verloren. Nur aufgrund höherer Verluste im Osten, erhöhte sich der prozentuale Anteil der Weststimmen.

Das bislang höchste Landesergebnis in einer bundesweiten Wahl wurde bei der Europawahl 1999 in Hamburg erzielt. Es ist in gewisser Weise als Ausnahmefall mit sehr konkreten Bedingungen zu werten. Die PDS erzielte 3,3 Prozentpunkte<sup>167</sup> und steigerte sich damit nicht nur gegenüber der Europawahl 1994 um 1,9 Prozentpunkte, sondern auch gegenüber der Bundestagswahl 1998 um 1 Prozentpunkt. Berücksichtigt werden muß, daß die Europawahl im Juni am Ende des Kosovokrieges stattfand. Die ablehnende Haltung der PDS und ihr Engagement in der Bewegung gegen den Kosovokrieg war bundesweit ein Beweggrund für die Wahl. In Hamburg waren allerdings im Mai fünf Bürgerschaftsabgeordnete, einige Bezirksabgeordnete und zahlreiche Mitglieder aus der GAL ausgetreten. Die meisten von ihnen bildeten die Gruppe »Regenbogen – für eine neue Linke«. Auch wenn Regenbogen nicht offiziell zur Wahl der PDS aufrief, war die Wahlentscheidung vieler Akteure ein offenes Geheimnis. 4.000 Stimmen »wanderten« von der GAL zur PDS<sup>168</sup> und trugen wesentlich zu diesem Spitzenergebnis im Westen für die PDS bei.

Dieses Hamburger Wahlergebnis bei der Europawahl zeigt, daß Chancen für die Erschließung des potentiell vorhandenen Wählerpotentials der PDS unter bestimmten Bedingungen vorhanden waren. Eventuell hätte dies auch auf der organisationspolitischen Ebene, i.S. der Erweiterung der PDS, fortge-

hatte wieder verbessern können. Mit politischen Themen und Positionen konnte die PDS kaum in die Öffentlichkeit kommen. Nach dem Rücktritt von Gysi entstand von der PDS ein unklares Bild, es zeigte sich, daß ein politisches Profil der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden konnte. Hinzu kam verstärkend, daß Meinungsverschiedenheiten und innerparteiliche Querelen öffentlich wurden und damit das häßliche Bild der »SED-Nachfolgepartei« wieder stärker Nahrung erhielt. Wenn das richtig ist, dann bedeutet es, das die PDS vor allem an ihrer politischen Kultur arbeiten muß.« Wittich, 2002, S. 1074; »Zum Rückgang der PDS-Sympathien hat offenkundig der Rückzug von Gregor Gysi aus der Politik beigetragen. Gysi war für die Menschen in Ostdeutschland ein Sprachrohr, das ihre Interessen artikuliert. Und auf einen Teil der Intellektuellen in Westdeutschland übte er, nicht aber die Partei, eine gewisse Faszination aus. Ohne Gysi verfügt die PDS nicht mehr über ein entsprechendes personales Symbol.« Güllner, 2003, S. 9

166 In einer von der Konrad Adenauer Stiftung veröffentlichten Einschätzung, wird neben internen Gründen formuliert: »Zu den zentralen Ursachen für die Abkehr von der PDS gehörten Schröders medien- und öffentlichkeitswirksamen Auftritte an den Deichen, ..., das spannende Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU/ CSU und SPD sowie Schröders populistische Positionierung in der Irakdebatte. Die politische Großwetterlage verdrängte kampagnefähige Themen der PDS ... Mit anderen Worten: Die Partei Gysis und Biskys scheiterte 2002 mehr an konjunkturellen, weniger aus strukturellen Gründen.« Bergsdorf, 2004, S.59; Bereits im Jahr 2000 hatte André Brie nach dem ersten Gysi-Rückzug analysiert, das würde »die Mobilisierungsfähigkeit der PDS gegenüber einem Viertel oder sogar Drittel des Wählerpotentials wesentlich beeinflussen.« Brie, A., 2000, S. 2

167 3,3 % entsprachen 14.500 Stimmen, 2,3 % bei der Bundestagswahl 22.500 Stimmen; Die PDS hatte, wie alle Parteien Mobilisierungsprobleme bei der Europawahl und verlor 8.000 Stimmen an den Nichtwählerbereich. Die 4000 Stimmen von der GAL erhalten deshalb ein noch größeres Gewicht.

168 Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.), 2001, S. 16



setzt werden können. Diese Chancen wurden aber letztendlich aufgrund der konkreten Verfaßtheit des PDS Landesverbandes nicht genutzt.

Bei der Europawahl 2004 konnten die Stimmenzuwächse im Westen die Stimmenverluste im Osten im Wesentlichen kompensieren. War der Osten bei der Bundestagswahl 2002 für die Niederlage verantwortlich, so hat er bei dieser Wahl erst den Erfolg ermöglicht. Damit soll die Bedeutung des Westens nicht unterschätzt werden. »Ohne die Stimmenzuwächse im Westen, wäre der PDS-Erfolg nicht möglich gewesen. Dies beweist: Eine dauerhafte Zukunft der PDS wird es nur durch signifikante Stimmenzuwächse im Westen geben.«<sup>169</sup>

Im Westen ist es erstmals zu einem signifikanten prozentualen Anstieg gekommen, der entscheidend dazu beigetragen hat, daß die absolute Wähleranzahl für die PDS trotz gesunkener Wahlbeteiligung bundesweit leicht angestiegen ist. Neben den abgewanderten ehemaligen DDR-Bürgern<sup>170</sup> resultiert dieses Ergebnis in erster Linie aus der Gruppe enttäuschter früherer Wähler der SPD. Dafür spricht neben der Wählerwanderung von der SPD zur PDS in Westdeutschland in Höhe von 80.000 Wählern auch die weitgehende Kongruenz zwischen überdurchschnittlichen Zuwächsen der PDS und westdeutschen SPD-Hochburgen (der durchschnittliche Gewinn der PDS in jenen Regionen, in denen die SPD stark war, betrug bei der Europawahl 2004 gegenüber 1999 0,8 Prozentpunkte; in Duisburg sogar 2,0, in Oberhausen 1,8, in Herne 1,4, in Gelsenkirchen 1,3). Nicht erfaßt wird in den Analysen das Wahlverhalten von Migranten, die jedoch gerade im Ruhrgebiet stark vertreten sind<sup>171</sup>.

## **Kommunal- und Landtagswahlen**

### *Kommunalwahlen*

Bereits in der Mitgliederbefragung erhielt der Aspekt »Verankerung in Kommunalparlamenten« mit über 90 % die höchsten Zustimmungswerte bei der Frage nach den Feldern politischer Gestaltung. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Mehrheit der westdeutschen Akteure der PDS in der Frage übereinstimmen, daß kommunale Verankerung ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der PDS ist. Insofern sind seit Mitte der 90er in den meisten westdeutschen Landesverbänden erhebliche Anstrengungen unternommen

169 Hoff, 2004, S. 8

170 »Da die große Abwanderung von in der DDR geprägten Menschen nach Westdeutschland sich deutlich abgeflacht hat (bei der gegenwärtigen Abwanderung aus Ostdeutschland handelt es sich primär um junge, nach 1990 sozialisierte und politisierte Menschen), ist der Zuwachs in Westdeutschland offensichtlich auch nicht wesentlich auf Ex-DDR-Bürgerinnen und -Bürger zurückzuführen. Untersuchungen zu ihrem Wahlverhalten liegen nicht vor, so daß hier nur hypothetisch angenommen werden kann, daß zum einen der westdeutsche Zuwachs von 1990 bis 1998/99 sicherlich zu etwa einem Drittel auf diese Gruppe zurückzuführen ist.« Brie, A., 2004a, S.2

171 Brie, A., 2004a, S.2

worden, in Kommunalparlamente einzuziehen. Wie gezeigt werden kann, nicht ohne zunehmenden Erfolg.

Bei den Kommunalwahlen in Bayern im März 1996, bei denen die PDS in einigen Städten schwerpunktmäßig angetreten war, wird kein Mandat erreicht. In Nürnberg verfehlt die »PDS/Linke Internationale Liste« nur knapp den Einzug in den Stadtrat. Die erste PDS-Fraktion in Westdeutschland bildet sich in der Stadt Heimbach (NRW) durch den Übertritt zweier Abgeordneter am 31.5.1996 von den Grünen zur PDS<sup>172</sup>.

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 15.9.1996<sup>173</sup> erreicht die PDS Mandate in den Stadträten von Hannover und Oldenburg sowie dem Landkreis Göttingen. Im Göttinger Stadtrat wird der Sitz eines linken Bündnisses mit PDS-Beteiligung verteidigt, ferner trat im Oktober 1999 ein Abgeordneter im Kreistag Aurich zur PDS über.

Die Kommunalwahlen in Hessen<sup>174</sup> am 2. 3.1997 erreicht die erstmals kandidierende PDS in Marburg 6,2 % und damit 4 Mandate im Stadtrat. Damit gelang es ihr zum ersten Mal in Westdeutschland aus eigener Kraft in Fraktionsstärke in einen Stadtrat einer kreisfreien Stadt einzuziehen.<sup>175</sup> Bei den Kommunalwahlen am 18.3.2001<sup>176</sup> konnte die PDS in die Kommunalvertretungen aller Städte und Kreise, in denen sie angetreten war, einziehen.<sup>177</sup> Dabei wuchs die Zahl der Mandate auf insgesamt 20 Mandate. In Marburg an der Lahn wurde die seit 1997 bestehende vierköpfige Fraktion »PDS/Marburger Linke« mit 6,4 % bestätigt. Der PDS-Vertreter Nico Biver wurde zum ehrenamtlichen Magistratsmitglied gewählt – bislang einmalig in Westdeutschland. Die bisherige PDS-Fraktionsvorsitzende Eva Gottschaldt wurde eine von fünf Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung.

Bei den Kommunalwahlen am 24.10.1999<sup>178</sup> trat die PDS in Baden-Württemberg erstmals an. Es wurden insgesamt 8 Mandate erreicht. Die Tübinger Linke/PDS erzielte 6,9 % der Stimmen und Fraktionsstatus. In den anderen Großstädten, wo die PDS an der Kommunalwahl teilnahm, erzielte sie im

172 vgl. Autorenkollektiv, 1998, S. 374

173 Kreistag Aurich(1), Kreistag Göttingen(1), Stadtrat Landeshauptstadt Hannover(1), Stadtrat Oldenburg(1)

174 Es wurde nur in ausgewählten Städten kandidiert. Ergebnisse: Frankfurt/Main 1,6 Prozent, Umlandkreis Frankfurt 2 Prozent, Offenbach 2,3 Prozent, Gießen 1,7 Prozent, Fulda 1,3 Prozent, Kassel 1,4 Prozent

175 vgl. PDS Marburg-Biedenkopf, 1997

176 Kreistage Groß-Gerau (1 PDS/Offene Liste; 1,8 %), Main-Kinzing-Kreis (1 PDS; 0,9 %), Marburg-Biedenkopf (2 PDS; 2,43 %), Stadtverordnetenversammlungen Darmstadt (1 PDS-DKP-Offene Liste; 1,3 %) Frankfurt a.M. (2 PDS; 2,3 %), Kassel (2 PDS/Kasseler Linke; 3,2 %), Offenbach (2 PDS; 2,8 %), In Wiesbaden erreichte eine Linke Liste, die unabhängig von der PDS, aber mit ihrer Unterstützung kandidierte, 1,7 % (1 Sitz)

177 vgl. Prella, 2001

178 Kreistag Tübingen (1 Tübinger Linke/PDS), Gemeinderat Heidelberg (1 Linke Liste/PDS, 2,3 %), Karlsruhe (1 Offene Liste, 2,1 %), Konstanz (1 PDS/Linke Liste, 2,4 %), Landeshauptstadt Stuttgart (1 PDS/Offene Liste, 1,5 %), Tübingen (3 Tübinger Linke/PDS)

Vergleich zur Bundestags- und zur Europawahl überproportionale Ergebnisse.

Nach vier Übertritten zur PDS in der vorangegangenen Wahlperiode wurden in Nordrhein-Westfalen am 12.9.1999<sup>179</sup> mit landesweit 0,8 Prozent der Stimmen insgesamt 54 kommunale Mandate errungen, davon 12 in kreisfreien Städten. In den kreisfreien Städten Herne, Oberhausen und Wuppertal wurden mehr als 3 % erzielt, in Duisburg (4,2 %) der Fraktionsstatus erreicht. Aufgrund dieses Wahlergebnisses erhielt die PDS bei der Wahl der Landschaftsversammlung Rheinland durch die beteiligten Kreistage und Räte der kreisfreien Städte einen Sitz. Zudem trat inzwischen ein Mitglied des Rates der Stadt Löhne, Krs. Herford, mit seinem Mandat zur PDS über. Damit verfügte die PDS in NRW über 56 Mandate, davon 30 in Stadt- und Landkreisen. Zum 1. Januar 2000 trat Klaus H. Jann, Vorsitzender der Wählervereinigung »Demokratische Liste Wülfrath« (DLW) in die PDS ein. Die DLW war mit vier Sitzen in den Rat der Stadt Wülfrath (Kreis Mettmann) gewählt worden.

Bei der Kommunalwahl 2004 in NRW konnten 34 Mandate in 15 kreisfreien Städten gewonnen werden. Auch in den Kreisen sowie den kreisangehörigen Städten, in denen sie kandidierte, konnte die PDS nahezu überall zulegen. Zusätzlich hat sie in sehr viel mehr Bezirksvertretungen vertreten. Insgesamt hat sich die Zahl der PDS- bzw. PDS-nahen Mandate (bisher 55) mehr als verdoppelt. Mit der Wahl konnte die PDS in NRW ca. 120 Sitze in kommunalen Gremien einnehmen.

Nimmt man die kreisfreien Städte und die Kreise zusammen, in denen die Partei tatsächlich kandidierte, kommt die PDS auf ein Ergebnis von 2,9 %. Auf das ganze Bundesland bezogen eine spürbare Verbreiterung des Einflusses. Spitzenergebnisse erreichte die PDS bzw. die Offenen Listen der PDS in Oberhausen mit 6 % (Verdopplung der Wählerstimmen) und in Duisburg mit 5,2 %<sup>180</sup>. Die von der PDS unterstützte Demokratische Linke Wülfrath steigerte sich um fünf Prozent auf 16,8 %. Zwei Bürgermeisterkandidaten der PDS erzielten Ergebnisse über 6 %. (Neuss, Velbert). Von besonderer Bedeutung ist, daß die PDS/Offene Liste in sechs Städten und in einem Kreistag Fraktionsstatus erlangt hat (Bochum, Düren, Duisburg, Moers, Oberhausen, Wuppertal, Kreistag Düren). 1999 war dies nur in Duisburg der Fall. Werden Löhne und Wülfrath hinzugezählt, sind es neun linke Fraktionen, die jetzt in den Räten ihre Arbeit aufnehmen.

179 Landschaftsversammlung Rheinland (1); Kreistage Aachen, Düren, Neuss, Recklinghausen, Unna (je 1); Stadträte Aachen (1), Bielefeld (2), Bonn (1), Dortmund (1 Linkes Bündnis Dortmund), Duisburg (3), Düren (1), Düsseldorf (2), Essen (2), Gelsenkirchen (2), Herne (2), Köln (2), Münster (1), Neuss (1), Oberhausen (2), Wuppertal (2)

180 Aber auch die Resultate in Bochum (3,4%), Dortmund (2,8%), Düsseldorf (2,9%), Essen (3,1%), Gelsenkirchen (3,2%), Hagen (2,6%), Herne (3,4%), Köln (3,0%), Wuppertal (3,6%), im Kreis Düren (2,9%), im Kreis Recklinghausen (3,5%), im Kreis Unna (3,4%), in Marl (3,4%), in Moers (3,6%), in Velbert (4,3 %), können sich sehen lassen.

Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg 2004 konnten in Stuttgart, Konstanz, Karlsruhe und Tübingen Mandate gehalten oder hinzugewonnen werden. In Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Waiblingen war die PDS am Erfolg von Bündnislisten beteiligt.

Im Mai 2002 gelang der PDS in München<sup>181</sup> mit einer offenen Liste der Einzug in den Stadtrat mit einem Mandat. Neben Stadtrats- und Kreistagsmandaten wurden in den Bundesländern zahlreiche Mandate in Gemeinden und kreisangehörigen Städten erreicht.<sup>182</sup>

Der Umstand, daß es der PDS in ihren Kommunal Schwerpunkten gelungen ist, ihre Wahlergebnisse bei nachfolgenden Wahlen in der Regel zu verbessern und ihre parlamentarische Präsenz auszubauen, zählt sicherlich zu den Erfolgen der PDS-Entwicklung in den westdeutschen Bundesländern. In den Kommunen sind die Parteigliederungen und ihre Wahlkämpfer weitgehend auf sich gestellt und anders als bei Bundestagswahlkämpfen spielt die mediale Präsenz der PDS-Sympathieträger kaum eine Rolle. Die Ergebnisse sind unmittelbar vom Wirken vor Ort und von der Nützlichkeit der kommunalen PDS-Mandats-träger für ihre Wähler abhängig.

### *Landtagswahlen*

Landtagswahlen sind das undankbarste Feld der politischen Tätigkeit der PDS in den westdeutschen Bundesländern. Bei Kommunalwahlen und auch bei Bundestags- bzw. Europawahlen erfüllte die PDS eine Funktion für ihre Wähler. Die PDS wurde in den westdeutschen Bundesländern in ihrer randständigen Existenz – gerade in der Parteienkonkurrenz zu den Grünen – bestenfalls aufgrund ihres bundespolitischen Gewichts ernstgenommen. Dies gilt nicht nur für politische Gegner und Konkurrenten sondern auch für potentielle Partner in Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen sowie die potentiellen Wähler. Die Landtags- und Bürgerschaftskandidaturen, die absehbar ohne Aussicht auf Erfolg und mit Ergebnissen im Null-Komma-Bereich betrieben wurden, verstärkten das Verliererimage der PDS im Westen.

Problematisch ist die dürftige Programmatik, die sich auf »linke Nischen-themen« konzentriert. Ihre Besetzung ist für eine sozialistisch-demokratische Partei notwendig und berechtigt, dennoch sind sie nur begrenzt wahlrelevant.

181 PDS-Kreisverband München, 2004

182 Bayern: Marktgemeinderat Marktkeugast (Krs. Kulmbach) (1 PDS); Bei den Wahlen am 6.6.1999 kam die PDS mit 3,13 Prozent nicht in die Bremische Bürgerschaft, konnte aber in den Beiräten von Stadt- und Ortsteilen ihre Mandate von 5 im Jahr 1995 auf 8 Mandate erhöhen. PDS-Hochburgen sind die Stadtteile Östliche Vorstadt (8,9 %) und Mitte (8,4 %), Bremen-Findorff, Bremen-Hemelingen, Bremen-Mitte, Bremen-Neustadt, Bremen-Schwachhausen, Bremen-Walle (je 1), Bremen-Östliche Vorstadt (2); Hessen: in 3 Ortsbeiräte in Frankfurt (je 1); Niedersachsen: Gemeinderat Amt Neuhaus (2), Bezirksrat Hannover-Linden (1); NRW: 20 Bezirksvertretungen; Die in der vorangegangenen Wahlperiode durch Übertritt von Mandatsträger/innen zur PDS zustande gekommenen vier Sitze in den kreisangehörigen NRW-Städten Heimbach/Eifel und Stolberg/Rheinland konnten 1999 nicht verteidigt werden.

Die bloße Addition von Minderheiten ergibt noch keine Mehrheit. Sie sind wichtig für die eigene »linke« Identität der PDS und spielen für die Mobilisierungsmöglichkeiten im linken Milieu eine Rolle. Dennoch füllt die PDS damit bestenfalls eine subkulturelle Nische. Es ist schon notwendig, die sozialen Fragen und die landespolitischen Kernthemen, die auch in der Mehrheitsgesellschaft diskutiert werden, in den Mittelpunkt eigener Thematik und Wahlkämpfe zu stellen. Allerdings müssen eigene, sozialistische Akzente in den Lösungsvarianten gesetzt werden. Die Fragen, wie, mit wem und in wessen Interesse Lösungen gesucht und durchgesetzt werden können, muß konkret beantwortet werden. Gerade auf den Feldern der spezifisch landespolitischen Themen war es schwierig, sich gegen die fachlich kompetentere Konkurrenz von SPD und Grünen durchzusetzen. Aber durch Vermeidung und Leerstellen in der Wahlprogrammatik wird das Problem eigener Kompetenzmängel nicht gelöst werden. Zu einer sich selbst ernst nehmenden Kandidatur gehört auch ein entsprechend kompetentes, bekanntes und verlässliches Personal. Obwohl es engagierte Mitglieder der PDS gibt, die diese Kriterien erfüllen, ist die Schwierigkeit der PDS im Westen auf diesem Feld unübersehbar.

Kritisch ist in der PDS Entwicklung auch zu sehen, daß zeitliche und Umweltbedingungen von Landtagskandidaturen in einigen Fällen wenig Berücksichtigung bei den Akteuren fanden. So ist die Frage zu stellen, warum die garantierte Niederlage bei einer Landtagswahl im Vorfeld einer Bundestagswahl in Kauf genommen bzw. wissentlich herbeigeführt wurde<sup>184</sup>. Hier läßt sich entweder ein Mangel an strategischem Weitblick vermuten; oder die Wahlbeteiligung wurde lediglich aus innerpartlich-taktischen Motiven durchgeführt.

Schwierige Voraussetzungen für Erfolge gründen auch darin, wenn den Kandidaturen keine Ernsthaftigkeit<sup>185</sup> zugesprochen wird. So ist beispielsweise bei der Kandidatur »unter dem Mantel Regenbogen« in Hamburg 2004 mit Kandidaten aus Regenbogen, PDS, DKP usw., nur aufgrund des äußeren Terindrucks der vorgezogenen Bürgerschaftswahlen ein Wahlbündnis zustande gekommen. Eine kontinuierliche, parlamentsbegleitende und -kritisierende Arbeit, mit eigenen landespolitischen Alternativen, hat weder vor, noch nach der Wahl stattgefunden. Warum sollen Wähler eine Liste wählen, die kurz vor der Wahl entsteht und absehbar nach der Wahl aufhört zu existieren? Warum sollen Wähler eine Liste mit Kandidaten<sup>186</sup> wählen, die im günstigsten Fall be-

183 vgl. Neu, 2004, S. 55

184 Die Bürgerschaftswahlbeteiligungen in Hamburg 1997 und 2001 lagen jeweils ein Jahr vor den Bundestagswahlen. Sie wurden häufig als bundespolitischer Stimmungstest gewertet.

185 »Dies drückt die massive politische und inhaltliche Schwäche der linken Opposition aus. Die Kandidatur von linken Grünen, PDS, DKP u.a. unter dem Dach des Regenbogens war von vornherein als narzißtische Veranstaltung anlegt, folglich konnte dieses Bündnis nicht einmal den Stimmenanteil aus dem Jahr 2001 (14.247) verteidigen, sondern mußte sich mit 9.221 WählerInnen zufrieden geben.« Redaktion Sozialismus, 2004, »Hamburg: Wiederherstellung des bürgerlichen Scheins« 1.3.2004, zit. nach: <http://www.sozialismus.de/socialist/>

wegungsorientiert, jedoch zum guten Teil der Vorstellung anhängen, das Parlament sein lediglich Tribüne der Agitation?

Schon bei den Landtagswahlbeteiligungen in Bremen (1995) und NRW (1999) wurde es auch zum Problem der PDS, daß es rechnerisch rot-grüne Mehrheiten geben könnte, zu deren Lasten nicht die Stimme an das Experiment der PDS-Wahl vergeben wurde. 1998 gelang es bei der Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, weil die Wechselstimmung zugunsten des rotgrünen Regierungswechsels sehr stark ausgeprägt war. Die PDS war gewissermaßen Teil des angestrebten Politikwechsels nach links. Im Unterschied hierzu wurden ihr im Jahr 2002, bei deutlich geringerer Zustimmung zur Fortsetzung des rotgrünen Regierungsprojektes, der harte Lagerwahlkampf, und die Unmöglichkeit angemessen darauf zu reagieren, auch auf Bundesebene zum Verhängnis.

Nach dem respektablen Ergebnis von 2,7 Prozentpunkten bei der Bundestagswahl 1994 machte sich die PDS Hoffnungen auf die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bremer Bürgerschaftswahl im Herbst 1995. Bremen wäre damit der Beleg für die Westtauglichkeit der PDS, das »Sprungbrett nach Westen«<sup>187</sup> gewesen. Nachdem Platzen der Ampelkoalition zwischen SPD, FDP und Grünen wurde der Wahltermin in den Mai vorgezogen. Die Planungen mußten abgekürzt werden, die Chancen verschlechterten sich. Der Sog von »Rot-Grün« tat sein Übriges. Dennoch wurde mit massiver Unterstützung der Bundespartei ein öffentlichkeitswirksamer und professioneller Wahlkampf geführt. Das urbane und relativ große linke Milieu sprachen für diesen Versuch. Letztlich scheiterte das Unternehmen mit 2,37 Prozentpunkten deutlich und enttäuschend.<sup>188</sup>

Die Wahlergebnisse im Saarland (siehe Tabelle 8) zeigen, daß es auch in einem Flächenland möglich war, die Wahlergebnisse für die PDS über die Bundestagswahl 2002 hinaus zu steigern. Im Sommer und Frühherbst 2004 gab es einen Zusammenhang zwischen den bundesweiten Protesten gegen Hartz IV sowie den Montagsdemonstrationen im Osten der Republik und den höchsten Umfragewerte in der Geschichte der PDS, Ost wie West. Dieser Zusammenhang muß auch bei der Bewertung der Saarländischen Landtagswahl im September 2004 berücksichtigt werden. Es ist ansatzweise gelungen, den erhöhten Zuspruch im Sommer/Herbst 2004 für die PDS in Stimmen umzusetzen.

186 Diese Kritik bezieht sich hier ausdrücklich nicht auf die parlamentarisch orientierten und erfahrenen ehemaligen Regenbogen-Abgeordneten

187 »Links, deutsch, skurril« in: Die ZEIT v. 7.5.1995

188 vgl. Erklärung des Bundesvorstandes der PDS v. 15.5.1995

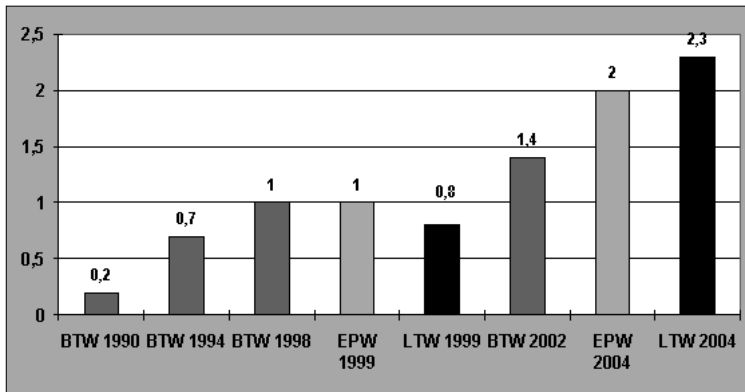


Tabelle 8: Wahlergebnisse im Saarland

### Sonderfall Hamburg

Ein Sonderfall in der Wahlpolitik der PDS Landesverbände bildete der Landesverband Hamburg allein schon deshalb, weil Hamburg das einzige Bundesland ist, in dem die PDS sich an jeder Bürgerschaftswahl seit 1990 beteiligte. Nachdem bereits 1991 die Bürgerschaftswahlbeteiligung ein mageres Ergebnis von 0,5 Prozentpunkten erbracht hatte, beschloß die Hamburger Landesversammlung im Juli 1993 – entgegen allen Bemühungen sie davon abzuhalten – dennoch auf der Liste des Wahlbündnisses »Linke Alternative – wehrt Euch!« gemeinsam mit DKP, BWK, MLPD, Alternativer Liste, u.a. anzutreten. Als Credo des Bündnisses wurde formuliert: »Wir kandidieren gemeinsam zur Bürgerschaftswahl, weil wir konsequent gegen die gegenwärtige gesellschaftliche Situation Stellung beziehen. ... Wir akzeptieren keine kapitalistische Sachzwanglogik.«<sup>189</sup> Nach dem katastrophalen Ergebnis von 0,5 % der Stimmen weist der Parteivorstand nochmals »darauf hin, die Interessen der Gesamtpartei auch bei Kommunal- und Landtagswahlen nicht zu negieren.«<sup>190</sup> Die Härte der Auseinandersetzungen<sup>191</sup> innerhalb des Landesverbandes bildeten bereits die Grundlagen für die spätere faktische Spaltung des Landesverbandes.

Bei den Bürgerschaftswahlen 1997 wurde von der den Landesvorstand majorisierenden »Gruppe links« die erneute Kandidatur durchgesetzt<sup>192</sup>. Diese

189 Vorstand der Linken Alternative – Wehrt Euch, 1998, S. 1

190 zit. nach Autorenkollektiv, 1994, S. 164

191 vgl. Andreas Grünwald »Es hat sich gelohnt« und Christiane Reymann »Linke Alternative – ein sich selbst genügendes Wahlbündnis« beide in: Informationsdienst PDS/Linke Liste v. 8.10.1993

192 Auf der Landesversammlung am 22.3.97 wurde der Antrag, nicht zur Wahl anzutreten, mit 26:23:3 Stimmen abgelehnt. Exakt die Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten war nicht für eine Kandidatur zu gewinnen.

Haltung – so gravierende Fragen wie die der Wahlbeteiligung – als Mittel der internen Machtkonsolidierung einzusetzen, führte zur vertieften Spaltung des Landesverbandes<sup>193</sup>. Das Wahlergebnis von 0,7 Prozentpunkten sprach für sich und bestätigte die Kandidaturgegner. Der Landesverband als Ganzes hatte keine ausreichende landespolitische Kompetenz, keine ausreichenden Bündnisbeziehungen und auch kein entsprechendes Personal, das glaubwürdig eine wahlpolitische Alternative hätte bilden können.

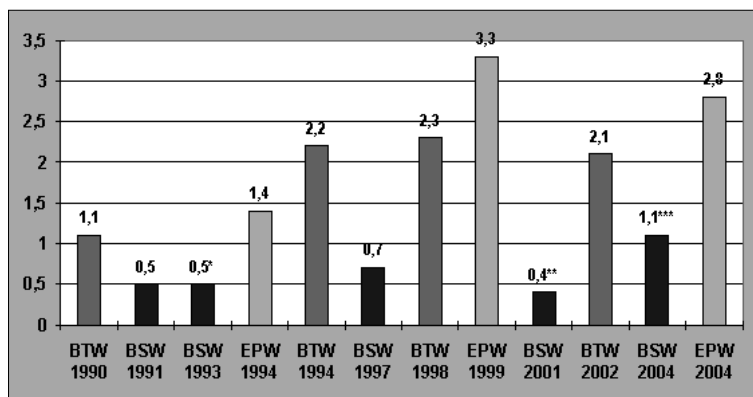


Tabelle 9: Wahlergebnisse in Hamburg<sup>194</sup>

Bei der Bürgerschaftswahl 2001<sup>195</sup> folgte der Tragödie Dritter Teil, indem der faktisch gesplante Landesverband einerseits eine PDS Eigenkandidatur durchführte (Ergebnis 0,4 Prozentpunkte) und sich andererseits PDS-Mitglieder an der Liste Regenbogen<sup>196</sup> beteiligten. In diesem Wahlkampf engagierte sich Gregor Gysi für die Regenbogen-Kandidatur<sup>197</sup>.

Die Differenzen zwischen den Ergebnissen der bundes- und landesweiten Wahlen (siehe Tabelle 9) in Hamburg belegen, welchen negativen Einfluss Avantgardismus und die Arroganz gegenüber den Wählern haben können. Das, was Lothar Bisky als »Wahlkampf pour le Wahlkampf«<sup>198</sup> bezeichnete,

193 vgl. »Die Glaubensgenossen. Kakerlaken? Die Folgen des Kapitalismus. Kritik? Dann gibt es eben erst mal keinen Parteitag. Wenn aus einem Landesverband eine Sekte wird« in: die tageszeitung v. 4.5.2000

194 Erläuterung zu den Wahlergebnissen: \* Bürgerschaftswahl 1993: Die PDS kandidierte in dem Parteienbündnis »Linke Alternative – wehrt Euch!«; \*\* Bürgerschaftswahl 2001: In der PDS hatte der Mehrheitsflügel eine Kandidatur als PDS beschlossen, der Minderheitsflügel beteiligte sich an der Kandidatur des Liste »Regenbogen – für eine neue Linke« die 1,7 % erhielt; \*\*\* Die PDS hatte auf eine eigene Kandidatur zugunsten einer Beteiligung an einem Wahlbündnis unter dem Namen »Regenbogen« verzichtet

195 vgl. »Hamburger Kuriosa« in: Freitag v. 24.8.2001

196 Zu den Bürgerschaftswahlen 2001 vgl. Bischoff/Meuche-Mäker/Schebesch/Windt, 2001, S. 18

197 vgl. »Gysi bei Regenbogen. Berliner PDS-Kandidat leistet Wahlkampfunterstützung« in: Hamburger Abendblatt v. 21.8.2001



hinterließ als Ergebnis die Zertrümmerung von Akzeptanz und vertiefte Selbstisolierung zurück. Dieses Ergebnis wirkt um so schwerer, als im Stadtstaat Hamburg die Chance auf Wählerzuspruch deutlich größer war, als in den (südlichen) Flächenländern.

## **Herausbildung der PDS-Identität und Wahlen**

Es gibt zahlreiche Hinweise dafür, daß Wahlzeiten nicht nur ganz allgemein Zeiten größer politischer Aufmerksamkeit sind, sondern daß sie auch auf PDS-Mitglieder im Westen mobilisierend wirken. Schon in der Mitgliederbefragung beantworteten 49 % von ihnen, daß sie »häufig« an Veranstaltungen im Wahlkampf teilnehmen, 31 % »gelegentlich«. Zugleich läßt sich feststellen, daß aktive Wahlbeteiligungen zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs in den betreffenden Gliederungen führen. Zumindest bei Beteiligungen an Kommunal- und Landtagswahlen trifft dies in der Regel auch bei negativen Wahlergebnissen zu. Aus den früheren Jahren läßt sich dies beispielsweise für Nürnberg sagen, die PDS konnte zumindest im Jahr nach dem knapp gescheiterten Einzug in den Stadtrat ihre Mitgliederzahl verdoppeln und eine positive Bilanz ihrer politischen Aktivitäten aufweisen. Auch der Landesverband Bremen konnte 1995, trotz Verfehlung des Bürgerschaftseinzuges seine Mitgliederzahl verdoppeln.

Insofern dürften die Kandidaturen in den westlichen Landesverbänden wichtige Bausteine bei der Herausbildung einer PDS-Identität gewesen sein. Mobilisierung der Akteure über die aktive Kerngruppe hinaus, Gewinnung neuer Mitglieder, Entwicklung programmatischer Standpunkte und Erprobung politischer Handlungsfähigkeit ließen sich nur bei Wahlteilnahmen herstellen. Hier gelang eine partielle öffentliche Wahrnehmung. Dies entspricht auch der Selbstwahrnehmung zahlreicher Akteure der PDS, die aus dieser Begründung Wahlteilnahmen als Mittel zur Parteientwicklung ansehen.<sup>200</sup> Wahlteilnahmen bilden gewissermaßen den Kern des politischen Daseins der PDS in den westlichen Bundesländern und stellen zugleich eines ihrer größten Problemfelder dar.

Inhaltliche und ideologische Auseinandersetzungen in Vorfeld und Durchführung der Wahlkampagnen wurden mancherorts entlang überlieferter Organisationszugehörigkeiten und Netzwerke geführt. Dies mag aus Sicht der handelnden Akteure verständlich gewesen sein, hat jedoch der Herausbil-

198 »Neuer Politikansatz geht nur, wenn sich alles links von der Mitte einig ist« in: unsere zeit v. 5.9.1997, Interview mit Lothar Bisky

199 Chrapa/Wittich, 2001, S. 6

200 vgl. das sog. ‚Papier der Landesvorsitzenden West‘: Diskussionspapier vom »West-Treffen« am 8. Juni in Frankfurt/M. (1997); vgl. Weichler, 1998; vgl. List, 2000

derung einer eigenen PDS-Identität geschadet. Für die Akteure in der PDS, wäre es notwendig gewesen, nicht in erste Linie auf die Betonung ihrer eigenen Identitäten zu achten, sondern auf einen linkspluralistischen Prozeß.

Einige Wahlteilnahmen bei Landtagswahlen waren sinnvoll für die Parteientwicklung, haben auch eine schrittweise Veränderung der öffentlichen Bedingungen befördert, konnten aber dennoch keinen Ersatz für die beharrliche politische Alltagsarbeit und die »Versuche ersetzen, mit anspruchsvollen politisch-intellektuellen Angeboten in die realen aktuellen geistigen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen in der westdeutschen Gesellschaft einzugreifen.«<sup>201</sup>

Abschließend sollte nicht vergessen werden, daß für die Frage des Erfolgs einer Partei nicht allein Wahlergebnisse ausschlaggebend sind. Deren Gewicht soll damit nicht gemindert werden, schließlich wird die öffentliche Wahrnehmung auch und gerade an diesen Ergebnissen festgemacht. Zudem stieg der Zuspruch in den westdeutschen Bundesländern nach den Wahlerfolgen bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 deutlich an. Entscheidender ist allerdings die Frage, wer die kulturell-ideologische Hegemonie ausüben kann. Hiervon ist die PDS insgesamt, selbst dort wo sie mitregiert, weit entfernt. Wie die gesamte demokratische Linke – aber dies gilt wohl auch für die Gewerkschaften – ist die PDS nicht imstande den Einfluß der neoliberal orientierten Parteien, Medien, Institutionen im Kampf um die Hegemonie zurückzudrängen.<sup>202</sup>

201 Brie, A., 2000b, S.407

202 vgl. Adolphi, 2005, S. 120

## Ursachen des scheinbaren Scheiterns

Die Qualität der heutigen Situation besteht auch darin, daß mit dem Abspalten eines relevanten Teils der SPD, seiner Formierung in der WASG und der Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit den fünfziger Jahren eine Kraft links der SPD auch im parlamentarischen Bereich zumindest in die Nähe der Fünf-Prozent-Marke gerückt ist. Wenn also vom scheinbaren Scheitern der PDS im Westen die Rede ist, darf nicht vergessen werden, daß bislang alle sich politisch links von der SPD verorteten Kräfte, die sich um substantielle Unterstützung in der Bevölkerung und um bundesweite parlamentarische Repräsentanz bemüht haben, ebenfalls gescheitert sind.<sup>203</sup> Das betrifft sowohl die traditionskommunistischen Parteien nebst ihren Wahlbündnissen<sup>204</sup> (KPD, DFU, ADF, DKP, Friedensliste)<sup>205</sup>, die kommunistischen Parteiprojekte der Intellektuellenbewegungen der 70er Jahre (sog. K-Gruppen etc.), die Demokratischen Sozialisten, die sich Anfang der 80er Jahre aus Protest gegen die Regierung Schmidt gründeten bis hin zu linksgrün-alternativen Projekten wie Regenbogen, die sich Ende der 90er von den Bündnisgrünen abspalteten.

Die PDS ist in ihrer Entwicklungsgeschichte durch die Herausbildung ungelöster innerer Probleme und »Asymmetrien« gekennzeichnet.<sup>206</sup> Eine davon ist, daß von den Mitgliedern nicht einmal zehn Prozent im Westen wirken, dort allerdings vier Fünftel der Gesamtbevölkerung leben. Die Wahlergebnisse bewegen sich durchschnittlich im Ein-Prozentbereich im Westen und im 20-Prozentbereich im Osten. Die Akzeptanz innerhalb der Mehrheitsgesellschaft ist minimal und die Durchsetzungschancen eigener Projekte und Forderungen sind verschwindend gering. Die Chancen zur Übernahme öffentlicher Ämter sind nicht der Rede wert. Berücksichtigt man nur diese drei Erfolgskriterien: Wählerstimmen (Votes), öffentliche Ämter (Offices) und politischer Einfluß (Policies), wäre die PDS im Westen – oder zumindest ihr bisheriges Konzept – augenfällig gescheitert.

Bei einer Gesamtwertung muß neben obigen Erfolgskriterien allerdings Dreierlei zusätzlich berücksichtigt werden:

- Die PDS ist, zumindest unter ihren bislang geltenden Prämissen, immer eine bundesweit agierende Partei gewesen – stark im Osten und schwach im Westen. Die PDS im Westen ist nie als selbständig und unabhängig existierender Teil der Gesamtpartei angesehen worden.

203 vgl. Scharenberg, 2005, S. 904

204 vgl. Boyer/Kössler, 2005

205 KPD = Kommunistische Partei Deutschlands, DFU = Deutsche Friedens-Union, ADF = Aktion Demokratischer Fortschritt, DKP = Deutsche Kommunistische Partei

206 vgl. Chrapa, 2003a, S. 603

- Das Engagement der Akteure war auch beim Ausbleiben der Erfolge nicht unsinnig. Sinn und der Drang nach Macht sind die zwei entscheidenden Motive für politisches Handeln<sup>207</sup>. Der Sinn politischen Handelns ist Motivation für außerparlamentarische Proteste, widerständische Praxen, Zweifel an herrschender Alternativlosigkeit, Solidarität und vieles mehr gewesen, ohne dem das Fundament, auf dem die heutigen Veränderungen entstehen können, noch viel schwächer sein würde.

- Ohne die Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesländern, hätte es in der Kürze der Zeit (vom 22.5. bis zum 18.9.2005) keine organisatorische Grundlage für die notwendigerweise rasche Konstruktion der Linkspartei.PDS – unter Einbeziehung von Kandidaten der WASG – gegeben. Ihre Existenz lieferte die organisationspolitischen Voraussetzungen dafür, daß das ordentliche Wahlergebnis der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl überhaupt erreicht werden konnte. Die PDS im Westen hat sich nicht organisationsegoistisch und ideologisch borniert verweigert, sondern ist offen gewesen für die neuen Entwicklungen in der demokratischen Linken.

Die PDS im Westen ist insofern nur scheinbar gescheitert. Und vielleicht ist es ein Ergebnis fünfzehnjähriger Entwicklung der PDS, das in seiner Tragweite weit über die bisherige Existenz der PDS hinausreicht: Das scheinbare Scheitern der PDS im Westen, als Chance zur notwendigen Transformation der demokratisch-sozialistischen Linken.

Wenn die erwünschten Erfolge überwiegend ausblieben, interessiert die Frage, worin die Ursachen dafür zu suchen sind. Offensichtlich ist ein aufeinander einwirkendes Ursachenbündel für das scheinbare Scheitern verantwortlich. Dabei ist zwischen externen Faktoren, die in der Regel kaum oder nicht beeinflussbar sind, und internen Faktoren, die zumindest teilweise durch Entscheidungen und Handlungen aus der Partei heraus beeinflussbar sind, zu unterscheiden.

Zu den externen Faktoren zählen die gesellschaftlichen Bedingungen des Umbruchs 1989/ 1990, die kulturelle Fremdheit der PDS in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft, die Wirksamkeit des Antikommunismus und die Krise der westdeutschen Linken. Als interne Faktoren werden Probleme der uneindeutigen politischen Orientierung der PDS, der mangelnden Strategiebildung und mangelnden Auseinandersetzung mit den konservativen Teilen der PDS-Mitgliedschaft gesehen.

207 »Doch der Sinn ist neben dem Drang nach Macht der primäre Treibstoff für den politischen Einsatz. Sinn ist die elementare Ressource für Engagement, Anstrengung, Leistung, Altruismus, Leidenschaft, Solidarität, Ehrgeiz, Kreativität.« Walter, 2005b

## Gesellschaftliche Umbrüche – Krise der Linken

Tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche, die die Lebens- und Produktionsweise in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften veränderten, wirkten sich auch auf die politische Sphäre aus. Diese Phase der krisenhaften Erosion der fordistischen Formation des Nachkriegskapitalismus trug wesentlich zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegungen, aber auch der eurokommunistischen und der Intellektuellenbewegung bei. Es war bei weitem nicht nur das realsozialistische System, daß in den Jahren 1989/1991 unterging. Auch die Idee des Sozialismus und der historische Versuch einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft waren diskreditiert.

Alle Gruppierungen der Linken, inklusive der reformistischen Linken und der Gewerkschaften, befanden sich in der Defensive. Die sog. neuen sozialen Bewegungen der 70er Jahre – und erst recht die traditionelle soziale Bewegung mit ihren Gewerkschaften – befanden sich im Abschwung. Andererseits sind linke Parteien in der Vergangenheit immer aus Bewegungen heraus entstanden. Das gilt selbstredend für die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert, als auch für die Grünen, die Anfang der 80er des 20. Jahrhunderts aus Ökologie-, Anti-AKW- und Friedensbewegung heraus entstanden. Auch die Intellektuellenbewegung mit ihren Parteigründungen der 70er Jahre war von der Studentenbewegung 1968 ff. geprägt.

In dieser Zeit löste sich die DDR auf und ihre Bürger schlossen sich der Bundesrepublik an. Dabei warfen sie zugleich die demokratischen Potentiale des Aufbruchs in der DDR über Bord. Die PDS befand sich wohl oder übel in der ungeliebten Bundesrepublik, wenngleich sie in keiner Weise angekommen war. Und sie war auf sich allein zurückgeworfen. Keine Partei kann aber eine neue Bewegung erschaffen. »Die PDS erscheint als Anachronismus ... weil keine der Bedingungen erfüllt war, die in den vergangenen Jahren der BRD die Herausbildung linker Organisationen befördert hatten.«<sup>208</sup> Anders ausgedrückt: Es gab keinen nennenswerten gesellschaftlichen Bedarf für eine PDS im Westen der alten Bundesrepublik.

Für nicht wenige führten die weitgehend gescheiterten Reformaufbrüche nach 1968 nicht nur zu einer nachhaltigen Desillusionierung gegenüber den potentiellen Chancen der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch zu prinzipieller Skepsis gegenüber neuen Parteiprojekten und sie begründeten zugleich ein hohes Maß an Leidensfähigkeit gegenüber Sozialdemokratie und Grünen.<sup>209</sup>

208 Gohde, 1996, S. 112

209 Gleichwohl soll überhaupt nicht in Abrede gestellt werden, daß trotz aller politischen Mutationen, die Bündnisgrünen von einem Teil des intellektuellen Milieus auch als linke Partei betrachtet werden.

## Kulturelle Fremdheit im großen Deutschland

Der Aufschwung der PDS seit dem Untergang der DDR war mit Sicherheit die sensationelle Erfolgsgeschichte des deutschen Parteiensystems in den neunziger Jahren. Eine der wesentlichen Ursachen bildet die Fremdheit der zwei deutschen kulturellen Milieus in Ost und West. Die Ignoranz des Westens gegenüber dem Osten, der rücksichtslose Export des eigenen Erfolgsmodells mit den katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen waren ursächlich mitverantwortlich für die elektoralen Erfolge der PDS in den neuen Bundesländern.

»Die PDS stand plötzlich nicht mehr am Rand der ostdeutschen Gesellschaft, sondern mittendrin. Natürlich war die Partei nicht mit Ostdeutschland identisch. Aber sie verkörperte wichtige Elemente des ostdeutschen Lebensgefühls: Sehnsucht nach Heimat, Nostalgie, Selbstbehauptung, Protest und, gerade bei Jüngeren, die Verachtung der westdeutsch geprägten Gesellschaft, die die 68er und die Grünen mit einschloß. Sie war die einzige Partei, die konsequent bis zur Rücksichtslosigkeit ostdeutsche Interessen vertrat. Sie war die einzige Partei, die nicht westdeutsch dominiert war.«<sup>210</sup>

Diese Vorzüge waren zugleich jedoch auch Ursache ihrer kulturellen Fremdheit in der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft. Im Selbstbild trägt die PDS das Positive der untergegangenen DDR weiter, im westdeutschen Fremdbild verkörpert sie als SED-Nachfolgepartei genau das Negative der zu Recht untergegangenen DDR. Sie vertrat eine Programmatik, die ostdeutsche Interessen in den Mittelpunkt stellte und sie wurde von Leuten geführt, die nicht zum westdeutschen Politikestablishment gehörten. Sie war in gewisser Weise doppelt fremd: »Doch noch immer wirkt die PDS im Westen eher wie eine ausländische Partei.«<sup>211</sup> Und sie gab ihren sozialistischen Anspruch nicht auf. Und das, obwohl es in der Bundesrepublik doch über Jahrzehnte kein größeres Bedürfnis für eine parlamentarisch vertretene Partei links der SPD gegeben hatte.

Die ursprüngliche Annahme, daß sich die sozialen, ökonomischen und kulturellen Ost-West-Differenzen zügig abschleifen würden, erfüllte sich nicht. Und je klarer dies wurde, desto stärker wurde die PDS in den ostdeutschen Bundesländern. »Die konsequente ostdeutsche Interessensvertretung wird im Westen aufgrund der politisch-kulturellen Entwicklung kaum als linkes Projekt verortet. ... Warum im Westen eine ostdeutsche Kopie aufbauen, wenn die Originale vor Ort einem zumindest kulturell näher sind?«<sup>212</sup> Wenn es stimmt, daß die Bedeutung der PDS im Westen wesentlich aus ihrer bundesweiten Rolle herrührte, dann bleibt als Kehrseite davon ihre Abhängigkeit von der

210 König, 2005, S. 282 f.

211 »Die PDS kommt im Westen nicht an« in: Der Tagesspiegel v. 17.5.2005, Interview mit Gregor Gysi

212 Gohde/Wolf, 1996a, S. 8

ostdeutsch geprägten PDS. Insofern ist es richtig, daß die PDS ihre Ost-Identität pflegte, ohne daß es ihr gelang, sich eine West-Identität zu verschaffen.<sup>213</sup> Die Alternative hierzu wäre allerdings auch keine »westdeutsche PDS«, sondern eher eine produktive Einheit ihrer beiden Teile gewesen.

### **Stigmatisierung, Diffamierung, Antikommunismus**

Die PDS wird als »extremistische« und mit kommunistischen und totalitären Einsprengseln belastete Partei gebrandmarkt und damit in vielfältiger Weise ausgegrenzt. Nachdem der bayrische Ministerpräsident Max Streibl im Mai 1991 das Verbot der PDS gefordert hatte, wurde zuerst in Bayern eine an die »Berufsverbote« erinnernde Praxis eingeführt.<sup>214</sup> Diese Praxis ist nicht in allen westdeutschen Bundesländern übernommen worden, dennoch spielt es eine Rolle, ob sich Menschen, zumal Berufstätige im Öffentlichen Dienst, in der PDS engagieren können. Im Oktober 1996 erklärt der damalige CSU-Vorsitzende Theo Weigel, die PDS sei »geistiger Nachfolger von Henkern und Menschenschindern« und erklärt, »mit Henkern paktiert man nicht.«<sup>215</sup> Welch Geistes Kind auch intellektuelle bundesdeutsche Konservative sein können, wird in dem FAZ-Kommentar deutlich, der bedauert, daß »nach der unvollendeten Revolution von 1989 gegen die Diktatur der SED in der damaligen DDR es versäumt worden ist, die Partei, die jene Diktatur geformt und getragen hatte, zu verbieten.«<sup>216</sup>

Die »Rote-Socken-Kampagne« der CDU in Ostdeutschland hat insbesondere im Wahlkampf 1994 dazu beigetragen, daß das der PDS verbundene Milieu eher zum schützenden Zusammenrücken und zur Solidarität mit der PDS veranlaßt wurde. Diesen Polarisierungsgewinnen entgegengesetzt war das Ergebnis in Westdeutschland. Hier entfalteten diese Maßnahmen ihre Wirkung. Obwohl seit dem Untergang des realen Sozialismus kein Bedarf an der Staatsdoktrin des Antikommunismus der frühen Jahre der Bundesrepublik bestand, verstärkte sie die Stigmatisierung der PDS als undemokratische und außerhalb des Verfassungsbogens stehende Partei. Der tief verwurzelte Antikommunismus hat seine bisherige Wirkungsmacht nicht gänzlich verloren.

Denkbar ist, daß die Angriffe gegen Gregor Gysi aufgrund der ihm unterstellten IM-Tätigkeit, kontraproduktiv im Sinne ihrer Verursacher gewesen sind. Mitte der 90er Jahre führte dies zu Sympathiebekundungen, auch von Prominenten aus Westdeutschland<sup>217</sup>. So erreichte Gysi 2001 »traumhafte Sym-

213 vgl. Strasdeit, 2005, S. 19

214 Bewerber für den bayrischen Staatsdienst müssen seit 1992 einen Fragebogen ausfüllen, auf dem die Mitgliedschaft in »extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen« angegeben werden muß. Hierunter fällt auch die PDS.

215 zit. nach: Autorenkollektiv, 1998, S. 422

216 zit. nach: »Endgültig beigesetzt« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.8.1996

pathiewerte, vor allem in Ostdeutschland – hier sagen 70 Prozent, Gysi sei ihnen sympathisch –, aber auch in Westdeutschland, vor allem bei Anhängern der SPD und der Grünen.«<sup>218</sup> Sympathie zugunsten Gysis spielte offensichtlich bei Wahlentscheidungen eine hervorragende Rolle, allerdings auch nach seinem Rücktritt als Berliner Wirtschaftssenator bei der Bundestagswahl 2002<sup>219</sup>.

Nach Gesprächen von Oskar Lafontaine mit Gregor Gysi im Jahr 1999 schrieb Günter Gaus: »Wie will er [Lafontaine – d.V.] den totalitären Antikommunismus überwinden: Eine fugenlose, abgekapselte, keine Relationen akzeptierende Weltanschauung, die, ich schrieb es schon, die deutsche Art des gegenwärtig weltweiten Fundamentalismus ist. Gegen eine solche Geisteshaltung ist kein Kraut gewachsen; sie ist von jeder Aufklärung gänzlich unberührt. Sie braucht für ihr Andauern so wenig Kommunisten, wie der Antisemitismus Juden braucht.«<sup>220</sup>

Die Wirkungsmächtigkeit des Antikommunismus reicht auch in der Gegenwart in die gesamte Gesellschaft hinein, beispielsweise auch in die Gewerkschaften. Es »bleibt das Problem, daß wir als PDS nicht der geborene Gesprächspartner der Gewerkschaften sind. ... Das erkläre ich mit dem tief-sitzenden Antikommunismus hierzulande. Selbst die DGB-Führung scheint gegenüber der größten Partei ostdeutscher Prägung abstinent zu sein. ... Und das setzt sich fort in Teilen des Gewerkschaftsapparates, in Unkenntnis dessen, was wir als PDS tun, wofür wir stehen. Das Vorurteil wird weiter gedacht.«<sup>221</sup>

Eine neue Variante der Diffamierung ist im Jahr 2004 im Zuge der Proteste gegen die Hartz-Gesetze verstärkt aufgetreten. Diffamierung deshalb, weil nicht der vorgeblich antikapitalistische Protest der Rechtsextremen und ihr Anhängen an die Protestaktionen problematisiert werden, sondern weil der PDS vorgehalten wird, gemeinsam Front mit Rechtsextremen von DVU und NPD zu machen. Nicht nur rechtskonservative Medien<sup>222</sup>, sondern auch im

217 Bspw. der Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1998 von Dieter Hildebrand, Inge Meysel u.v.a.m.

218 Noelle-Neumann, »Der Wolf im Schafspelz. Ein Portrait der Partei des Demokratischen Sozialismus – PDS« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25.7.2001

219 »Ich will gar nicht bestreiten, daß mein Rücktritt einen Anteil am schlechten Wahlergebnis der PDS ausgemacht hat.« zit. nach: »Mein Rücktritt hatte Anteil: Gregor Gysi über die Wahlniederlage der PDS« in: Der Tagesspiegel v. 23.9.2001, Interview mit Gregor Gysi; Mit dem Rücktritt Gysis, der das Projekt »PDS als moderne sozialistische Partei« verkörpert hatte, war die Frage aufgeworfen worden, was denn moderner Sozialismus sei; vgl. Wittich, »Ein langer Abschied« in: Neues Deutschland v. 25.9.2001

220 »Aberglaube. Lafontaine und die PDS« in: Freitag v. 5.3.1999

221 »Eine Flasche Rotkäppchen bei 1,5 Prozent« in: Neues Deutschland v. 19.5.2005, Interview mit Bodo Ramelow

222 Eine kleine Auswahl: »Die PDS, obszön wie immer« in: Die Welt v. 11.8.2004; »Hartz IV hilft nur PDS und DVU« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21.8.2004; »Was ist das für eine merkwürdige Allianz? PDS und DVU: Gemeinsam gegen Hartz IV« in: Berliner Zeitung v. 31.8.2004; Diese Haltung setzt die Diffamierung von Gysi anlässlich der Berliner Abgeordnetenhauswahlen von 2001 fort. Bspw. »Gysi ist der Schill des Ostens« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31.10.2001; »Gysi ist der am meisten überschätzte Politiker Deutschlands« zit. nach: »Die Stunde des Komödianten« in: Die ZEIT, Nr. 26/2001



Flaggschiff des liberalen Bürgertums wurde die Parole ausgegeben: »Gestern Saarland, morgen Sachsen: Bisky, Gysi, Lafontaine und die Rechten schüren die Ängste, von denen sie profitieren. ... 35 bis 40 Prozent könnten sich am 19. September in Brandenburg und Sachsen für die Anti-Hartz-Front aus PDS, NPD und DVU entscheiden.«<sup>223</sup>

Adressat ist weniger die Wählerschaft in den ostdeutschen Bundesländern, sondern die westdeutsche Leserschaft, Multiplikatoren, Intellektuelle und Eliten. In den ostdeutschen Ländern greift das Argument weniger, im Westen ist die Totalitarismusthese »Rot = Braun«, die Legende, Kommunisten und Nationalsozialisten hätten gemeinsam (!) die Weimarer Republik zerstört, zum ständig reproduzierten Allgemeingut geworden. Und die Behauptung, die PDS sei in Wirklichkeit nicht sozialistisch sondern national orientiert, zieht auch im jüngeren, links-alternativen Milieu.

### **Unattraktive PDS für abstinente Westlinke?**

Die PDS macht es den linken Milieus nicht leicht: Den einen (z.B. den Mehrheitsströmungen von SPD und Gewerkschaften) ist sie zu weit links, den anderen (z.B. linke Intellektuelle, Globalisierungskritiker, linke Gewerkschaftern) ist sie entweder zu Ost-lastig oder zu wenig rebellisch oder zu traditionell oder zu langweilig. Auf alle Fälle gibt es ausreichend Gründe, sich nicht mit der PDS einzulassen. Warum auch? Westdeutsche Linke würden, neben allen anderen Problemen, eine Vergangenheit und Kultur erben, die nicht die eigene ist.

Mehrfach hat Gysi darauf hingewiesen, daß ihm die Abstinenz der westdeutschen linken Intellektuellen und die hartnäckige Ablehnung durch linksliberale Intellektuelle<sup>224</sup> unverständlich geblieben ist. Auch Raschke vermerkt schon früh eine »intellektuell-geschmäckliche Herablassung gegenüber ... Déjà-vu sozialistisch-kommunistischer Reprisen, die man schon in den 70er Jahren hinter sich gebracht«<sup>225</sup> habe.

Die Zurückhaltung gegenüber der PDS<sup>226</sup> korrespondierte mit dem weitgehenden Desinteresse an den Vorgängen in der DDR. Wie im Kapitel über die

223 »Aufstand der Unanständigen« in: DIE ZEIT, Nr. 38/2004

224 vgl. König, 2005, S. 329

225 Raschke, 1994, S. 14 f.

226 »Daß das ‚Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus‘ von 1993 linkssozialdemokratisch ist, muß kein Schade sein. In der SPD gibt es Leute, die nach einer solchen Variante schielen. Außerdem steht nirgends geschrieben, daß es in einem Land nur eine sozialdemokratische Partei geben darf. Man kann nicht genug davon haben. Allerdings entdecken linke Sozialdemokraten immer wieder noch einen Grund, weshalb sie Scharping die Treue halten können. ... Außerdem vermag man letztlich doch mehr zu erreichen, wenn man in derselben Partei ist wie Hermann Rappe. ... Hier wiederholen sich die Erfahrungen, die Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen 1982 mit ihrem Versuch einer Parteigründung (Demokratische Sozialisten, DS) machen mußten.« Fülberth, 1995, S. 28

Entwicklungsgeschichte gezeigt wurde, war das Interesse gering und die Stimmung schlecht: Den einen ist ihr bisheriges revolutionär-utopisches Lebensgefühl abhanden gekommen, den anderen verschwand mit der DDR auch noch der sog. »dritte, unsichtbare Tarifpartner«, wieder andere bekamen unerwünscht ein großes Deutschland. Und all dies, weil die DDR sich auflöst, die Menschen »zur D-Mark hasten« und irgendwie ist da auch noch eine Partei, die das alles zwar nicht zu verantworten hat, aber doch als zuständig betrachtet wird.

Der Umbruch von 1989 verursachte auf der Seite der Unterlegenen – und die werden hier als wesentlich umfänglicher verstanden als Anhänger von SED und realem Sozialismus – politische Verhaltensweisen, die häufig nur im Abschwören oder in lernunfähiger Halsstarrigkeit bestanden. Genau hier hätte die PDS einen Ort bieten können, der nicht die Ausweglosigkeit dieser beiden Pole, sondern eine Neubefassung mit den theoretischen Grundlagen und einer Erneuerung einer radikalen Reformpolitik, angeboten hätte. Dazu war die PDS in den westlichen Bundesländern nicht in der Lage, wichtige Akteure auch nicht bereit. Andererseits standen viele linke Intellektuelle abseits, nutzten nicht die Chance, von der PDS »Partei zu ergreifen« und eben diese notwendigen Diskurse zu führen. Ursächlich hat dies nicht nur mit der Beschränktheit der PDS, sondern auch mit ihrer eigenen Krisenverarbeitung nach 1989 zu tun.

André Brie antwortete in einem Interview auf die Frage: »Es bleibt die Skepsis in der Westlinken, die Kultivierung einer vornehmen Zurückhaltung nach dem Motto: Nun turn uns mal was Schönes vor.« Brie: »Das Bild ist nicht schlecht. Die westdeutsche Linke muß auch aus der Zuschauerdemokratie gegenüber der PDS heraustreten. Ich bringe ja viel Verständnis auf: Mit Ausnahme der SympathisantInnen der DKP stand die Linke in Westdeutschland der DDR zu Recht kritisch gegenüber. Sie ist nicht so leicht zu überzeugen, daß ausgerechnet aus der Partei, die wirklich antiemanzipatorisch war, die sich den Umbrüchen in der Gesellschaft und in der Welt nicht zugewandt, sondern sich dagegen abgeschottet hat, die zutiefst dogmatisch war, auf kulturellem Gebiet hochgradig verspießert, daß ausgerechnet aus dieser Partei etwas Neues entsteht.«<sup>227</sup>

Ignoranz gegenüber dem Osten bzw. der PDS wird auch bei der Konrad Adenauer Stiftung wahrgenommen, auch wenn dort die Intentionen andere sind: »Die PDS ist ein Problem des Westens, weil dieser bisher nicht erkennen wollte, daß sie ein Problem des Westens ist. Die PDS ist ein Problem der Ignoranz des Westens, dessen Gesellschaft nach wie vor mehrheitlich in dem Glauben lebt, der Osten gehe sie nicht mehr an als die regelmäßige Steuerlei-

227 »Profilierung links von der SPD. Diskussion mit André Brie über Wahlerfolg und Chancen sozialistischer Politik gegenüber Rotgrün« in: Sozialismus, Nr. 11/1998

stung des Solidaritätsbeitrages. ... Die Frage nach den Gründen kann nicht ohne gründliche Selbsterforschung im Westen beantwortet werden – in Parteien, in den gesellschaftlichen Organisationen von Gewerkschaften bis Arbeitgeberverbänden ...«<sup>228</sup>

Wendet man den Blick von den nicht erreichten Adressaten zur PDS selbst, stellt sich die Frage nach den internen Ursachen dieser Unattraktivität der PDS im Westen.

Das 1993 beschlossene Parteiprogramm, daß fast zehn Jahre Gültigkeit hatte, war durchzogen von der »Perspektive des Zusammenbruchs, des Niedergangs und der Verfolgung ... es dient der Selbstbehauptung und -verteidigung. Seine entscheidende Schwäche liegt genau darin: Es kommuniziert ostdeutsche Erfahrungen, begründet für Ostdeutsche, wozu sie eine demokratisch-sozialistische Partei gebrauchen könnten, aber eben nicht für Westdeutsche.«<sup>229</sup> Das Programm war für die Gewinnung und Überzeugung von Menschen im Westen zumindest mangelhaft.

Kritisch ist die intellektuelle Ausstrahlung der PDS – insbesondere im Westen – auf die außerparlamentarische und intellektuelle Linke zu sehen. »Es hapert gewaltig an der Adaption und offenen Sichtung der Quellen und Instrumente, die uns zur Erarbeitung einer modernen sozialistischen Strategie zur Verfügung stehen. Weitgehend gibt es Nichtbefassung, zum anderen wird oft eben auch darauf verzichtet, die Quellen und Mittel offen zu legen. Es geht dabei um einen großen Umkreis theoretischer Grundlagen von, sagen wir, der Kritischen Theorie bis zu den modernen angelsächsischen Philosophen (Rawls).«

Obwohl die PDS die einzige auch parlamentarisch vertretene linke Partei ist, verfügt sie über keine Medien, vornehmlich Zeitschriften, die in der West-Linken<sup>230</sup> eine Rolle spielen. Die einflußreicheren linken Medien berichten sehr PDS-skeptisch. Die PDS hat es nirgendwo geschafft, Debatten zu initiieren und damit Bezugspunkt gesellschaftlicher Bewegungen zu sein.<sup>231</sup> »Es fehlende innerparteiliche Multiplikatoren« und es gibt »kaum bekannten West-Gesichter in der PDS«. Hinzu kommt die »mangelnde Widerständigkeit und eine gewisse Langweiligkeit der gesamten Partei« sowie »subjektive Defizite der handelnden Akteure im lokalen Zusammenhang, die, je kleiner die Gliederung ist, um so stärker ins Gewicht fallen«.

PDS Prominente sind natürlich ab Mitte der 90er auch in den Medien ausreichend zu Wort gekommen, aber freundliche Talkshow-Beiträge heben kurzfristig die Stimmung, können aber den »kulturellen Konservatismus«<sup>232</sup> der

228 Detjen, 2002, S. 60 f.

229 Kahrs, 2000, S. 6

230 Der Einfluß von Neues Deutschland und UTOPIE kreativ erstreckt sich überwiegend auf den Osten.

231 vgl. Dietmar Bartsch, »Strategieworkshop Forum Zweite Erneuerung 17./18.1.03« (Ms.)

232 Brie, A. zit. nach: »Nichts als ein Kampf gegen alte und neue Windmühlen?« in: Das Parlament, v. 27.9.1996

West-PDS nicht verdecken und reichen denen nicht aus, die von Sozialdemokratie oder ehemals linken Grünen enttäuscht sind und deshalb eine Partei suchen, die ihnen intellektuell-politisch attraktiv erscheint.

Aber es gibt auch viele »gute Gründe«, warum auch Menschen mit linksgrün-alternativen Einstellungen eher an einer rot-grünen Landesregierung interessiert sind, als der PDS ihre Proteststimme zu geben. Es sind nicht nur die kulturelle Fremdheit der PDS und die Unvollkommenheit ihrer westdeutschen Landesverbände. Häufig sind es auch diejenigen, die in von öffentlicher Förderung abhängigen Projekten, sozialen und kulturellen Einrichtungen tätig sind, und hoffen, daß Einsparungen und Mittelstreichungen bei Rot-Grün – aufgrund deren vermeintlich höherer Druckenfalligkeit – weniger gravierend ausfallen als bei CDU, CSU und FDP.

Die Meinung, das die PDS mit ihren Linken Listen deshalb eine große, positive Überraschung für die Westlinke gewesen sein soll, weil die vielen linkssektiererischen Glaubenskämpfe um die reine Lehre nun scheinbar der Vergangenheit angehört hätten, und diese plurale Zusammenführung Mitte der 90er aufzuhören begann<sup>233</sup>, kann so nicht geteilt werden. Wie im 2. Kapitel gezeigt wurde, war der positive Zuspruch von Anfang an flüchtig, bereits im Herbst 1990 waren viele Interessenten verschreckt und nur wenige Westlinke ließen sich auf die PDS ein. Der Zuspruch wurde Mitte bis Ende der 90er Jahre eher größer.

## Unklare Strategische Optionen der PDS

Die PDS ist nach außen nicht programmatisch kohärent aufgetreten. Die regionalen Unterschiede – die alle Parteien vorweisen – waren zumeist auch ideologische. So ist die PDS auch vom interessierten Publikum wahrgenommen worden<sup>234</sup>. Es ging aber nicht nur um reale oder vermeintliche Unterschiede zwischen den Landesverbänden. Als Ursache mangelnden Zuspruchs für die PDS kann sowohl ihre »unzureichende libertäre Orientierung«<sup>235</sup> und ihre Wahrnehmung als »traditionelle sozialdemokratische Partei mit starker und autoritärer Staatsfixierung (gelten, als) auch eine zu starke Annäherung an die SPD bzw. der Verdacht einer Anpassung mit dem Bestreben, schnell zu einer Regierungsbeteiligung zu kommen«<sup>236</sup>.

233 Crome, 2003, S.634

234 Eine Problematik, die in abgeschwächter Form auch für die PDS in den ostdeutschen Bundesländern gegolten hätte, wenn es nicht der reformorientierten Führungsgruppe der PDS über lange Jahre gelungen wäre, einen inhaltlich geschlossenen Eindruck von der PDS zu vermitteln. Ideologische Differenzen wurden von außen oftmals auf die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Plattform reduziert wahrgenommen. Ein Grund mehr, warum die Entwicklungsprobleme der PDS nach 1999 selten verstanden wurden.

235 Brie, 2003, S. 25

236 Brie, 2003, S. 25

In Ergebnissen der Akteursbefragung heißt es hierzu: »Die Krise der Staatsorientierung, die es im Osten gegeben hat und die zum Zusammenbruch des realen Sozialismus geführt hat, hat es auch im Westen gegeben (z.B. Neue-Heimat-Skandal). Das haben wir praktisch überhaupt nicht reflektiert, sondern sind von der Annahme ausgegangen, daß wir uns von den Abfallprodukten dieser Krise nähren und so wachsen können, eine eindeutige Fehlannahme.«

»Es wäre die Aufgabe der Westlinken gewesen, sich mit der europäischen Unionierung auseinander zu setzen. Die vorherrschende Fixierung auf den Nationalstaat hat uns aber den Blick für die Vorzüge, die eine europäische Zivilgesellschaft entwickeln kann, verstellt. Die durch die reale Entwicklung der europäischen Unionierung hervorgerufenen Fragen, an denen wir uns hätten abarbeiten müssen, um eine wirklich moderne Strategie zu entwickeln, sind im Großen und Ganzen ignoriert worden. Diese Fragen mußten aber aus historischen Gründen im Westen gelöst werden. Daß wir dem nicht gewachsen waren, fällt auf uns zurück.«

Neben diesen Ursachen liegt es immer noch daran, daß die »Tradition der PDS als Ostpartei, als Nachfolgepartei der SED, unser Ruf, zu unkritisch gegenüber der eigenen Geschichte zu sein«, nicht vollständig überwunden ist. Es gibt viele linke Menschen, denen diese Grundfrage, das Verhältnis zum Stalinismus, entscheidend für ihr Engagement ist. Sie betrachten die Pflege der »Traditionskompanien« in der PDS mit Unbehagen. Und es ist »insgesamt die Diskreditierung des »realen« Sozialismus«.

### *PDS als Sammlungsbewegung der Linken?*

Ein Konfliktfeld, das seit dem Entstehen der Linken Liste bzw. der PDS insbesondere in den ersten Jahren bestand, war die Frage, ob die PDS die Partei aller Linken werden soll<sup>237</sup>. Die PDS, die nach dem Bruch mit der SED zumindest den Anspruch hatte, ihre Geschichte und deren Ursachen aufzuarbeiten, konnte auch von den Westlinken ein hohes Maß selbstkritischer Reflexion ihrer Geschichte, von Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegungen erwarten. »Es ging nicht darum, allen, die nach der Implosion des realen Sozialismus keine Heimat mehr hatten und an der Idee des Sozialismus festhalten wollten, ein neues Zuhause zu bieten.«<sup>238</sup> Dieser Konflikt entzündete sich beispielsweise an der Aufstellung von Wahllisten oder an der Frage, mit Organisationsbündnissen zu Wahlen anzutreten. Organisationen wie DKP, MLPD und Arbeiterbund versuchten Druck auf die PDS auszuüben und Einfluß zu gewinnen.<sup>239</sup> Oftmals fand sich die auf Bundesparteitag beschlossene Schwerpunktsetzung und Programmatik der PDS in der konkreten Praxis der Wahlpolitik nicht wieder.

237 »Seitdem hat die PDS »ein Sektiererproblem«, meint Wolfgang Gehrcke. »Die linke Bündelung hat mehr Stimmen gekostet als gebracht.« zit. nach: »Links, deutsch, skurril« in: Die ZEIT v. 7.5.1995

238 Gohde, 1995b, S. 76

239 Gohde, 1995b, S. 76 f.

Hier sei die Frage erlaubt, ob die Mitglieder wirklich den Übergang von einer Klassenkampfpartei alten Typs zu einer modernen sozialistischen Partei schaffen wollten? Zur Beantwortung gehörten die Akzeptanz der unterschiedlichen Widerspruchsverhältnisse in der Gesellschaft, die reale Bejahung der Möglichkeiten zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und die stärkere Betonung der Subjekte in der Politik, anstatt auf den objektiven Gang der Geschichte zu verweisen, als dessen Vollstrecker man sich wähnt.<sup>240</sup>

Es gab unterschiedliche Versuche, die PDS im Westen für andere Organisationen bzw. Milieus zu öffnen. 1993 drängten die Reste des »Bundes Westdeutscher Kommunisten« (BWK) in die PDS. Zunächst in Hamburg, dann auch in anderen Landesverbänden wurden sog. »AG BWK in und bei der PDS« gegründet. Diese Entwicklung, die als klassisch intristisches Agieren begann und zu heftigen Auseinandersetzungen<sup>241</sup> führte, wird von Akteuren der PDS im Endergebnis als relativ gelungenes Beispiel der Integration einer kleinen Organisation in die PDS gewertet.

1999 unternahm Diether Dehm Vorstöße, die DKP für eine wahlpolitische Enthaltensamkeit zu gewinnen und sie in die PDS zu integrieren.<sup>242</sup> Der Gedanke erfuhr entrüstete Ablehnung seitens der DKP, die auf Eigenständigkeit und inhaltliche Differenzen verwies, genauso wie bei Mitgliedern der West-PDS<sup>243</sup>, die ebenfalls geringe inhaltliche Schnittmengen monierten, aber auch ihre negativen Erfahrungen mit der DKP vor Ort anführten.

Mit dem Austritt von fünf Bürgerschaftsabgeordneten aus der GAL-Fraktion sowie einzelner Bezirksversammlungsabgeordneter und der anschließenden Bildung der Parlamentsgruppe »Regenbogen – für eine neue Linke« in Hamburg im Mai 1999 stellte sich die Frage, wie die PDS auf diese linksalternativ-grüne Abspaltung von den Bündnisgrünen reagieren solle. Teile der reformsozialistischen Strömung in Hamburg setzten auf Kooperation mit der möglichen Perspektive der Integration in die PDS. Dies hätte allerdings eine deutliche Wandlung der Hamburger PDS-Verhältnisse und des Selbstverständnisses einer Mehrheit der Hamburger Mitglieder bedingt und war letztendlich nicht durchsetzbar.<sup>244</sup>

240 Gohde, 1996, S. 118

241 Der Parteivorstand versuchte 1995 über ein Schiedsverfahren die Bildung der AG rückgängig zu machen. Die inhaltliche Orientierung, finanzielle Fragen und die Organisationsstruktur (es existierte außerhalb der PDS ein sog. Bundeskongress des BWK, der als Leitung der Organisation fungierte) gaben hierzu den Ausschlag.

242 vgl. »DKP zum Wahlverzicht aufgefordert« in: Neues Deutschland v. 18.10.1999; »Wir schlagen Wurzeln in der Gesellschaft« in: Neues Deutschland v. 12.11.1999, Interview mit Diether Dehm; vgl. Dehm, 1999, S.3

243 »Der Vorstoß von Dehm erwecke den Eindruck, als sei die DKP eine Hauptzielgruppe der PDS, sagte Udo Wolf. Wie andere Bundesvorstandsmitglieder vertrat Wolf die Ansicht, daß DKP-Anhänger nicht automatisch PDS wählen, wenn die DKP keine Kandidaten aufstellt.« zit. nach: »Keine Aufforderung an die DKP zur Selbstauflösung« in: Neues Deutschland v. 19.10.1999

244 Auch Teile von Regenbogen hätten nie auf die Option PDS gesetzt, obwohl in zahlreichen Sach- und programmatischen Fragen eine hohe Schnittmenge existierte. Die Hamburger Ergebnisse der Euro-

Problematisch sind nicht die hier beispielhaft genannten Versuche an sich gewesen, sondern daß es ab Ende der 90er Jahre keine transparente Debatte innerhalb der PDS um diese Fragen gab. Der Versuch, die Basis der PDS in den westdeutschen Ländern substantiell zu verbreitern, wäre notwendig gewesen. Damit wäre allerdings auch die Frage der programmatischen und strategischen Ausrichtung aufgeworfen worden. Innerhalb der PDS wurde die Frage regional unterschiedlich auf der Grundlage unterschiedlicher Mehrheitsverhältnisse beantwortet.

### *Die Hoffnung auf den Durchbruch – Mangel an Analyse und Verbindlichkeit*

Viel zu oft wurde in den ersten Jahren der Existenz der PDS erwartet, von einer bestimmten Idee, von einer bestimmten Maßnahme würde der Durchbruch im Westen abhängen. Dies war bereits bei der Gründung der Linken Liste so, erst recht bei dem Versuch, bei den Bürgerschaftswahlen 1995 ins Bremer Landesparlament einzuziehen. Die Losung von dem »Milliönchen« Wählerstimmen, die im Westen geholt werden müßten, begleitete den ersten Bundestagswahlkampf. Je höher die Erwartungen geschraubt wurden, desto tiefer war der anschließende Absturz in die Frustration – sowohl bei den Akteuren im Westen, als auch bei den Solidarität übenden PDS-Mitgliedern im Osten. Verständliche Wünsche und Hoffnungen ersetzten notwendige realistische Analysen.<sup>246</sup>

Und obwohl auch in der PDS-Führung das Problem thematisiert wurde<sup>247</sup>, blieb es bestehen.<sup>248</sup> Mangelhafte Analyse einerseits<sup>249</sup> und mangelnde Verbindlichkeit andererseits, die Beschlüsse auch umzusetzen, verbanden sich.

pawahl 1999 (siehe S. 56f.) lassen vermuten, daß die skizzierte Orientierung nicht chancenlos gewesen wäre. Dafür spricht auch der Übertritt des niedersächsischen Landtagsabgeordneten Christian Schwarzenholz am 8.1.1999 von den Bündnisgrünen zur PDS. Die PDS hatte damit »ihren« ersten Landtagsabgeordneten im Westen.

- 245 Das bedeutet nicht, daß es falsch war in Bremen zu kandidieren und den Versuch zu unternehmen, in die Bürgerschaft einzuziehen. Siehe hierzu Seite 62
- 246 Der frühere Bundeswahlleiter André Brie formulierte scharf: »Die beständigen Versuche des PDS-Partei Vorstandes und einiger westlicher Landesverbände sich und der Partei in dieser Hinsicht etwas vorzumachen, verschärfen durch ihren Voluntarismus und illusionären Charakter sowie die ständigen unvermeidlichen (und immer wieder ignorierten) Enttäuschungen das Problem zusätzlich.« Brie, A., 2000, S.5
- 247 »Ich gebe auch zu, daß ich mir viele Illusionen gemacht habe, vielleicht nüchterne Analysen durch Wünsche ersetzt habe. Das ist politisch nicht in Ordnung, aber menschlich vielleicht nachvollziehbar. Wir haben zu wenig analysiert, unter welchen spezifischen Bedingungen auch Linke im Westen sich der PDS nähern oder nicht.« Gehrcke, 1997, S. 4
- 248 Bei der Landtagswahl 1999 in Schleswig-Holstein kommunizierte die PDS wiederum unrealistische Zielvorstellungen. vgl. »Kurs Fünf Prozent« in: Neues Deutschland v. 2.11.1999
- 249 »Ein spezielles Konzept ist für die Entwicklung der PDS in Westdeutschland erforderlich. Dazu liegen nunmehr ein Parteitagbeschuß zu wesentlichen, vor allem praktischen Fragen sowie eine Ist-Bestimmung der quantitativen und strukturellen Situation vor, noch keine gemeinsame und gemeinsam diskutierte Analyse des politischen Zustandes und der Probleme.« Bisky/Brie, »Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative« in: Neues Deutschland v. 21.2.1995

Insbesondere vor Entscheidungen, zu Kommunal- oder Landtagswahlen anzutreten, vermochten PDS Gliederungen in den westdeutschen Landesverbänden häufig nicht, ihre Chancen realistisch einzuschätzen. Der Versuch der Parteiführung, Kriterien für die Kandidaturen zu entwickeln<sup>250</sup>, wurde aus unterschiedlichen Gründen unterlaufen.

Zwilling des Zweckoptimismus war der Zweckpessimismus. Über die Ursachen der Niederlagen – beispielsweise bei der Bürgerschaftswahl 1995 in Bremen – herrschte kein Konsens in den westdeutschen Landesverbänden. Entgegen externen Beobachtern wurde nicht das Scheitern des Westaufbaus konstatiert, sondern nur eine Niederlage des innerparteilichen Gegners goutiert.<sup>251</sup> Selten ging es um eine vorurteilsfreie Analyse des Entwicklungsstandes und der möglichen gemeinsamen Perspektiven, häufiger um Verteilung von Mitteln und Ressourcen und um Deutungshoheit im Westen.

Mangelnde Analyse ist das Eine, der Verzicht auf Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer strategischer Überlegungen zur Entwicklung der PDS in den westlichen Bundesländern ist das Andere. Auf dem 4. Parteitag (27.-29.1.1995), auf dem die Debatte zur Entwicklung im Westen eines der geplanten Schwerpunkte war, wurde der Beschluß<sup>252</sup> gefaßt, daß es keinen »Königsweg« in den West-Landesverbänden gäbe. Ein sinnvoller Gedanke, wenn er zu transparentem, koordiniertem Experimentieren mit unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkten, Wahlbeteiligungsvarianten und Entwicklungsperspektiven genutzt worden wäre. Wurden die bisherigen Konzepte evaluiert, welche Formen des Erfahrungsaustausches, der Vernetzung existierten? Wie wurde der Gebrauchswert der PDS im Westen bestimmt? Die Praxis machte allerdings eher den Eindruck, hier sei ein gern zitierter Formelkompromiß geschlossen worden, der den jeweiligen Mehrheiten in den Landesverbänden ihr eigenbrötlerisches Agieren garantierte.

## **PDS-Mitglieder in der Diaspora**

Die PDS hat von Beginn an auch Anziehungskraft auf Gruppen und Organisationen ausgeübt, die sich von jeher nur für Antworten und nicht für Fragen zuständig fühlten. Sie stilisierten daraus ein »Bündnis der Linken« unter dem Dach der PDS. Den Erneuerungsbemühungen der PDS wurde damit nicht nur

250 vgl. Beschluß des Parteivorstandes »Unterstützung des Parteivorstandes für Wahlen in den westlichen Bundesländern bis 2002« v. Sep. 1999; Beschluß zu Kommunalkandidaturen v. April 1996, die Beschlüsse der Bundesparteiwege zu den Bundestagswahlstrategien usw.

251 »Aber schon gibt es wieder innerparteiliche Pfiffikusse, die sich über das bremische Resultat freuen, weil sie es fälschlich für eine Niederlage nur des Gysi-Flügels halten.« Fülberth, 1995, S. 27

252 »Für den Aufbau im Westen gibt es keinen »Königsweg«. Verschiedene Ansätze haben nebeneinander Bestand und Berechtigung: die Arbeit der Landesverbände und Basisgruppen und die Tätigkeit der Bundestagsgruppe. ...« zit. nach: DISPUT, H. 3/4/1995, S. 47



ein Bärendienst erwiesen, sondern sie wurde »unversehens mit einer wirk- samen Abstandswaffe für das Gebiet der Ex-BRD ausgestattet.«<sup>253</sup> Diese Ent- wicklung hat bereits im Gründungsjahr zahlreiche Linke davon abgehalten, sich am Projekt Linke Liste bzw. PDS zu beteiligen.

In der PDS selbst und auch in den Medien wurde häufig das Bild sektiere- rischer Mitglieder in den westdeutschen Landesverbänden benutzt. Das mag zwar für einen Teil der Mitglieder zutreffen, allerdings ist der Begriff trotzdem nicht sehr nützlich. Zum einen werden ganz unterschiedliche Inhalte<sup>254</sup> damit bezeichnet, zum anderen diente er als Kampfbegriff in der innerparteilichen Auseinandersetzung. Ein Grundproblem ist jedoch, daß die Partei im Westen – zumindest bis zum Erfolg 1998 – eigentlich gar keine richtige Partei war. Die PDS bewegte sich nicht im Parteiengefüge und wurde auch von anderen ge- sellschaftlichen Kräften nicht ernst genommen.<sup>255</sup>

Teile der Mitglieder brachten ihre Debatten und Feindseligkeiten mit in die PDS und führten sie dort fort. Vermutlich trugen diese Herkünfte und Verhal- tensstandards dazu bei, daß neue, jüngere Mitglieder hiervon abgeschreckt wurden und die PDS relativ häufig wieder verließen. Neue Mitglieder fanden kulturelle und Diskussionsstrukturen vor, die häufig von Menschen geprägt worden waren, die in eher abgeschotteten Milieus beheimatet waren. Nach in- nen gerichtete Selbstvergewisserung und die Erfahrung von Gemeinsamkeiten standen als Bedürfnis obenan.

»In einigen Bundesländern fanden sich Linke, deren Absicht von Anfang an darin bestand, das Projekt PDS, wie es sich entwickelte, zu unterstützen, während sich in anderen vornehmlich Leute als PDS organisierten, die ihren längst gescheiterten Unternehmungen mittels der Partei neues Gewicht geben wollten. Sie haben die PDS nie gefördert, sondern nur benutzt und eine dog- matische Unkultur in sie hineingetragen. ... Sie brachten ein Sektenbewußtsein mit und versuchten bis heute, ein solches als einzig wahre linke Ideologie aus- zugeben.«<sup>256</sup>

Die PDS war für den größten Teil der westdeutschen Linken nicht attraktiv (s.o.), allerdings für die übriggebliebene traditionskommunistische, linksrادي- kale und K-Gruppen-Szene sowie den besonders traditionalistischen Teil inner- halb der linken Sozialdemokratie. Die damalige PDS-Führung kam ihnen weit entgegen – Alternativen waren auch nicht in Sicht. Seitdem ist die PDS im Westen ein Sammelbecken für Teile der antiquierten Linken geblieben. Die Tatsache allein, wäre aber nicht problematisch gewesen. Auch bei den Grünen, SPD und Gewerkschaften finden sich genügend Menschen dieser Herkünfte.

253 Lehndorff, 1990a, S. 3

254 »Das Eindreschen auf das Sektierertum ist völlig sinnlos, wenn nicht das strukturelle Problem dahinter gesehen wird: Die PDS ist im Westen per se eine Sekte. Sich dennoch nicht so zu verhalten, kann und muß man verlangen, kann es aber nicht erwarten.« Gohde/Wolf, 1996b, S.28

255 Gohde, 1995a, S. 48

256 Gysi, 2001, S. 60 f.

Problematisch waren ihre Dominanz innerhalb der PDS und die Paßfähigkeit zu einem großen Teil des Kernmilieus der Partei<sup>257</sup> im Osten.

Ein scharfer Diskurs bzw. die Durchsetzung von Beschlußlagen der Bundesparteitage unterblieb oftmals<sup>258</sup>. Die Bekämpfung der PDS-Führung<sup>259</sup>, aber auch unliebsamer Mitglieder vor Ort<sup>260</sup>, bis hin zur persönlichen Diskriminierung, wurde in Kauf genommen und damit auch der Rückzug von Mitgliedern bzw. der sog. »Drehtüreffekt« bei neuen Mitgliedern. Ebenso »*fundamentaloppositionelles Sektierertum, geringe Bündnisfähigkeit, Alleinvertretungsanspruch für ›linke-Positionen.‹*

Die naheliegende Vermutung, daß die Herkunft der dominierenden Funktionärsgruppe im Westen allein ausschlaggebend gewesen sind, und man bräuchte »nur 2000 Mitglieder im Westen (zu) verlieren, um 20.000 zu gewinnen«<sup>261</sup>, greift zu kurz. Entscheidend ist nicht die Frage, in welcher Organisation ein heutiges PDS-Mitglied vor 15 Jahren organisiert war<sup>262</sup>, sondern ob es lernfähig und lernwillig ist. Und zwar in dem Sinne, ob ein wirklicher Bruch mit den Schatten der Vergangenheit vollzogen wurde. »Wer meint, alles sei gesagt und die linken Utopien könnten bruchlos weitergesponnen werden, irrt. Die Kenntnisse über den Stalinismus oder gar Ansätze seiner historischen Erklärung stehen in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der neueren Geschichte.«<sup>263</sup>

257 »Die kommunistischen und orthodox sozialistischen Opponenten der bisherigen Führungsgruppe sind nicht hegemoniefähig, da ihre Durchsetzung auch nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder der PDS mit einem völligen Bedeutungsverlust der PDS verbunden wäre. Zugleich haben sie eine starke und relativ komfortable Veto-Macht, die nicht an praktische Erfolge der Arbeit nach außen gebunden ist. Ein Angriff auf sie erscheint immer als Angriff auf die Identität der Mehrheit der Mitglieder.« Brie, 2000, S. 24

258 Lediglich der Ausschluß des Landtagsabgeordneten Schwarzenholz, der durch die niedersächsische Landesschiedskommission im Frühjahr 2003 vorgenommen worden war, wurde durch die Bundesschiedskommission aufgrund von Formfehlern kassiert.; vgl. Fehst, 2003

259 Wenn weiter oben von den hohen Sympathiewerten Gysis die Rede ist, darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß es bei nicht wenigen Mitgliedern - insbesondere, aber nicht nur im Westen - gegenteilige Auffassungen gab. Nicht selten kollidierten die Auffassungen von Sympathisanten und neuen Mitgliedern (pro Gysi) mit denen etablierter Kader (contra Gysi). In seltener Offenheit begründete der frühere Hamburger PDS-Landesgeschäftsführer Andreas Grünwald seinen Austritt aus der PDS mit der »Hetzkampagne seitens solcher Schwätzer und Parvenüs wie Gysi, Brie u.a.« zit. nach: Brief A. Grünwalds an die taz-hamburg v. 1.10.1997

260 Die Auseinandersetzungen im Hamburger Landesverband bilden u.U. die unrühmliche Spitze, sind allerdings in den westdeutschen Landesverbänden kein Einzelfall.

261 Brakebusch/Braaedt/Schwarzenholz, 2003

262 In einer von 130 Mitgliedern aus den westlichen Bundesländern unterstützten Erklärung heißt es: »Wir halten nichts davon, darüber zu spekulieren, daß in der PDS die falschen Mitglieder wären. Wenn man auf dieser Ebene diskutiert, haben wir immer zu viel Vergangenheit, zu viel Grün, SPD, DKP, KB, KBW, BWK, etc. Was im Osten gilt - die Biographie beginnt nicht 1989 -, muß auch im Westen gelten. Wichtig ist nicht, wo jemand herkommt, sondern was man tut und wo man hin will. Wichtig ist, daß wir am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen und uns nicht gegenüber der Gesellschaft abschotten.« Gensert u.a., 2003

263 Hedeler/Kinner, 2002, S. 7

## Chancen – Perspektiven – offene Fragen

Die Lebenserfahrung besagt, daß Erfolge – im Gegensatz zu Niederlagen – viele Väter (und Mütter) haben. Wem das erfolgreiche Abschneiden der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl 2005, gerade in den westdeutschen Bundesländern, zuzurechnen ist, wieviel davon Oskar Lafontaine oder der Namensänderung der PDS in Linkspartei geschuldet ist, ist schwer auszumachen und auch nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Lothar Bisky antwortete auf die Frage wie folgt: »Das ist nicht zu entscheiden. Ich gehe davon aus, Oskar Lafontaine hat in den alten Bundesländern viele Wähler gewonnen. Unser Ergebnis ist aber weder ost- noch westgemacht. Es ist das Resultat einer erstmals sichtbaren Gemeinsamkeit. Die beiden Spitzenkandidaten – Lafontaine und Gysi – haben sicher viele Wähler überzeugt, aber das Zusammengehen von Linkspartei.PDS und WASG, das ja auch im Wahlkampf, trotz gelegentlichen Streits, deutlich erkennbar war, ist das eigentlich Entscheidende. Darauf bauen Wähler ihre Hoffnungen.«<sup>264</sup>

### Die Ausgangslage – was kann die PDS West einbringen?

Die PDS ist im Westen keine erfolgsverwöhnte Partei. Denn sie war in all den Jahren ihrer Existenz eine marginalisierte politische Kraft. Aber man kann festhalten, daß die PDS »sehr wohl ein Faktor in der westdeutschen Linken ist, aber nur einer unter und neben vielen anderen.«<sup>265</sup> Aber die meisten ihrer Akteure sind es gewohnt, trotz feindlicher Umgebung, kontinuierlich politisch aktiv zu sein. Diese Mitglieder sind eine aktive Stütze der Parteientwicklung im Westen. Sie können auf hohen persönlichen Einsatz, erhebliches Engagement und persönliche Courage, kleine Erfolge und große Enttäuschungen zurückblicken. Auch bei der Neuformierung der demokratisch-sozialistischen Linken könnten die Akteure der PDS einen bedeutenden Part übernehmen.

Ein politischer Faktor ist die PDS insbesondere dort, wo sie aktiv in kommunalen Parlamenten tätig ist. Die PDS verfügt dort über kommunalpolitisches Know-how, stabilere Parteigliederungen und meistens eine erprobte Bündnisstruktur mit außerparlamentarischen Initiativen, Vereinen und Organisationen. In den kommunalen Parlamenten geht es nicht nur um Ampeln und Grünanlagen, sondern auch um Hartz IV, 1-Euro-Jobs und Kindergärten. Mithin Grundfragen sozialer Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit, die die Bürger betreffen.

264 »Figuren-Rücken spielen wir nicht« in: Freitag Nr. 38/ 23.9.2005, Interview mit Lothar Bisky

265 Weis, 2004, S. 259

In dieser kommunalen Arbeit liegt eine nicht zu unterschätzende Grundlage der Entwicklungsperspektive für die Linkspartei. Sie muß sich nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 auch in die Niederungen und mühsamen Ebenen der Politik begeben, wenn sie den Kontakt zu ihren Wählerinnen und Wählern vor Ort finden will. Hier kann es ihr gelingen, mit lokalen – eventuell auch parlamentarischen – Sach-Bündnissen, Mehrheiten für eigene politische Ziele zu erlangen. Eine Option, die auf der Bundesebene zur Zeit genauso verwehrt ist wie in den meisten Ländern.

Trotz der im allgemeinen mangelnden Verbindungen der PDS in die Gesellschaft kann festgehalten werden, daß es nicht nur im kommunalpolitischen Raum punktuelle Kooperationen mit Gewerkschaften, lokalen Initiativen und Einrichtungen gibt. Hier besteht die Chance und Notwendigkeit, diese Kooperationen zu verstetigen und auszuweiten: Verbände, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Schulen usw. sollten in die Überlegungen verstärkt einbezogen werden.

Die PDS verfügt an einigen Hochschulen über funktionierende PDS Hochschulgruppen. Die hochschulpolitische Arbeit sollte fortgesetzt und durch Kooperation mit anderen PDS- bzw. WASG-nahen Hochschulgruppen bzw. Jugendinitiativen fortgesetzt werden. An dem Bestehenden kann angeknüpft werden, um das gegenwärtige Interesse von Studierenden und jüngeren Intellektuellen an der demokratischen Linken aufnehmen zu können. Perspektivisch wäre es sicher wünschenswert, wenn von den Hochschulen in der Bundesrepublik eine andere Dynamik in die Debatten der Gesellschaft getragen würde.

Die PDS ist Mitglied der Europäischen Linkspartei. Die EL kann als internationales Netzwerk an Bedeutung gewinnen. Die vorhandenen Möglichkeiten sollten wesentlich intensiver genutzt werden. Nicht nur weil relevante Entscheidungen für die Menschen in unserem Land in Brüssel getroffen werden, sondern auch weil gerade bei Jugendlichen die Europa-Skepsis wesentlich geringer entwickelt ist, als in klassischen linken Milieus. Insofern ist es kein Wunder, wenn die Akteursbefragung ergeben hat, daß eigentlich eher ein Nicht-Verhältnis zur EL, aber auch zum Thema Europa besteht.<sup>266</sup>

266 »In der PDS und innerhalb der politisch Linken in Deutschland hatte der Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken Interesse, Zustimmung und neue Hoffnungen ausgelöst. Gerade unter jüngeren engagierten Menschen findet der Gedanke einer gemeinsamen Partei der Linken in Europa große und beachtete Resonanz. Und das verspüren wir auch aus anderen Ländern, z.B. durch Anfragen und Zuschriften aus London und Glasgow, Warschau und Sofia, aus Ländern in denen die EL bislang noch keine Mitgliedsparteien hat.« Scholz, 2005, S. 3

## Probleme auf dem Weg zur notwendigen Transformation

Die PDS in den westdeutschen Bundesländern hat die Erfahrung weitgehender gesellschaftlicher Isolation hinter sich. Trotz der offensichtlichen Chancen gibt es bei ihren Akteuren – genauso wie bei der WASG<sup>267</sup> – nach wie vor erhebliche Zweifel am Prozeß der Zusammenarbeit und erhebliche Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Akzeptanz. War die Kooperation vor der NRW-Wahl kaum vorhanden, haben die Debatten danach – und später der Bundestagswahlkampf – dieses Problem reduziert. Die Möglichkeit, als Landesverband einheitlich zu Handeln, wird innerhalb der PDS Landesverbände differenziert gesehen.

Bei der Kooperation bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Sie sind u.a. auch davon abhängig, ob bei der WASG ein großer Anteil ehemaliger PDS-Mitglieder aktiv ist, wie beispielsweise in Berlin. Zudem befindet sich bei der WASG vieles in der Start- und Entwicklungsphase. Die Mitgliederzahl wächst und verändert sich. Akteure in Funktionen kommen hinzu bzw. scheiden wieder aus. Die Frage, wofür die wachsende Partei steht, bzw. was vor Ort mehr Gewicht erhält, ist oftmals nicht geklärt. Die WASG absolviert einen Entwicklungsprozeß, der nicht nur bei ihr, sondern bei allen vergleichbaren Parteibildungsprozessen, von großen Schwankungen geprägt ist. Der Erwartungsdruck der Akteure und ihres Umfeldes sind erheblich. Die WASG steht gewissermaßen vor dem Problem, in kurzer Frist zwei Parteiidentitäten zu entwickeln: eine eigenständige als WASG und gleichzeitig eine gemeinsame mit der Linkspartei.PDS und anderen Akteuren bei der Transformation zur demokratischen Linken. Ob dieses Problem überhaupt zu bewerkstelligen ist, muß an dieser Stelle offen bleiben.<sup>268</sup>

Die Erfahrung der PDS im Westen zeigt, wie langwierig es war, eine eigene PDS-Identität herauszubilden. Sicherlich begünstigt das gemeinsam erzielte Bundestagswahlergebnis die heutigen Prozesse. In den gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen, den Protesten gegen Hartz IV, der Abspaltung von der SPD usw. liegt auch ein gravierender Unterschied zur Situation 1989/1990. Denn aus Sicht der Ost-PDS besteht zum zweiten Mal die Chance zu einem Bündnis mit Kräften aus dem Westen. »Mit der Linkspartei.PDS wird im Grunde das Thema noch einmal aufgerufen. Diesmal mit einem Partner, der einen etwas höheren Grad der Verankerung in der Westgesellschaft hat. Der grundlegende Unterschied zum ersten Versuch vor 15 Jahren ist jedoch, daß sich die politischen Stimmungen so weit entwickelt haben, daß sie auch in praktischer Hinsicht für eine Linkspartei zu nutzen sind.«<sup>269</sup>

267 vgl. Weis, 2004

268 Sollte die Vermutung, daß es sich beim Kernmilieu der WASG um eine Abspaltung der SPD handelt, richtig sein, könnte dies die widersprüchlichen Entwicklungsnotwendigkeiten etwas reduzieren.

269 Eckhoff, 2005, S. 10

Wenn die Neuformierung in ihren ersten Schritten vorangekommen sein sollte, besteht die Möglichkeit, daß die Entwicklung in den westdeutschen Bundesländern nicht nur ein Abbild der Entwicklung in der Ost-Linkspartei.PDS bzw. der Bundes-Linkspartei.PDS ist. Unterstellt, die kulturelle Ost-West-Spaltung in der Gesellschaft hält noch einige Zeit an, wird dies auch den Formierungsprozeß beeinflussen. Gregor Gysi hat es als Fehleinschätzung bezeichnet, daß die PDS eine Fünf-Prozent-Partei gewesen sei. »Wir sind keine Fünf-Prozent-Partei. ... Wir sind in Wirklichkeit einerseits eine Ein-Prozent-Partei, andererseits eine Zwanzig-Prozent-Partei, aber nirgends eine Fünf-Prozent-Partei.«<sup>270</sup> Sowohl für die Politik vor Ort, als auch für die jeweilige Sichtweise der Akteure, ist es ein wesentlicher Unterschied, ob aus dem Blickwinkel von 1 Prozent der Wähler (jetzt knapp 5 Prozent) oder aus dem Blickwinkel von 20 Prozent (jetzt 27 Prozent) die Politik bestimmt wird.

Als Zwischenfazit – und auch als Bestätigung der These, das die PDS im Westen nur scheinbar gescheitert ist – bleibt festzuhalten: Ohne die im Kern funktionierenden Landesstrukturen der PDS in allen westlichen Bundesländern, hätte es keine organisatorische Grundlage für die notwendigerweise rasche Konstruktion der Linkspartei.PDS – unter Einbeziehung von Kandidaten der WASG – gegeben. Vielleicht ist das ein Ergebnis fünfzehnjähriger Entwicklung in der PDS, das in seiner Tragweite weit über die bisherige Existenz der PDS hinausreicht: Das scheinbare Ende der PDS im Westen, als Chance zur notwendigen Transformation der demokratisch-sozialistischen Linken.

## **PDS-Erfahrungen I:**

### **19 Vorschläge zur Entwicklung politikfähiger Strukturen**

Wenn eine Neuformierung der demokratisch-sozialistischen Linken mit ihrem Kern aus Linkspartei.PDS und WASG gelingen soll, wird sie dafür eine Strategie zur Entwicklung politikfähiger Strukturen benötigen. Insbesondere in den westdeutschen Bundesländern wird sie zunächst nicht flächendeckend präsent sein. Sie wird in den meisten westdeutschen Kommunen und auf länderparlamentarischer Ebene<sup>271</sup> zunächst nicht vertreten sein. Entsprechend muß eine Strategie zum Aufbau der Partei entwickelt werden, die effektiv und effizient mit den knappen verfügbaren Ressourcen umgeht und zugleich Menschen, weit über das bisher politisch beteiligte, enge Spektrum hinaus, einbezieht. Die nachfolgenden, sicher ergänzungsfähigen Vorschläge<sup>272</sup> kön-

270 Gysi, 2000, S. 8

271 Landtagswahlen finden statt: 2006 Baden-Württemberg / Rheinland-Pfalz (März) / Berlin (September); 2007 Bremen (Frühjahr); 2008 Hamburg / Hessen / Niedersachsen (Frühjahr), Bayern (Herbst); 2009 Saarland; 2010 Schleswig-Holstein / NRW (Frühjahr)

272 Die Reihenfolge der Vorschläge stellt keine Rangfolge dar.

nen hierzu dienlich sein. Sie sind – mit einigen Ausnahmen – abgeleitet aus den positiven, wie negativen Erfahrungen der PDS in den westdeutschen Bundesländern.

1. Die Gründung einer neuen Partei setzt ein Mindestmaß an gesellschaftlichen Bedarf voraus. Angenommen, die gesellschaftlichen Probleme einerseits und das Bundestagswahlergebnis sind hierfür Beleg genug, muß auch unter dem Druck des Zeitregimes eine seriöse inhaltliche und organisatorische Vorarbeit geleistet werden. Wenn jetzt wesentliche Fragen unbedacht bleiben, werden sie dem Parteiprojekt später zur Last fallen.

2. Die sich formierende Linkspartei steht vor der Aufgabe, den gewünschten Charakter ihrer Partei zu bestimmen: Hat etwas anderes als eine moderne, nach außen offene Mitgliederpartei eine Chance? Oder wird eher die Entwicklung einer Funktions-, Wähler-, oder Medien-Partei angestrebt? Hierzu sind die Wertestruktur von PDS und WASG, ihre Ressourcenausstattung sowie die zu bewerkstelligen Aufgaben zu berücksichtigen.

3. Für die zusammenwachsende Linke wäre es jetzt notwendig, nicht in erste Linie auf die Betonung der eigenen Identitäten zu achten und diese zu verfestigen, sondern auf einen linkspluralistischen Prozeß. Hierzu bieten Wahlkämpfe – auch kommunale – einen wichtigen und entscheidenden Beitrag.

4. In dem aktuellen Entwicklungsstadium ist es für das Gelingen der Neuformierung von Bedeutung, daß es gemeinsam entwickelte Kriterien für Methoden, Inhalte und Ziele der Parteientwicklung gibt, die in einem Organisationsentwicklungsprozeß zu erarbeiten wären. Dieser Prozeß könnte als »kulturelle und emanzipative Erneuerung«<sup>273</sup> der politischen Linken charakterisiert werden.

273 »Der hier skizzierte Ansatz, der als »kulturelle und emanzipative Erneuerung « charakterisiert werden kann, wirft zahlreiche Fragen auf ... Wie und warum sollen sich also viele, teils zerstrittene, teils blockierte Menschen in Bewegung setzen? Eine wichtige Möglichkeit für Veränderungen großer komplexer Systeme, so einige Aussagen moderner Transformationstheoretiker, besteht darin, soziale Lernprozesse zu initiieren, zu befördern und zu organisieren (...). Dies betrifft nicht allein, aber in starkem Maße, das »Lernen am Modell« und hier vor allem am positiven Beispiel. Der bekannte Lernforscher Alfred Bandura formuliert folgende »fördernde Bedingungen« bei Prozessen des sozialen Lernens: Emotionale Nähe zur Lernbotschaft; persönlich verinnerlichte Lernmotive; nicht als bedrohlich empfundene Lernsituationen; Nähe der Lernbotschaft zu bestehenden mentalen Strukturen; gesellschaftliches Klima mit Akzeptanz von Neuem; Möglichkeiten für Eigenaktivität; spürbare, das heißt auch absehbare Erfolge (...). Nahezu alle diese Faktoren spielen bei der möglichen Umgestaltung der politischen Partei PDS unmittelbar eine Rolle. Kurz gesagt: Nur lernende Organisationen sind – im positiven Sinne – anpassungs- (und entwicklungs-)fähig. Auf dieser Grundlage beruhen die strategischen Linien des hier beschriebenen Ansatzes: Lernen mit Hilfe der »Pilotprojekte«, Lernen durch Eigenaktivität bei neuen, nach außen »offenen « Initiativen, Lernen bei und mit Experimenten.« Chrapa, 2003a, S. 606

5. Vor allem dort, wo es in unmittelbarer Zukunft nicht gelingt, auf Landesebene parlamentarisch vertreten zu sein – und das wird in den kommenden Jahren noch in der Mehrzahl der Bundesländer der Fall sein –, könnte es zu Entwicklungspartnerschaften mit dem Bundesvorstand kommen, der auch die inhaltliche und finanzielle Förderung von Projekten in den Landesverbänden vorsieht.

6. Bei den Entwicklungspartnerschaften ist von großer Bedeutung, daß es sich dabei um transparente und solidarische Prozesse handelt. Es sollte den beteiligten Partnern klar sein, diese Partnerschaften nicht strömungstaktischen Erwägungen unterzuordnen. Es ist für den Neuformierungsprozeß eher hilfreich, daß durchaus unterschiedliche politische Akzentuierungen eine Chance zur Entwicklung und Erprobung ihrer spezifischen Ansätze vor Ort erhalten.

7. Zunächst wird keine flächendeckende Präsenz vorhanden sein und auch nicht in allen Orten werden alle Parteigliederungen finanziell ausreichend ausgestattet werden können. Deshalb ist es sinnvoll, Pilotprojekte zu entwickeln, die aufgrund besonderer Bedingungen für andere Orte Lernbeispiele sein können. Kriterien hierfür könnten z.B. Vertretung in Kommunalparlamenten, betriebliche Verankerung, Vertretung in Hochschulen, arbeitsfähige Parteistrukturen oder überdurchschnittliche Wahlergebnisse sein. Die Pilotprojekte können auch dazu dienen, das Bild einer modernen und erfolgreichen demokratisch-sozialistischen Partei in die Öffentlichkeit zu vermitteln.

8. Die Förderung der Gliederungen vor Ort sollte projektförmiges Arbeiten fördern. Dies beinhaltet eine projektbezogene Finanzausstattung, aber auch vorherige Qualifizierung für die Projektarbeit, parallele Begleitung und anschließende Auswertung.

9. Die weitgehend abgeschottete Diskussion innerhalb der Parteien könnte so verändert werden, daß eine reale Chance besteht, sie für weite Teile der politisch interessierten Öffentlichkeit zu öffnen. Eine der Schlüsselfunktionen moderner Parteien ist die Förderung handlungsorientierter Kommunikation ihrer Mitglieder, aber auch darüber hinaus. Es gibt in der Regel ausreichend Mitglieder – aber auch interessierte Menschen im Umfeld –, die über Sachverstand und Kompetenzen verfügen, aber dem zeitintensiven Parteileben fernstehen. Sie könnten für konkrete Themen mit motivierenden, sinnhaften und ergebnisorientierten Strukturen fürs (befristete) Mitmachen gewonnen werden.<sup>274</sup>

274 vgl. Walter, 2000, S. 65



10. Wenn tatsächlich eine Neuformierung stattfinden soll und nicht nur eine »alte« – inhaltlich ausgerichtete und methodisch arbeitende Organisation – durch eine andere »alte« abgelöst werden soll, ist es notwendig, daß sich eine neue, gemeinsame Identität herausbildet. Die besten Chancen bestehen in einem diskursiven Prozeß<sup>275</sup>, der bewußt neue inhaltliche Gewichtungen sowie neue personale Kooperationen, quer zu den alten Organisationsstrukturen, befördert.

11. Neben der angestrebten offenen und öffentlichen Diskussion, sollte sich auch eine neuformierte Linke überlegen, wie sie das Verhältnis von Mitgliedern und zeitweise Aktiven, von Minderheiten und Mehrheiten, von Frauen und Männern regelt. Hier steht auch die Frage an, wie hierarchisch die Partei organisiert sein sollte, welche hierarchischen Steuerungselemente vorhanden sein müssen und welches Maß an – schwer regulierbarer – Partizipation der Mitglieder sein kann. Und in diesem Zusammenhang muß die Linke auch die Frage klären, ob sie Parteien in der Partei dulden möchte.

12. Eine sich verändernde Partei braucht aber auch einen Kern von Mitgliedern. Deshalb gilt es Mitglieder zu gewinnen. Keine, die »mithelfen unsere Politik« durchzusetzen – sondern Mitglieder, die in einer demokratisch-sozialistischen Partei einen Ort suchen und nutzen, um sich politisch in ihr zu entwickeln und für ihre eigenen Interessen einzutreten. Mitglieder, die politisches Engagement als persönlichen – inhaltlichen, politischen, emotionalen – Gewinn betrachten, sich weiterentwickeln und damit zugleich auch die Partei verändern.

13. Eine neue Formation sollte von Beginn an, die Qualifizierung ihrer Mitglieder planen. Hierzu gehört ein Verständnis politischer Bildung, das ihr nicht nur eine randständige Existenznische zubilligt. Es ist nicht nur so, daß qualifizierte Mitglieder motivierter und effektiver politisch agieren können, sondern es gehört u.a. auch zu einem sozialistischen Menschenbild, daß Menschen sich Wissen und Kenntnisse aneignen, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Gezielt sollten Personalentwicklungsverfahren, Mentoring-Verfahren usw. genutzt werden.

14. Die sich neu formierende Linke sollte die gewünschte Entwicklung der Geschlechterverhältnisse in ihrer Organisation klären. Hierbei wäre die Diskus-

<sup>275</sup> Ohne Zweifel sind Wahlkämpfe identitätsstiftende Projekte. Wenn der Eindruck richtig ist, daß bei der Bundestagswahl Linkspartei.PDS und WASG nicht überall gemeinsam den Wahlkampf geführt haben, wäre dort eine hervorragende Chance vergeben worden. Grundsätzlich sollte nicht unterschätzt werden, welche beherrschenden Momente bestehenden Funktionärskörpern innewohnen und wie schwer Eigeninteressen von Parteien und Organisationen wiegen.

sion nicht nur über Quote, Frauenplenum und -veto zu führen, sondern es wären Wege zu finden, auch mittels der Einführung von Methoden wie Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, Geschlechtergerechtigkeit als Partizipationskonzept herzustellen.<sup>276</sup>

15. Eine moderne Organisation der demokratischen Linken sollte Räume für politische Partizipationsrechte von Migranten schaffen. Das Leitwort der eigenen interkulturellen Öffnung sollte Beteiligungsorientierung und nicht Vertretungsorientierung von Migranten lauten.

16. Die Neuformierung hat auch die Aufgabe, die bestehenden großen programmatischen und organisatorischen Defizite der demokratisch-sozialistischen Linken zu überwinden. Dieser Lernprozeß sollte als »Kommunikationsprozeß mit gesellschaftlichen Gegenmachtpositionen«<sup>277</sup> angelegt sein. Die Lernprozesse erfolgen nicht im Selbstlauf, sondern müssen organisiert werden, die Partei in eine lernende Organisation verwandelt werden. Die Neuformierung der demokratisch-sozialistischen Linken bietet dazu die Chance. Sie könnte versuchen »offene Laboratorien« für die Artikulation eines linken Radikalismus«<sup>278</sup> anzubieten, um damit attraktiver für linke Intellektuelle, Wissenschaftler, Künstler usw. zu werden.

17. Menschen finden ihren Zugang zu politischen oder sozialen Bewegungen nicht nur über rationale Prozesse und Diskussionen. Symbole, plakative und demonstrative Handlungen, charismatische Personen sind wesentliche, handlungsfördernde Motive politischen Engagements. Das mag kritisiert werden, spielt aber eine größere Rolle für das Engagement von Menschen, als gerade von traditionellen Linken zugestanden wird. Die emotionale Seite politischen Handelns müßte einen größeren, vor allem auch anerkannten Stellenwert eingeräumt bekommen.

18. Es geht nicht nur um stimmungsmäßige und stimmenmäßige Zustimmung zur neuen Partei. Ziel sollte es sein, das dieser Prozeß die zustimmenden Menschen selbst verändert. Gewissermaßen ein weit über Wahlkampagnen hinausgehender »Kampf um die Köpfe«. Er sollte ein Beitrag zur

276 vgl. Schubert-Lehnhardt, 2005

277 Bischoff, 2003, S. 107

278 Deppe, 2002, S. 42; Deppe weist darauf hin, »offene Laboratorium« signalisierten nicht nur die Chance einer offenen Debatte, sondern auch strukturelle Schwächen. Jede Partei müsse auch Entscheidungen treffen und dabei verwandele sich das offene Laboratorium schnell aus der Perspektive der Kritiker von Mehrheitsbeschlüssen in ein »stählernes Gehäuse« von fraktioneller bzw. partikularer Macht. Dazu käme, daß mit der Offenheit stets auch eine Verhaltensunsicherheit verbunden ist, die dem Erfolg der Präsentation von Politik in der heutigen Mediendemokratie und ihrer Fixierung auf mediengerechte »Führer« nicht unbedingt zuträglich sei.

Selbstermächtigung der Menschen sein, ein Lernprozeß, in dem sich alle Beteiligten verändern können. Mithin Elemente einer emanzipativen Politikkonzeption aufgreifen.

19. Es sind nicht nur »andere«, bei denen eine Gefahr prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse wahrgenommen wird, und für die dann sozial-ökonomische Lösungen entwickelt werden. Entgarantierte und verunsicherte Existenz erleben zahlreiche in der Linken engagierte Menschen, auch wenn sie sehr unterschiedlich erlebt, ver- und bearbeitet wird. Eine Neuformierung der demokratisch-sozialistischen Linken könnte den Anspruch haben, »die eigene soziale Reproduktion politisch zu begreifen, kollektiv zu bearbeiten und mit anderen alltäglichen Deutungs-, Bearbeitungs-, Rebellions- wie Unterwerfungsmechanismen zu konfrontieren.«<sup>279</sup>

## **PDS-Erfahrungen II: Ausgewählte Problemlagen und offene Fragen**

In der krisenhaften Entwicklung der PDS in Westdeutschland mußte vieles offen und ungeklärt bleiben. Dennoch ergibt sich gerade aus dieser krisenhaften Entwicklung die Chance, Problemlagen und offene Fragen zu benennen und sie durch eine ergebnisoffene Diskussion für die Neuformierung der demokratischen Linken nutzbar zu machen. Die Linkspartei.PDS, aber auch die WASG, müssen den Erweis erbringen, daß sie programmatisch Neues zuwege bringen. »D.h. die Programmatik der Linken muß auf eingreifendes Handeln gerichtet sein und sich aus dem Kampf der sozialen Kräfte für Emanzipation und Solidarität, den realen Verhältnissen moderner kapitaldominierter Gesellschaften ableiten.«<sup>280</sup>

- Nicht unterschätzt werden sollte, daß der gegenwärtige Erfolg keine Selbstverständlichkeit ist und auf Dauer anhält. Auch für die PDS schien nach dem Durchbruch 1998 die Kontinuität der erfolgreichen Entwicklung gesichert. Dafür sprachen 1999 Wahlerfolge bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen mit dem Höhepunkt der Berliner Abgeordnetenhauswahl 2001. Die PDS war zweit- bzw. drittstärkste Partei in den ostdeutschen Ländern, sie beteiligte sich an Länderregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und später in Berlin, sie erfuhr eine leichte Normalisierung in der medialen Betrachtung und sie lag in den Jahren 1999 bis Frühjahr 2002 konstant bei durchschnittlich 6,5 Prozentpunkten in den Umfrageergebnisse (siehe Tabelle 5). Der Absturz bei der Bundestagswahl 2002 wurde vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen.

<sup>279</sup> Hauer, 2005, S. 15

<sup>280</sup> Hildebrandt, 2005, S. 22

• Die Wähler der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 reichen weit über das Stammwählerpotential der Linkspartei.PDS hinaus und sind von ihrer Struktur her, im großen Maße Protestwähler<sup>281</sup>. Selbst bei einem weitgehend konfliktarmen Formierungsprozeß von Linkspartei.PDS und WASG zu einer politischen Kraft, die inhaltlich und personell ausstrahlungsfähig wäre, ist ihr zukünftiges Wahlverhalten ungewiß. Auch im Sommer und Herbst 2004 fand im Zusammenhang mit den Anti-Hartz-Protessen »die Renaissance der PDS als Protestpartei«<sup>282</sup> mit Spitzenwerten in allen Umfragen statt, wenige Monate später war sie wieder an der 5-Prozent-Marke. Zwischen der Ablehnung der Politik der sozial-, christ-, frei- und ökodemokratischen Agenda-Parteien einerseits und der Zustimmung zu den inhaltlichen Alternativen eines demokratisch-sozialistischen Projektes andererseits, besteht ein enormer Unterschied.

Eine Partei kann, die sich ihr unter bestimmten Umständen bietenden »Gelegenheitsstrukturen«<sup>283</sup> nutzen, Proteststimmungen gegen soziale Verschlechterungen auffangen und sie in Stimmen bei Wahlen umsetzen. Sie kann auch, wenn sie ihre Sache richtig macht, die Menschen bei ihrem sozialen und politischen Engagement tatkräftig unterstützen und sie in ihrem Handeln ermutigen. Es bleibt ihr Problem, daß sich die konkreten und programmatischen Vorschläge<sup>284</sup> über eine reine Protest- und Oppositionsposition – zumal gegenüber einer großen Koalition – nur in sehr geringem Maße umsetzen lassen. Der Protest ist sinnvoll und notwendig, um Druck auf Regierung und Mehrheitsparteien auszuüben. Es ist jedoch davon auszugehen, daß Wählerinnen und Wähler auch eine reale Veränderung ihrer Lage erreichen wollen. Dafür bräuchte es jedoch grundsätzliche und weitergehende Veränderungen, als unter den heutigen Kräfte- und Machtkonstellationen möglich scheint.

»Die paradoxe Grundsituation, daß in der neoliberal dominierten öffentlichen Auseinandersetzung Arbeitslosigkeit und Armut nur als Beweis für die Notwendigkeit weiterer Sozialdemontage und Entgarantierung von Lebensansprüchen gelten, bringt die Linke in die Lage, daß sie mit einer isolierten Strategie der sozialen Skandalierung keine Ausstrahlung gewinnen kann. Sozialer Protest allein läuft ins Leere. Die Linke hat jedoch keine Alternative dazu, die sozialen Mißstände zum Ausgangspunkt ihrer politischen Interventionen zu nehmen. Sie kann und darf in der öffentlichen Auseinandersetzung

281 Die Wähler werden schwer zu halten sein. Dafür sprechen ihre Volatilität, ihre Ost-West-Ungleichheit, die Männerdominanz und der hohe Anteil der Arbeitslosen als Spezifika ihres Wählerprofils; vgl. Walter, »Nach der Wahl – vor der Parteiformierung?« URL: <http://www.rosalux.de/index.php?id=7208>

282»Mit Verständnis statt Konzepten« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.8.2004

283 vgl. Rilling/Spehr, 2005

284 Die Frage, inwieweit das Bundestagswahlprogramm der Linkspartei.PDS auch in Hinsicht auf die Finanzierbarkeit seiner Forderungen realitätstauglich war, ist nicht Gegenstand dieser Studie. vgl. Klein, 2005

das Feld von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit nicht aufgeben, da hier ihre innerste Stärke und ihr wichtigster Zugang liegen. Das Erheben sozialer Forderungen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit wird dafür nicht ausreichen, da sozialpolitische Kompetenz im allgemeinen Bewußtsein auch an Fragen von Finanzierbarkeit und »Wirtschaftsverträglichkeit« gebunden ist. Wo die Linke sich darauf einläßt, läuft sie Gefahr, selbst als neoliberal angekränkt abgelehnt zu werden. Eine schlichte Wiedervorlage früherer Gestaltungskonzepte droht dagegen in der breiten Bevölkerung nicht nur als unrealistisch, sondern auch als Verharren in paternalistischen, bevormundenden Sozialstaatskonzepten zurückgewiesen zu werden.«<sup>285</sup>

Die Linkspartei.PDS steht also vor der Herausforderung, sowohl berechtigten Protest und klare Opposition zu praktizieren, als auch sozial kompetente, gestalterische Optionen zu entwickeln. Es müßte perspektivisch darum gehen, nicht nur »Schlimmeres« zu verhindern, sondern darüber hinaus sowohl die reale Lage der Menschen zu verbessern helfen, als auch die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu ihren Gunsten zu verändern. Die Frage muß beantwortet werden, inwieweit das strategische PDS-Konzept des »strategischen Dreiecks«<sup>286</sup> für eine gemeinsame Konzeption tragfähig ist.

- Die neue Linke muß stärker ihre potentiellen Zielgruppen definieren. Zielgruppen nicht nur gemeint im Sinne von Wahlkampfstrategien, sondern im Sinne der Entwicklung langfristiger Beziehungen zu Menschen in bestimmten sozialen und kulturellen Lagen; insbesondere zu bestimmten Akteursgruppen innerhalb dieser Zielgruppen.

Durch gezielte Politikangebote in den Bereichen Gesundheit, Daseinsfürsorge und in der gesamten Debatte um soziale Sicherung hätte sie die Chance, die Alten an das linke Projekt zu binden. Durch gezielte Politikangebote habe die Linkspartei das Potential, diese zentrale Wählergruppe der kommenden Jahrzehnte zu erschließen. Ebenso bestehe die Chance, Arbeitslose und Arbeiter, deren Situation sich unter neoliberalen Vorzeichen nicht sehr schnell ändern wird, dauerhafter als bislang an das linke Parteiprojekt zu binden.<sup>287</sup>

Ein wesentliches Gewicht sollte zukünftig auf die Rückgewinnung von Frauen – sowohl als Wählerinnen, als auch als Trägerinnen des Projekts der Neuformierung – gelegt werden. Die in dieser Hinsicht unbefriedigenden Wahlergebnisse 2005 stehen nicht nur mit den jeweiligen – überwiegend männlichen – Kandidaten, sondern auch mit diesbezüglich negativem Image der WASG und den etablierten frauenabweisenden Strukturen im Zusammenhang.

285 Rilling/Spehr, 2005, S. 3

286 »Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.« zit. nach: »Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! – Als sozialistische Partei 2006 in den deutschen Bundestag, Beschluß der 1. Tagung des 9. Parteitag – 30./31.10.2004«

287 vgl. Walter, 2005a

- Die komplizierte politische Situation und die Schwierigkeit der Linken, politisch erfolgreich zu sein, liegen auch an der Wirkungsmächtigkeit neoliberaler Ideen. »Die umbruchsschwangere Situation verlangt fast Unmögliches: Große soziale Innovationen müssen eingeleitet werden, sie aus der Zerstörung der Natur und aus der Kälte gegen die Menschen herausführen. Weil aber niemand genau weiß, wie die bessere Gesellschaft konkret aussehen kann, weil die Schritte zu ihr hin eher unbekannt als planbar sind und weil die Angst vor dem Verlust von Besitzständen groß und durchaus begreiflich ist, kollidieren der Zwang zu neuem Aufbruch und die Gelähmtheit derer, ohne die es keinen Aufbruch geben wird.«<sup>288</sup>

Zur Entwicklung einer erfolgreichen Reformstrategie ist es notwendig, sich über die gesellschaftliche Breite des von den Neoliberalen geführten Blocks sozialer Kräfte im Klaren zu sein. Die Ideen des Neoliberalismus als alleinige Vorstellungen der Wirtschaftselite oder der vermögenden Klassen mißzuverstehen, würde sich bitter rächen. »Manche Menschen ziehen sich sehr gut aus der Affäre und machen das Beste aus dem Spiel. Sie maximieren ihre Chancen und entwickeln Initiativen, sie können sich von den belastenden Zwängen befreit fühlen, die Bestandteil der tayloristischen Arbeitsorganisation waren. Das sind die Gewinner dieser Transformation, und es ist besonders dieser Erfolgstypus, auf den sich die neoliberale Offensive stützt.«<sup>289</sup>

- Die sich formierende demokratisch-sozialistische Linke wird sich ein neues Programm geben müssen. Und dies, obwohl das Parteiprogramm der Linkspartei.PDS erst 2003 beschlossen wurde. Nun gibt es prinzipiell unterschiedliche Anlässe, wann eine Programmdebatte zu führen ist und wann ein neues Programm überhaupt notwendig werden könnte. Für die neue Formation gibt es einige Gründe, die zwingend dafür sprechen. Schon die beiden Hauptakteure, WASG und Linkspartei.PDS haben unterschiedliche politische, ideologische, soziale und regionale Herkünfte und Wurzeln. Die WASG hat sich teilweise aus einer Partei, der SPD, teilweise jedoch aus sozialen Bewegungen gebildet. Hier liegt eine besondere Schwierigkeit, die unterschiedlichen Ansätze von politischer Partei und sozialer Bewegung sinnvoll zu vereinen und das Selbstverständnis und die Ziele zu beschreiben. Zweitens vollziehen sich gewaltige Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, die die Partei mit der Herausforderung konfrontieren, ihre Politik und ihre Ziele neu zu definieren oder fortzuschreiben. Und drittens wäre jetzt die Chance gegeben, den Neuformierungsprozeß mit der Programmdebatte zu öffnen, um Intellektuelle und Künstler zu gewinnen. Letzteres wäre wichtig, weil damit die Möglichkeit bestünde, nicht nur Beiträge zu den Bedingungen und Zielen demo-

288 Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2000, Seite 64 f.

289 Castel, Robert, 2001, Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz, zit. nach. Bischoff, 2002, S. 104 f.

kratisch-sozialistischer Politik in Gegenwart und Zukunft zu erhalten, sondern mit der Beteiligung an einer solchen Debatte zugleich einen Beitrag zur Veränderung der kulturellen und intellektuellen Hegemonie zu leisten.<sup>290</sup>

- Notwendig ist die Herausarbeitung der wesentlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien, an denen die Linke ihre Identität und ihre Aktivitäten im politischen Raum bestimmen kann. Es wäre zu überprüfen, inwieweit eine Orientierung an den Konfliktlinien soziale Gerechtigkeit/Exklusion, Frieden/Krieg, Ost/West-Konflikt – wie sie die PDS vorgenommen hat –, beibehalten wird<sup>291</sup>.

Dabei sollten drei grundsätzliche Elemente der Strategiebildung beachtet werden: Die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihren Problemen müssen aufgezeigt und kritisiert werden, die konkreten alternativen Vorschläge müssen entwickelt werden und drittens, die Frage der Perspektive und des Wohin müssen aufgezeigt werden.

In diesen Überlegungen strategischer Art, sollte bedacht werden, ob die Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, eine sinnvolle Vision als Gegenbild zur neoliberalen Ära wäre. So legte beispielsweise Bodo Ramelow einen Entwurf vor, der aus den skizzierten Krisen die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages für das 21. Jahrhundert ableitete, »der – die Verantwortung der Gemeinschaft und des Einzelnen neu austariert, – der die Verantwortung auch der Besitzenden für das Gemeinwohl deutlich macht und – der dem Anspruch des Sozialen in der Marktwirtschaft wieder entspricht.

Zivil- oder Polizeistaat, sozialer Rechtsstaat oder Almosenstaat, Bürger- oder Obrigkeitsstaat, der Citoyen oder der Bourgeois als gesellschaftliches Leitbild – das sind die Fragen, die ein Gesellschaftsvertrag zu beantworten hat. ... Schlüsselbegriffe eines neuen Gesellschaftsvertrages sind demokratische Teilhabe für alle hier lebenden Menschen, Solidarität, veränderte Formen von Arbeit und Ökonomie, Gleichstellung der Geschlechter, Bildung, Information und Zeit.«<sup>292</sup>

»Gesellschaftspolitische Alternativen sind nur dann ernst zu nehmen, wenn sie auch wirtschaftspolitische Alternativen darstellen. ›Historisch progressiv‹«, so Wolfgang Fritz Haug mit Verweis auf Antonio Gramsci, »ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ›Produktivität‹, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ›die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existentiellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch

290 vgl. Deppe, 2002, S.43

291 Beispielsweise hat Neugebauer bereits 2003 argumentiert, daß die Zeit der PDS als Repräsentantin des Ost-West-Konflikts abläuft. Andererseits wird argumentiert, daß das Ost-West-Verhältnis selbst durch die beiden negativen Stereotype »Kolonialisierung des Ostens« und »finanzielles Faß ohne Boden« noch längere Zeit weiterbestehen.; vgl. Neugebauer, 2003, S.36

292 Ramelow, 2004, S. 5f.

eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert und so die glaubhafte Erwartung individueller ›Lebensperspektiven speist‹. Dieses Doppelte von produktiver, in einem neuen Typ von Wirtschaft gegründeten Freisetzung gesellschaftlicher Kräfte der Menschen und neuen individuellen Lebensperspektiven war eine Verheißung des Neoliberalismus, die nicht einfach zurückgewiesen, sondern aufgenommen und durch eigene überlegene Projekte überwunden werden muß.«<sup>293</sup>

Wenn die Linke in Deutschland, aber sicherlich im Kontext der Bemühungen der europäischen Linken, sich nicht nur mit ihrer Rolle als Protestpartei am Rande des politischen Spektrums abfinden will, dann muß sie ernsthaft um gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen und sie muß vor allem darum kämpfen, daß diese Mehrheit Träger eines neuen produktiven gesellschaftlichen Projektes wird. »Grundzüge eines solchen Projekts wären die emanzipative und solidarische Verbindung der Interessen der mittleren und unteren Klassen und Gruppen der Gesellschaft, die Aussicht auf neue attraktivere Lebensperspektiven in der Einheit von mehr Selbstbestimmung und mehr sozialer Sicherheit sowie eine höhere Produktivität nicht zuletzt im Sinne von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.«<sup>294</sup>

Auch bei der Entwicklung dieses neuen produktiven gesellschaftlichen Projektes geht es um die Frage, wie die Krise des Neoliberalismus in Europa genutzt und welchen eigenen Beitrag die Linke leisten kann, um die Überwindung neoliberaler Hegemonie zu erreichen.

- Ein offenes Problemfeld in der demokratisch-sozialistischen Linken wird die Einschätzung und die Entwicklung der Haltung zur Sozialdemokratischen Partei sein. Differenzen in der Analyse führen automatisch zu unterschiedlichen, unter Umständen nicht vereinbaren Handlungsoptionen gegenüber der SPD. Auch innerhalb der PDS, hatten in der Debatte um die Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 (siehe Seite 28 f.), unterschiedliche Auffassungen über die SPD einen wichtigen Platz eingenommen.<sup>295</sup>

Die Differenzen um die gegenwärtigen und potentiellen Regierungskoalitionen mit der SPD sind hiervon gleichfalls berührt. Und es geht um die Frage, wie der Prozeß der (Ab)Spaltung der SPD, der auch zur Herausbildung der WASG geführt hat, bewertet wird. Welche Schlußfolgerungen werden für die Neuformierung der Linken daraus gezogen. Handelt es sich um eine Spaltung der SPD? Vielleicht nicht im organisationspolitischen Sinn, aber im Sinn eines

293 Brie, 2005b

294 Brie, 2005b

295 Es sei erinnert an die Position von Joachim Bischoff: »Man kann gute Gründe dafür geltend machen, daß die europäische Sozialdemokratie auch künftig keinen wirklichen Durchbruch bei der Zurückdrängung sozialer Unsicherheit und der Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe erzielen wird. Eine fundierte Kritik an den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratie ist nicht auf die Formel von starken Rechtstendenzen zur reduzieren.« Bischoff, 2002, S. 107 f.



politisch und kulturell homogenen Milieus? »Handelt es sich bei der WASG im Kern um Gewerkschafter, die aber immer SPDler waren und offenkundig jetzt den linken Flügel der SPD außerhalb der Partei neu organisieren wollen«<sup>296</sup> oder nicht?

Daß der Platz der alten SPD verwaist ist sehen viele, daß die neue Formation diesen Platz besetzen will, vermuten ebenfalls viele. Aber wäre dann »das Projekt ›links von der SPD‹ letztlich in weiten Teilen die alte SPD selbst«?<sup>297</sup> Und was bedeutet dies für die Mitglieder der Linkspartei.PDS, die sich als demokratische Sozialisten und nicht als Sozialdemokraten definieren?

- Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft führt zur Ausbildung von prekären, ungeschützten Arbeitsverhältnissen, wachsender sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung. Massenarbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Sicherungssysteme und eine stärkere Klassendifferenzierung führen zur Ausgrenzung größerer Teile der Bevölkerung. »Die gesellschaftlichen Gründe für gewachsene Existenz- und Zukunftsängste sowie die Krise der politischen Repräsentation wirken als *Treibhausbedingungen für rechtspopulistische Mentalitäten und Bewegungen.*«<sup>298</sup>

Zu klären wäre, in welchem Ausmaß die genannten Bedingungen und der Bindungsverlust des von den neoliberalen Parteien geführten Blocks, rechtspopulistische Mentalitäten hervortreiben. Gleichfalls stellt sich die Aufgabe zu überprüfen, ob mögliche Affinitäten des eigenen Wählerklientels zu populistischen, eventuell gar rechtspopulistischen Haltungen vorliegen und falls dies zutrifft, welche Strategien des Umgangs hierzu entwickelt werden. Auch wenn die Position in dieser Absolutheit nicht geteilt wird, sei an Heitmeyer erinnert, der behauptet, die potentiellen Wähler der Linkspartei »fühlen sich in der Mitte, wählen das linke Etikett, denken aber in Wirklichkeit konservativ. ... Wir stellen bei den Befragten, die die Linkspartei wählen wollen, einen deutlichen Hang zu autoritären Mustern fest. Sie verhalten sich abwehrend gegen schwächere Gruppen und empfinden sich als auffallend fremd in dieser Gesellschaft«.<sup>299</sup> Der offensive Umgang mit dieser Problematik sollte auch aus falscher Rücksichtnahme im Formierungsprozeß nicht gescheut werden.

- Die Neuformierung steht vor der Aufgabe, ein umfassendes Emanzipationsverständnis, das mehrere Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse sieht und nicht nur in Kategorien von Haupt- und Nebenwiderspruch denkt, zu entwickeln. Hierzu gehört eine antirassistische, demokratische Migrations-

296 »Eine Flasche Rotkäppchen bei 1,5 Prozent« Neues Deutschland v. 19.5.2005, Interview mit Bodo Ramelow

297 Scharenberg, 2005, S. 905

298 Bischoff, 2002, S. 105

299 zit. nach: »Links wählen, konservativ denken« in: Süddeutsche Zeitung v. 11.8.2005

politik. Sie wird nicht nur inhaltlich-politisch oder moralisch ein Schlüsselthema sein müssen. Migrationsfragen<sup>300</sup> sollten für die Linke auch zwecks Gewinnung neuer Akteure zu einer Kernfrage in der Zielgruppenbestimmung werden. Auch unter dem Gesichtspunkt der Erschließung vorhandener Wählerpotentiale in den westdeutschen Großstädten und in Berlin, wird die Linke an einer neuen Gewichtung ihres Engagements nicht vorbeikommen. An den vorstehenden Punkt erinnert, sei angemerkt, daß sich hier ohne eine deutliche Klärung erhebliche Zielkonflikte ergeben würden.

- In der Debatte über die zukünftige Entwicklung der Linkspartei taucht häufiger die Behauptung auf, Spannungsverhältnisse könnten aus dem politisch-kulturellen Unterschied zwischen Ost-PDS einerseits und WASG/West-PDS andererseits entstehen. Hier könnte ein Irrtum bestehen, dem die kulturelle Ost-West-Differenz zugrunde liegt. Es ist allerdings zu vermuten, daß es in der Realität zwischen dem gewerkschaftlich geprägten Kernmilieu der WASG und dem Kernmilieu der Ost-PDS größere Überschneidungen in bezug auf die sozialen und kulturellen Herkünfte bestehen. Dem gegenüber könnten dann Teile von WASG, West-PDS und jüngere Teile der Ost-PDS stehen, die zum Teil klassisch linksradikal geprägt sind, andererseits aber auch durch antirassistische, globalisierungskritische oder feministische Praxen geprägt sind. Ob diese Überlegung<sup>301</sup> einer genaueren Überprüfung standhält, und ob daraus ein Problem für die Organisationsentwicklung und Strategiebildung entsteht, ist hier nicht zu klären.

- Die neue Partei muß ihre Rolle in den politischen Auseinandersetzungen und ihr Verhältnis zu ihren Mitgliedern, Anhängern und Wählern bestimmen. Betreibt sie – im Luxemburgschen Sinne – »revolutionären Realpolitik« und kommt sie zu der Auffassung, daß sie die Aufgabe habe, auf der Grundlage der Analyse der vorhandenen Bewegungen, gesellschaftlichen Umbrüche, widerständischen Praxen usw., Antworten zu formulieren und Fragen zuzuspitzen, das Unbehagen so zusammenzufassen, daß es zielgerichtet erkennbar wird für viele? Oder, um das Gegenteil etwas grobschlächtig zuzuspitzen, will sie eine Partei sein, die die richtige Politik verkündet, die die Interessen der Menschen nur vertritt und »immer Recht hat«? Wäre es nicht auch ihre Aufgabe, neben ihrer hervorragenden parlamentarischen Arbeit, daran zu arbeiten, daß auch alle anderen politischen Menschen werden und für ihre eigenen Interessen eintreten?

300 vgl. Weis, 2005, S. 261

301 vgl. »Neue Linke ist aufgebackene Sozialdemokratie« tagesschau.de v. 15.7.2005, Interview mit Stefan Wörner ([www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID442803\\_REF1\\_NAV\\_BAB,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID442803_REF1_NAV_BAB,00.html)); Auch der »Offene Brief sozialer und politischer Basisorganisationen an die PDS und die WASG« weist auf Konfliktlinien hin, die hier angesprochen sind

- Die Frage des historischen Erbes und der Traditionen der linken Bewegungen bedürfen der gründlicheren Untersuchung und vor allem der Aneignung durch die Akteure der demokratischen Linken. Sollte hier eine Leerstelle bleiben, kann dies für die politische Linke, die sich gegenwärtig in einem umfangreichen Transformationsprozeß befindet, zum Problem werden. Wer heute links sein will, wer theoretische Positionen und praktische Erfahrungen der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Strömungen, der Arbeiterbewegung, der feministischen Bewegung usw. für sich reklamiert, der muß ihre Vergangenheit und Wurzeln kennen. Die entscheidende Frage dabei ist jedoch, welche Traditionspflege die demokratische Linke betreiben will. Welche Entwicklungspfade, welche Positionen, welche Maximen politischen Handelns damaliger Zeit sind aus heutiger Sicht für emanzipatorische, linke Politik nutzbar zu machen – und welche nicht?

Wer »Demokratischen Sozialismus« will, steht nicht erst seit dem Scheitern des kommunistischen Projekts vor der Notwendigkeit des Bruchs mit den stalinistischen Seiten des Sozialismus. Notwendigerweise muß man es hierzu genauer kennen. Die von Ernst Bloch bereits 1968 – anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx – benannte Problemformel: »Hat sich der Marxismus im Stalinismus nur bis zur Unkenntlichkeit oder streckenweise auch bis zur Kenntlichkeit verändert?«<sup>302</sup> muß immer wieder – auf dem jeweiligen Erkenntnisstand – untersucht werden. Gelegentlich könnte an dieser Frage auch geklärt werden, wer in einer demokratischen Linken seinen Platz finden kann.

## **Alternative Szenarien**

Zum Beginn der Arbeit an dieser Studie war weder das nordrhein-westfälische Wahlergebnis bekannt, noch seine bundespolitischen Auswirkungen. Insofern war auch der inzwischen stattgefundene Prozeß der Zusammenarbeit von PDS resp. Linkspartei.PDS und WASG beim Bundestagswahlkampf nicht voraussehbar. Eines der zu beschreibenden Szenarien hätte das nochmalige Scheitern der PDS bei der Bundestagswahl 2006 an der Fünf-Prozent-Hürde zum Inhalt gehabt. Nachdem die Sondierungsgespräche zur Bildung einer großen Koalition unter Merkel und Müntefering zum Abschluß gekommen sind, und damit auch die Chance einer kurzfristigen Neuwahl im Januar 2006 ausgeschlossen scheint, macht eine ausführliche Entwicklung dieses Szenarios keinen Sinn.

302 Bloch, 1970, S. 449; Oder etwas anders formuliert: »Entweder läßt sich das stalinsche Phänomen aus den spezifisch-historischen Bedingungen der ersten sozialistischen Revolution heraus erklären: dann müßte man es als eine Art Unfall des Kommunismus bezeichnen. Oder aber, es ist sein natürliches und demzufolge unvermeidliches Produkt.« Elleinstein, 1977, S.9

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß unter den Bedingungen eines wiederholten Nichteinzuges der PDS in den Bundestag in Fraktions- oder wenigstens Gruppenstärke, der PDS in den westdeutschen Bundesländern keine ernstzunehmende und einflußrelevante Perspektive zugeschrieben worden wäre. Eine politische Partei, die in den Ländern so schwach ist, wird bestenfalls aufgrund ihres bundespolitischen Gewichts ernstgenommen. Dies gilt nicht nur für politische Gegner und Konkurrenten sondern auch für potentielle Partner in Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen, sowie die potentiellen Wähler.

Denkbar aber immerhin bleibt auch, daß es nicht zu der gewünschten Neuformierung der sozialistisch-demokratischen Linken kommt. Auch hier ist der Prozeß der nächsten Monate nicht Thema dieser Studie, aber es ist nicht zu übersehen, daß Probleme wie Minenfelder am Wegesrand liegen. Konkurrierende Kandidaturen zu Landtagswahlen beispielsweise gefährden nicht nur Kooperation und Neuformation in den betroffenen Ländern, sondern auch die Existenz der Bundestagsfraktion und damit das einzige reale Projekt der linken Neuformation. Wie es sich auf die PDS im Westen auswirken würde, wenn das bisher Erreichte zerstört und WASG und PDS getrennte Wege gehen würden, muß offen bleiben. Selbst wenn deutlich erkennbar sein würde, daß nicht die PDS der Neuformierung im Wege stand, würde die Frustration vieler Menschen sich auf alle Beteiligten auswirken. Ob die gegenwärtige Chance historisch zu nennen ist oder nicht, ein Scheitern hätte verheerende Folgen für die demokratische Linke in der Bundesrepublik.

## Fazit

Die Studie hatte nicht zum Inhalt, die Entwicklungsverläufe und Perspektiven einzelner westdeutscher PDS Landesverbände oder auch im Westen relevanter Arbeitsgemeinschaften zu untersuchen. Vermutlich ließen sich dabei nicht nur die Aussagen dieser Studie überprüfen, sondern auch praktische Hinweise für den Transformationsprozeß der Linkspartei.PDS auf Länderebene gewinnen. Für diesen Prozeß wäre es gleichfalls lohnend, nähere Erkenntnisse zur Geschichte von Linker Liste und PDS im Westen in einer präziseren historischen Analyse aufzuarbeiten. Zum besseren Verständnis der beteiligten Akteure, wären auch bestehende Konfliktlinien innerhalb der Gewerkschaften und der SPD genauer zu untersuchen. Nur so können die Entstehungszusammenhänge der WASG insgesamt in den Blick genommen werden. Weiterhin denkbar wäre eine Untersuchung, die sich auf die Befragung von Akteuren aus Linkspartei.PDS und WASG stützt, und den Prozeß der Neuformierung der demokratisch-sozialistischen Linken kritisch begleitet.

Die PDS in den westdeutschen Bundesländern, und nur sie war Gegenstand dieser Studie, hat in den Neuformierungsprozeß eine Reihe von Erfahrungen einzubringen. Einerseits ist es die Erfahrung erfolgreichen kleinräumigen Handelns, insbesondere im kommunal- und bündnispolitischen Bereich. Andererseits ist es die Erfahrung des Scheiterns ihrer grundlegenden Konzepte auf dem Weg zu einer »normalen Partei«. Diese Erfahrungen sind wertvoll und können helfen, beim Neuformierungsprozeß Fehler nicht zum zweiten Mal zu begehen. Die PDS im Westen hat nicht den geringsten Grund zur Selbstzufriedenheit, nur muß auch nicht übersehen werden, daß es in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten auch keiner anderen linken Partei gelungen ist, zu nennenswertem gesellschaftlichen Einfluß zu gelangen. Diese Situation kann sich jetzt für die Linke grundlegend ändern. Ändern, weil sich auch die gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Konstellationen verändert haben und zukünftig weiter verändern werden.

Die PDS im Westen stand während ihrer gesamten Existenz vor der paradoxen Situation: sie brauchte neue Mitglieder, um eine bessere Politik machen zu können, andererseits war eine bessere Politik die Voraussetzung dafür, neue Mitglieder zu gewinnen.<sup>303</sup> Vielleicht ergibt sich jetzt, für die sich wandelnde demokratisch-sozialistische Linke, die Chance, beides zu bekommen: Neue Mitglieder und eine neue, bessere Politik.

Der Transformationsprozeß der Linkspartei.PDS und der WASG zu einem größeren linken Projekt ist eine Aufgabe, die nicht leicht zu bewerkstelligen

ist. Die Vorschläge für die Entwicklung politikfähiger Strukturen sind deshalb sinnvoll, damit der Entwicklungsprozeß transparent und überprüfbar stattfinden kann. Die Vorschläge können dazu dienen, daß die beteiligten Akteure an inhaltlichen und Sachfragen orientiert diskutieren und arbeiten. Denn es drängt sich schon der Eindruck auf, daß die Debatten weniger um das Für und Wider der besten Argumente geführt werden, sondern um die Durchsetzung vermeintlicher Machtpositionen. Eine befriedigende Neuformierung der Linken wird es in den westlichen Bundesländern nur geben können, wenn sich alle Beteiligten aus den beiden Parteien aktiv einmischen können und in den neuen Strukturen aufgehoben fühlen.

Die sich neuformierende demokratische Linke sollte dabei bedenken, daß die schwierigsten Wegstrecken noch vor ihr liegen. Es geht um nichts weniger, als um den Einstieg in einen anderen emanzipatorischen, sozial- und ökologischen Entwicklungspfad. Und es geht auch um die Transformation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu einer anderen Gesellschaft. Dazu wird es nicht nur einer neuformierten politischen Linken bedürfen, sondern auch breiter Bündnisse, ohne die es keine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geben wird. Hierfür bedarf es konkreter, realisierbarer Reformprojekte. Mit anderen Worten: Einstiegsprojekte in eine andere Entwicklungslogik.<sup>304</sup>

Eine Möglichkeit wäre, sich an die Abschiedsworte Willy Brandts zu erinnern, die er kurz vor seinem Tod an die Sozialistische Internationale schrieb: »Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.«<sup>305</sup>

304 vgl. Klein, 2003

305 zit. nach: Frankfurter Rundschau v. 16.9.1992

# Literatur

- Adolphi, Wolfram, 2000, Die PDS in der Erfolgskrise, in: UTOPIE kreativ, H.112, S. 120-129
- Adolphi, Wolfram, 2003, Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS, in: UTOPIE kreativ, H. 150, S. 298-307
- Adolphi, Wolfram (Hg.): 2004, Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin
- Adolphi, Wolfram, 2005, PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. Skizzen zu ihrer Geschichte, in: UTOPIE kreativ, H. 172, S. 113-125
- Autorenkollektiv, 1994, Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989-1993, Berlin
- Autorenkollektiv, 1998, Chronik der PDS 1989-1997, Berlin
- Beinert, Heinz (Hg.), 1995, Die PDS – Phönix oder Asche?, Berlin
- Berg, Frank/Koch, Thomas, 2000, Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern?, Berlin
- Bergsdorf, Harald, 2004, (K)ein Requiem für die PDS, in: Politische Meinung, Nr. 414/Mai 2004, S. 59-65
- Bloch, Ernst, 1970, Marx, Aufrechter Gang, Konkrete Utopie, in: Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, Frankfurt/M.
- Bischoff, Joachim, 2003, Hat der Linkssozialismus eine Zukunft?, in: UTOPIE kreativ, H. 148, S. 101-108
- Bischoff, Joachim/Meuche-Mäker, Meinhard/Schebesch, Winfried/Windt, Heino, 2001, Bürgerschaftswahl in Hamburg – Zukunft der PDS, in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk (Hg.), 2001, Links. WählerInnen. Potenziale, Hamburg, S. 18-22
- Bisky, Lothar, 2004, Abschlußrede auf der Kommunalpolitischen Konferenz in Offenbach, in: Kessler, Achim/King, Alexander/Weichler, Olaf (Hg.): Kommunal – Sozial – Scheißegal? Perspektiven links-emanzipatorischer Kommunalpolitik, Frankfurt/M., S. 17-24
- Bisky, Lothar, 2005, So viele Träume. Mein Leben, Berlin
- Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert (Hg.), 1996, Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin
- Boyer, Josef/Kössler, Till, 2005, Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besetzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband IV: SPD, KPD, und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf
- Brie, André/Pätzolt, Harald, 1996, Notizen zu der Vorlage von Wolfgang Gehrcke und Claudia Gohde PDS in den westlichen Bundesländern (Ms.), 29.3.1996
- Brie, André, 2000, Die PDS in Ost und West – Fakten und Argumente statt Vermutungen (Ms.), Berlin
- Brie, André, 2000b, PDS - Aufbruch im Konjunktiv, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4, S. 405-408
- Brie, André, 2004a, Auswertung der PDS-Europawahlergebnisse vom 13. Juni 2004 (Ms.), 7. Juli 2004
- Brie, André, 2004b, Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004, in: UTOPIE kreativ, H. 170, S. 1079-1087
- Brie, André/Brie, Michael/Chrapa, Michael, 2002, Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 7/2002, Berlin
- Brie, Michael, 2000, Die PDS- Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität (Ms.), 30.5.2000
- Brie, Michael, 2003a, Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven (Ms.), Mai
- Brie, Michael (Hg.), 2003b, Linksparteien im Vergleich, Berlin
- Brie, Michael (Hg.), 2005a, Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin

- Brie, Michael, 2005b, Vorwort, in: Krause, Günther, 2005, Wirtschaftsalternativen im Diskurs, Berlin
- Brie, Michael/Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hg.), 1995, Die PDS. Postkommunistische Kadeorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln
- Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hg.), 2005, Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin
- Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hg.), 2000, Die PDS im Parteiensystem, Berlin
- Chrapa, Michael, 2000, Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen, in: UTOPIE kreativ, H. 113, S. 276-283
- Chrapa, Michael, 2003a, Parteireform als Aufbruch?, in: UTOPIE kreativ, H. 153/154, S. 603-608
- Chrapa, Michael 2003b, Umbruch und Suche. Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei, in: Brie, Michael (Hg.), Linksparteien im Vergleich, Berlin, S. 117-149
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar, 2000, Analyse der Entwicklung der Mitgliedschaft der PDS und ihrer Alters- und Geschlechterstruktur. Pilotstudie (Ms.), Halle/Berlin
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar, 2001, Die Mitgliedschaft, der große Lümmel .... Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, (Berlin)
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar, 2001b, Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Erwartungen, Vorstellungen und Positionen. Studie (Ms.), 2001
- Crome, Erhard, 2003, PDS. Ansichten einer Krise, in: UTOPIE kreativ, H. 153/154, S. 628-634
- Crossover (Hg.), 1997, Zur Politik zurück: für einen ökologisch-solidarischen New-Deal, Münster
- Dehm, Diether, 1999, Vorschläge zum Stärkerwerden – auch im Westen! (Ms.), Januar 1999
- Deppe, Frank, 1990, Die neue Linke, in: Sozialismus, H. 8, S. 18-24
- Deppe, Frank, 2002, Kritische Anmerkungen, in: Beiträge und Informationen zur Programmdebatte. Information des Bundesgeschäftsführers, Nr. 6, (Berlin) Mai 2002
- Detjen, Claus, 2002, Die PDS als Problem des Westens, in: Die politische Meinung, Nr. 388/März, S. 59-65
- Detjen, Jörg, 2003, Ampeln, Laternen und auch »große Politik«, in: DISPUT, Nr. 4
- Dietzel, Horst, 2003, Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei, in: UTOPIE kreativ, H. 149, S. 265-273
- Dietzel, Horst/Gehrcke, Wolfgang/Hopfmann, Arndt/Werner, Harald (Hg.), 1992, Brückenköpfe. Texte zur Diskussion der PDS, Mainz
- Diskussionspapier vom »West-Treffen« am 8. Juni in Frankfurt/M, (1997), Den Wahlkampf-West mit dem Westaufbau verbinden (Ms.), (1997)
- Ditfurth, Christian v., 1998, Ostalgie oder linke Alternative, Köln
- Eckhoff, Heinrich, 2005, Was war die Linke Liste / PDS? Über einen 15jährigen Versuch der Vereinigung von Ost- und Westlinken, in: DISPUT, S. 8-10
- Falkner, Thomas, 2004, Herausforderungen für sozialistische Politik, in: UTOPIE kreativ, H. 165/166, S. 701-714
- Falter, Jürgen W./Klein, Markus, 1994, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: APuZG 51-52, S. 22-34
- Fehst, Georg, 2003, Eine ganz und gar glanzlose Geschichte. Christian Schwarzenholz wurde aus der PDS ausgeschlossen – und er wehrt sich, DISPUT, April
- Fülberth, Georg, 1990, KPD und DKP 1945-1990, Heilbronn
- Fülberth, Georg, 1995, Erst Welt und fünftes Rad. Überlegungen zum gegenwärtigen Zustand der PDS und zu ihrer Stellung in Parteiensystem und Gesellschaft der BRD, in: Konkret, Nr. 5, S. 26-28
- Fülberth, Georg, 2004, PDS-Kommunalpolitik im Westen. Eröffnungsvortrag, in: Kessler, Achim/King, Alexander/Weichler, Olaf (Hg.), Kommunal – Sozial – Scheißegal?



- Perspektiven links-emanzipatorischer Kommunalpolitik, Frankfurt/M., S. 11-15
- Elleinstein, Jean, 1977, Geschichte des Stalinismus, Hamburg
- Gehrcke, Wolfgang, 1990, Brauchen wir eine sozialistische Partei, in: Sozialistisches Forum, H. 2/Mai, S. 4-7
- Gehrcke, Wolfgang, 1997, PDS – eine Partei im Wandel (Interview), in: DISPUT, H. 5, S. 3-4
- Gehrcke, Wolfgang/Gohde, Claudia, 1996, PDS in den westlichen Bundesländern (Ms.), 21.3.1996
- Gensert, Rolf u.a., 2003, PDS-Konflikt – Ost-West-Konflikt? Brief an die Delegierten des 8. Parteitag, in: PID, Nr. 26/27.6.2003
- Gohde, Claudia, 1995a, Wie weiter im Westen? in: DISPUT, H. 3/4, S. 48-50
- Gohde, Claudia, 1995b, Im Westen was Neues?, in: Beinert, Heinz (Hg.), Die PDS – Phönix oder Asche?, Berlin, S. 69-80
- Gohde, Claudia, 1996, Die Hypothek der Westlinken, in: Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert (Hg.), 1996, Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin, S. 112-118
- Gohde, Claudia, 1997, Die PDS in Westdeutschland, in: Parteivorstand der PDS (Hg.), Studien. Zur Inneren Verfaßtheit der PDS (Ms.), Berlin, 5.3.1997, S. 1-11
- Gohde, Claudia/Wolf, Udo, 1996a, Thesen zur Westentwicklung der PDS (Ms.), Berlin 13.06.1996
- Gohde, Claudia/Wolf, Udo, 1996b, Volkspartei – Exot, in: DISPUT, Nr. 11, S.28
- Güllner, Manfred, 2003, Die PDS ohne Zukunft?, in: Perspektive 21, H. 17, S. 5-9
- Gysi, Gregor, 1990, Wir brauchen eine neue, moderne Partei als linke Kraft, in: PID 14.9.1990, Beilage S. 1-16
- Gysi, Gregor, (1991), Rede auf dem 2. Parteitag, in: PDS 2. Parteitag, 1. Tagung in Berlin, 26./27. Januar 1991, (Berlin), S. 5-39
- Gysi, Gregor, (1994), Ingolstädter Manifest: Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin, 5. unveränderte Auflage
- Gysi, Gregor, 1995, Nur wenn die SPD und die Grünen auch von Links unter Druck geraten, gibt es Reformen, (Interview) in: Beinert, Heinz (Hg.): Die PDS – Phönix oder Asche?, Berlin, S. 106-114
- Gysi, Gregor, 2000, Abschiedsrede Gregor Gysis als Fraktionsvorsitzender vor der PDS-Bundestagsfraktion (Ms.), Berlin, 2.10.2000
- Gysi, Gregor, 2001, Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg
- Hartleb, Florian, 2004, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden
- Hartwig, Michael, 2001, Die Hamburger PDS und das »urbane Milieu«- eine empirische Analyse mit den Daten zur Europawahl 1999 und zur Bürgerschaftswahl 2001 in Hamburg, in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk (Hg.), 2001, Links. WählerInnen. Potenziale, Hamburg, S. 18-22
- Hauer, Dirk, 2005, Avantgarde und Nabelschau. Der Weg zu einer Bewegung der Prekären ist für die Linke steinig, in: AK, Nr. 498/16.9.2005, S. 14-15
- he.[Eckhoff], 1990, Linke Liste/PDS als Bündnisprojekt von Linken aus der BRD und der DDR und der PDS, in: AK, Nr. 321/20.8.1990, S. 26-27
- Hedeler, Wladislaw/Kinner, Klaus, 2002, Stalinscher Terror 1934-1941, Berlin
- Hildebrandt, Cornelia, 2005, Subjekte der Emanzipation, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hg.), 2005, Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin
- Hilker, Heiko, 2003, Politische Kommunikation und PDS, in: UTOPIE kreativ, H. 153/154, S. 617-627
- Hoff, Benjamin-Immanuel, 2004, Einschätzung der 6. Direktwahl zum Europäischen Parlament (Abschließende Version 3.0 /Ms.), Berlin, 17. Juni 2004
- Jacobs, Jörg, 2004, Gegen die bestehende Ordnung? Die Wähler der PDS in vergleichender Perspektive, in: ZParl, H. 2, S. 229-241
- Kahrs, Horst, 2000, Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?, in: UTOPIE kreativ,

- Sonderheft zur PDS-Programmdiskussion, S. 5-9
- Kessler, Achim; King, Alexander; Weichler, Olaf (Hg.), 2004, Kommunal – Sozial – Scheiße-  
gal? Perspektiven links-emanzipatorischer Kommunalpolitik, Frankfurt/M.
- Klein, Dieter (Hg.), 2003, Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale  
Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Klein, Dieter, 2005, Die Konzepte der Linkspartei: seriös, sozial, gerecht, in: Rosa-Luxem-  
burg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 15/2005, Berlin
- Klein, Thomas, 1996, Die Linke und die PDS, in: Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer,  
Herbert (Hg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin, S. 242-246
- König, Jens, 2005, Gregor Gysi. Eine Biographie, Berlin
- Kommission Politische Bildung beim Parteivorstand der PDS (Hg.), (1990a), Demokrati-  
scher Sozialismus. Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, (Berlin)
- Kommission Politische Bildung beim Parteivorstand der PDS (Hg.), (1990b), Partei des  
Demokratischen Sozialismus. dokumente, standpunkte, materialien. januar bis mai 1990,  
Berlin
- Kongreßvorbereitungsgruppe (Hg.), 1990, Die Radikale Linke. Reader zum Kongreß vom  
1.-3. Juni 1990 in Köln, Hamburg
- Krieger, Verena, 1990, Proteststimme, in: Sozialistisches Forum, Okt., S. 25-26
- Lang, Jürgen P., 2003, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische  
Untersuchung, Baden-Baden
- Laudowicz, Edith, 1990, Anmerkungen zu H. Werners und W. Gehrckes Beiträgen, in:  
Sozialistisches Forum, H. 3-4/90, S. 5
- Lehndorff, Steffen, 1990a, Ein Trabbi ist kein Sattelschlepper, in: Sozialistisches Forum,  
Aug., S. 2-4
- Lehndorff, Steffen, 1990b, Selbstgettoisierung. Die PDS und ihr Millionending, in: SOFO-  
Special, S. 48-49
- List, Arne, 2000, Ja, aber es gibt auch begründete Bedenken, in: PID v. 28.7.2000
- Lochner, Axel, 1990, Linke Kooperation statt PDS-Euphorie, in: B extra Nr. 3/Mai, S. 16-21
- Maurer, Ulrich/Modrow, Hans, 2005, Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die  
Linkspartei?, Berlin
- Meves, Helge, 2003, Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Un-  
ten-Optionen, in: UTOPIE kreativ, H. 152, S. 525-535
- Moreau, Patrick/Schorpp-Grabiak, Rita, 2002, Nach der Berliner Wahl: Zustand und Per-  
spektive der PDS, aktuelle analysen 27, Hans-Seidel-Stiftung e.V., München
- Neu, Viola, 2000, Am Ende der Hoffnung. Die PDS im Westen (Ms.), Schriften K.-Adenauer-  
Stiftung, Nr. 10
- Neu, Viola, 2004, Das Janusgesicht der PDS, Baden-Baden
- Neugebauer, Gero, 1995, Hat die PDS bundesweit im Parteiensystem eine Chance?, in:  
Brie, Michael/Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hg.): Die PDS. Postkommunistische  
Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische  
Befunde und kontroverse Analysen, Köln, S. 39-57
- Neugebauer, Gero, 2003, Die Perspektiven der PDS nach der Bundestagswahl 2002, in:  
Perspektive 21, H. 17, S. 29-37
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard, 1996, Die PDS. Geschichte – Organisation – Konkurren-  
ten, Opladen
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard, 2002, Mit einem blauen Auge davon gekommen. Eine  
Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum  
Nr. 7, Berlin
- Niedermayer, Oskar, 1997, Beweggründe des Engagements in politischen Parteien, in:  
Gabriel, Oscar/Niedermayer, Oscar/Stöss, Richard (Hg.), Parteiendemokratie in  
Deutschland, Bonn
- Ostrowski, Christine/Weckesser, Ronald, 1996, Brief aus Sachsen – Für einen eigenen Weg

- »statt links von der SPD« (Ms.), 7.5.1996
- Partei Vorstand der PDS (Hg.), (1990), PDS. Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS Berlin 8./9. Sep. 1990, Berlin
- Partei Vorstand der PDS (Hg.), (1991), PDS 2. Parteitag, 1. Tagung Berlin, 26./27. Januar 1991, (Berlin)
- Partei Vorstand der PDS (Hg.), 1995, Beschluß: PDS: Sozialistische Partei in ganz Deutschland – eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre, in: DISPUT, H. 3/4, S. 46-48
- Partei Vorstand der PDS (Hg.), 1997, Studien. Zur Inneren Verfaßtheit der PDS (Ms.), Berlin, 5.3.1997
- PDS, 1990, PDS. Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS Berlin 8./9. September 1990
- PDS-Kreisverband München, 2004, Wahlergebnisse der PDS in München (1994 bis 2004) / Stadtratswahl 2002, in: Rundbrief, Vorabdruck, August 2004, S. 1-4
- PDS Marburg-Biedenkopf, 1997, Erstmals über 5 Prozent (Ms.), (1997)
- Prelle, Jörg, 2001, Die Basisindianer kamen ganz schön ins Schwitzen, in: DISPUT, Nr. 4
- Probst, Lothar, 1999, Die PDS – von der Staats- zur Regionalpartei, Hamburg
- Ramelow, Bodo, 2004, Demokratischer Lebensort Deutschland, »Gesellschaftsvertrag 21« – Vision für Deutschland im 21. Jahrhundert (Ms.), Erfurt
- Raschke, Joachim, 1993, Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind, Köln
- Raschke, Joachim, 1994, Integrieren? Konkurrieren? Kooperieren?, in: Disput, H. 22, S. 14-17
- Reißig, Rolf, 2005a, Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung. Erfahrungswerte und Anregungspotenziale, in: UTOPIE kreativ, H. 172, S. 126-134
- Reißig, Rolf, 2005b, Mitregieren in Berlin, Berlin
- Rilling, Rainer/Spehr, Christoph, 2005, Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 6/2005, Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), 2000, ReformAlternativen sozial – ökologisch – zivil, Berlin
- Schäfer, Heinz, 2005, PDS: Profilschärfung unerlässlich, Beachtung der West-Positionen auch, in: UTOPIE kreativ, H. 176, S. 539-547
- Schäfer, Paul, 2002, Die Wahl 2002 und die Krise der PDS, in: UTOPIE kreativ, H. 146, S. 1088-1101
- Schäfer, Paul, 2003, Brief an die Hannoveraner Genossen: Wie den Neuanfang im Westen voranbringen? (Ms.), 12.2.2003
- Schäfer, Paul, 2004, Zur Einschätzung der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl 2004 (Ms.), 04.10.2004
- Scharenberg, Albert, 2005, Linker Aufbruch?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8, S. 903-906
- Scholz, Helmut, 2005, Die Partei der Europäischen Linken. Einige Aspekte ihrer Entwicklung, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 6/2005
- Schröter, Ursula/Wittich, Dietmar, 1996, PDS und Feminismus. Politische Akteurinnen und feministische Politikansätze in der PDS, Berlin
- Schütrumpf, Jörn, 2003, Krisenhafte Kommunikation. Thesen, in: UTOPIE kreativ, H. 153/154, S. 614-616
- Schubert-Lehnhardt, Viola, Geschlechtergerechtigkeit als Partizipationskonzept – Gender Budgeting als Partizipationsmethode. Erfahrungen und Probleme aus theoretischer und praktischer Sicht, Berlin, 2005
- Schumann, Michael, 1993, Der Logik des Kräfteverhältnisses stellen. Rede auf dem 12. Parteitag der DKP, Gladbeck, 13.11.1993, in: Adolphi, Wolfram (Hg.), 2004, Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin, S. 90-93
- Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.), 2001, Wahlverhalten. Wählerwanderungen. Hamburg 1993-1999, in: Band 8 der Reihe »Statistik Magazin Hamburg«,

- Steffen, Michael, 2002, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes von 1971 bis 1991, Berlin, Hamburg, Göttingen
- Strasdeit, Bernhard, 2005, Viele verlangen, konfliktfähiger zu werden, in: DISPUT H. 4, S. 18-19
- Sturm, Eva, 2000, »Und der Zukunft zugewandt«? Eine Untersuchung zur »Politikfähigkeit« der PDS, Opladen
- Thie, Hans, 2002, Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit, in: UTOPIE kreativ, H. 146, S. 1080-1087
- Walter, Franz, 2000, Partei ohne Botschaft, in: Berliner Republik, H.4, S. 58-65
- Walter, Franz, 2005a, »Linkspartei in ergrauernder Gesellschaft«, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 18/2005
- Walter, Franz, 2005b, German Disease?, URL: <http://www.rosalux.de/index.php?id=10222>
- Weichler, Olaf, 1998, Damit der Aufwind zum Aufbau wird, in DISPUT, Nr 10
- Weichold, Jochen, 2005, Die Grünen – Aufbruch in die Anpassung, in: UTOPIE Kreativ, H. 171, S. 34-41
- Weis, Florian, 2004, Linker Aufbruch oder »the same procedure«, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-Standpunkte 10/2004
- Weis, Florian, 2005, Die PDS in den westlichen Bundesländern, in: UTOPIE Kreativ, H. 173, S. 257-265
- Werner, Harald, 1992, Immer noch die Mühen des Abstiegs. Zum PDS Parteitag ,in: SOFO, Nr. 15 Jan./Feb. 92
- Werner, Harald, 1994, Seitenverkehrte Gemeinsamkeiten. Anmerkungen zum Verhältnis von PDS und DKP, in: DISPUT, Nr. 3, S. 1-3
- Werner, Harald, 1996, Anmerkungen zur Westdebatte im Parteivorstand (Ms.), 5.4.1996
- Werner, Harald, 2000, Ein ruhiger Jahresausgang – zu ruhig (Ms.), Dez.
- Wittich, Dietmar, 2002, Schlüsselproblem: Politische Kultur. Zum Wahlergebnis der PDS, in: UTOPIE kreativ, H. 146, S. 1069-1079
- Wittich, Dietmar, 2004, In welcher Gesellschaft leben wir? in: UTOPIE kreativ, H.165/166, S. 689-700
- Vogel; Kloth/v. Schack, 2005, Die Linkspartei. Rotgesagte leben länger, Hamburg
- von der Lippe, Monika, 2004, Die PDS in der überregionalen Tagespresse, in: UTOPIE kreativ, H. 161, S. 238-247
- von Einsiedel, Heinrich Graf/Zwerenz, Gerhard, 1995, Deutschland braucht eine neue pluralistische Linke (Interview), in: Beinert, Heinz (Hg.): Die PDS – Phönix oder Asche?, Berlin, S. 139-155
- Vorstand der Linken Alternative – Wehrt Euch (Hrsg.), (1993), »Wer wir sind«, (Hamburg)

## Personenverzeichnis

In das Verzeichnis sind Personen aufgenommen worden, wenn sie insbesondere in der PDS bzw. der Linkspartei.PDS, ihrer Bundestagsfraktion sowie ihrem Umfeld, in ihrer Rolle als politische Akteure erwähnt oder zitiert werden.

Adler, Helga 13; 15  
Arkenstedt, Birgitt 15  
Bakker, Birgit 31  
Balzer, Monika 31  
Bartsch, Dietmar 75  
Benjamin, Michael 26  
Bergmann, Theodor 17  
Beuchel, Fred 18  
Bethge, Horst 21  
Bischoff, Joachim 15-17; 31; 90; 96; 98  
Bisky, Lothar 126; 28; 32; 44; 49; 56; 64; 73; 79, 83  
Biver, Nico 58  
Böhme, Ibrahim 15  
Börner, Rainer 15; 17  
Böth, Gunhild 21  
Braedt, Michael 82  
Brakebusch, Juan P.Sanchez 82  
Breitenbach, Elke 31  
Brie, André 8; 15; 24; 32; 49; 74; 79, 82  
Briefs, Ulrich 17; 20; 53  
Bulling-Schröter, Eva 53  
Claus, Roland 27  
Coppik, Manfred 15, 16; 17; 31, 73  
Czollek, Michael 15  
Dehm, Diether 31; 34; 78  
Denecke, Marlies 15  
Deppe, Frank 15  
Eckhoff, Heinrich 17; 31  
Eggebrecht, Axel 15  
Fostiropoulos, Niko 31  
Framke, Katrin 15  
Fülberth, Georg 12; 44  
Gebhardt, Fred 53  
Gehrcke, Wolfgang 14; 17; 19; 31; 53; 77; 79  
Gensert, Rolf 34; 82  
Genrich, Helga 15  
Gohde, Claudia 17; 21; 31; 39; 70; 81  
Gottschaldt, Eva 58  
Graw, Edith 31  
Grünberg, Harry 21  
Grünwald, Andreas 17; 21; 63; 82  
Gysi, Gregor 8; 12; 13; 15; 18; 19; 23; 25-28; 39; 40; 49; 55; 56; 64; 70-73; 79; 81-83; 86  
Hannover, Heinrich 15  
Hansen, Karl-Heinz 73  
Hegen Heidi 16  
Hein, Rosemarie 15

Held, Heike 31  
Henn, Bernd 15; 16; 17; 20; 31; 53  
Heuer, Uwe-Jens 26; 38  
Heym, Stefan 22  
Hiksch, Uwe 31; 34; 54  
Jann, Klaus H. 59  
Jelpke, Ulla 15; 16; 17; 53; 54  
Jerrentrup, Brunhilde 31  
Kamph, Kristina 21  
Kelp, Dieter 22; 24  
Klein, Thomas; 116  
Knake-Werner, Heidi 17; 31; 53; 54  
Köhne, Rolf 53  
Korte, Jan 31  
Krauß, Jürgen 31  
Krieger, Verena; 14  
Kurz, Ingrid 15  
Lafontaine, Oskar 9; 12; 72; 83  
Laudowicz, Edith 13  
Lederer, Andrea 15; 16; 17; 31; 53  
Lippmann-Kasten 34; 54  
Lochner, Axel 13  
Lötzer, Ulla 31  
Mäde, Michael 15  
Maier, Pia 31  
Menzner, Dorothée 31  
Modrow, Hans 13; 15; 31  
Moneta, Jakob 12; 17; 23  
Müller, Michael 22; 53; 54  
Ostrowski, Christine 24  
Pätzold, Harald 24  
Piermont, Dorothee 12  
Pohl, Wolfgang 18  
Pohle, Dagmar 15  
Pozo, José del 31  
Ramelow, Bodo 31; 72; 95; 97  
Reents, Jürgen 15; 17  
Reiser, Rio 21  
Reymann, Christiane 15; 16; 17; 31; 63  
Ritzheimer, Hartmut 17; 31  
Schäfer, Paul 31; 46  
Schenk, Christina 34  
Schmüser, Heike 21; 31  
Schneider, Doris 31  
Schubert, Katina 31  
Schui, Herbert 15  
Schulze-Lessel, Uta 31  
Schumann, Michael 19; 22; 26  
Schwarzenholz, Christian 31; 79; 82  
Sölle, Dorothee 15  
Stahmann, Marina 31  
Stamm, Michael 15; 16; 17; 31

Stolten, Inge 15; 31  
Strasdeit, Bernhard 44  
Taheri, Rouzbeh 31  
von Einsiedel, Heinrich 22; 53  
Wagenknecht, Sarah 23  
Wagner, Jana 15  
Weckesser, Ronald 24  
Wendl, Michael 16  
Werner, Harald 17; 20; 21; 23; 31; 37  
Willerding, Hans-Joachim 15  
Witusch, Christel 15  
Wolf, Harald 15; 17  
Wolf, Udo 39; 70; 78; 81  
Wolf, Winfried 12; 26; 53; 54  
Wulff, Erich 15  
Zwerenz, Gerhard 22; 53

